



XV. Legislaturperiode

XV legislatura

WORTPROTOKOLL  
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 84

RESOCONTO INTEGRALE  
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO  
PROVINCIALE

N. 84

.....  
vom 11.11.2015

.....  
dell'11/11/2015

Präsident  
Vizepräsident

Dr. Thomas Widmann  
Dr. Roberto Bizzo

Presidente  
Vicepresidente

# WORTPROTOKOLL DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 84

vom 11.11.2015

## Inhaltsverzeichnis

Beschlussvorschlag: Genehmigung der Verordnung für den Zugang und das Verhalten im Gebäude des Südtiroler Landtages (Fortsetzung) . . . . .Seite 1

Beschlussvorschlag: Erweiterung des allgemeinen Stellenplanes des Personals des Südtiroler Landtages um insgesamt 9,15 Stellen für die Erfordernisse der Volksanwaltschaft, des Landesbeirates für Kommunikationswesen, der Kinder- und Jugendanwaltschaft, der Gleichstellungsrätin, des Amtes für Verwaltungsangelegenheiten und des Übersetzungsamtes . . . . . Seite 8

Namhaftmachung eines neuen Ersatzmitgliedes der Bezirkswahlunterkommission Brixen – anstelle des entsprechenden von seinem Amt zurückgetretenen Mitgliedes, Herrn Alessandro Saggiorato . . . Seite 18

Namhaftmachung eines neuen effektiven Mitgliedes der Bezirkswahlkommission Bozen – anstelle des entsprechenden von seinem Amt zurückgetretenen Mitgliedes, Herrn Olivio Clari . . . . .Seite 19

Beschlussantrag Nr. 380/15 vom 15.5.2015, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Recht auf eine erfüllte Vaterschaft . . . . . Seite 19

Beschlussantrag Nr. 345/15 vom 13.3.2015, eingebracht vom Abg. Pöder, betreffend den Verfassungsreform – Schutz Südtirols vor wachsendem Zentralismus, und

Begehrensantrag Nr. 49/15 vom 22.10.2015, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz-Tammerle und Zimmerhofer, betreffend: Gefahr für Süd-Tirol-Autonomie: Nein zur italienischen Verfassungsreform . . . . . Seite 28

# RESOCONTO INTEGRALE DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO PROVINCIALE

N. 84

dell'11/11/2015

## Indice

Proposta di deliberazione: Approvazione del regolamento per l'accesso e il comportamento nell'edificio del Consiglio provinciale (Continuazione) . . . . pag. 1

Proposta di deliberazione: Ampliamento della pianta organica del personale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano di complessivi 9,15 posti per le esigenze della Difesa civica, del Comitato provinciale per le comunicazioni, della Garante per l'infanzia e l'adolescenza, della Consigliera di parità, dell'ufficio amministrazione e dell'ufficio traduzioni . . . . .pag. 9

Designazione di una nuova/un nuovo componente supplente della sottocommissione elettorale circondariale di Bressanone – in sostituzione del sig. Alessandro Saggiorato, dimissionario della relativa carica . . . . . pag. 18

Designazione di una nuova/un nuovo componente effettivo della commissione circondariale di Bolzano – in sostituzione del sig. Olivio Clari, dimissionario della relativa carica . . . . .pag. 19

Mozione n. 380/15 del 15/5/2015, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante il diritto di vivere una piena paternità . . . . . pag. 19

Mozione n. 345/15 del 13/3/2015, presentata dal consigliere Pöder, riguardante la riforma costituzionale – proteggere l'Alto Adige dal crescente centralismo, e

Voto n. 49/15 del 22/10/2015, presentato dai consiglieri Knoll, Atz-Tammerle e Zimmerhofer, riguardante: in pericolo l'autonomia della Provincia di Bolzano: no alla riforma costituzionale italiana . . . . . pag. 28

Beschlussantrag Nr. 431/15 vom 14.7.2015, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Blaas, Mair, Oberhofer, Stocker S. und Tinkhauser, betreffend Registergebühren zwecks Anmerkung einer Sozialbindung – Warum zwei Mal zahlen? . . . .  
.....Seite 46

Beschlussantrag Nr. 470/15 vom 19.8.2015, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Knoll und Atz Tammerle, betreffend Gesamttiroler Ski-gebiet Kaunertal-Langtaufers: Tirol rückt wieder ein Stück näher zusammen! . . . . .Seite 49

Beschlussantrag Nr. 410/15 vom 24.6.2015, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Heiss und Dello Sbarba, betreffend Größere Gefahr der Altersarmut bei Frauen . . . . .Seite 55

Mozione n. 431/15 del 14/7/2015, presentata dai consiglieri Leitner, Blaas, Mair, Oberhofer, Stocker S. e Tinkhauser, riguardante l'imposta di registro per l'annotazione del vicolo sociale - perché pagare due volte? . . . . . pag. 46

Mozione n. 470/15 del 19/8/2015, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Atz Tammerle, riguardante l'area sciistica Kaunertal-Valle Lunga: un po' più unito il Tirolo storico! . . . . . pag. 49

Mozione n. 410/15 del 24/6/2015, presentata dai consiglieri Foppa, Heiss e Dello Sbarba, riguardante: donne anziane più povere . . . . . pag. 55

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann**

**Ore 10.02 Uhr**

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt. Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt. Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Punkt 3 der Tagesordnung: **"Beschlussvorschlag: Genehmigung der Verordnung für den Zugang und das Verhalten im Gebäude des Südtiroler Landtages."** (Fortsetzung)

Punto 3 all'ordine del giorno: **"Proposta di deliberazione: Approvazione del regolamento per l'accesso e il comportamento nell'edificio del Consiglio provinciale."** (Continuazione)

Gestern haben wir den Punkt begonnen. Abgeordnete Mair, bitte.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! Eigentlich wollte ich nichts sagen, aber nachdem ich gestern dem Kollegen Heiss aufmerksam zugehört habe, hat es mich doch motiviert, einiges zu sagen. Ich möchte vorausschicken, dass alle Fraktionen gesagt haben, dass der Landtag aufgewertet werden soll. Natürlich braucht es dazu eine Reihe von Maßnahmen, denn damit alleine wird es nicht getan sein. Diese Verordnung ist keine Widmann-Geschichte, da jeder einzelne daran teilnehmen und sich einbringen hätte können. Es war neu und fast schon lästig, dass man so oft nachfragen musste. Bestimmte Dinge sind wieder herausgestrichen worden. An der Arbeitsgruppe hätten auch die Grünen teilnehmen können, aber die haben kein Interesse gezeigt. Wir haben uns getroffen und in der Fraktionssprechersitzung wurde vier Mal darüber diskutiert. Deshalb geht es nicht an, dass gerade die Grünen hergehen und so tun, als wäre das autoritär. Lieber Kollege Heiss, Du gehst in meinen Augen mit einigen Dingen, die Du gestern gesagt hast, den feigen Kommentarschreibern auf den Leim, denn die sprechen von Krawattenpflicht und sonstigen Dingen. Ich würde sagen, weniger Kommentare lesen, sondern die Verordnung lesen. Niemand spricht von einer Kleiderordnung! Wir tun gut daran, wenn wir bestimmte Maßnahmen ergreifen, um dieses Haus auch ein wenig zu disziplinieren. Es ist ja schon merkwürdig, dass wir das überhaupt tun müssen. Ich möchte unterstreichen, dass wir keine Hausbesetzer sind. Im Hohen Haus soll Ordnung geschaffen werden und es soll auch klare Anweisungen an das Personal geben. Herr Präsident, es wäre schade, wenn wir eine Verordnung machen, uns aber schon bald darauf besinnen, dass wir nicht imstande sind, bestimmte Dinge einzuhalten. Ich hoffe, dass das Personal aufgestockt wird, denn sonst wird es schwierig werden, bestimmte Dinge durchzuführen.

Einen Satz noch. Ich bin keine 68-erin, da war ich noch nicht auf der Welt. Mir gehen die Folgen dieser Gesellschaftsordnung allmählich ein bisschen zu weit, denn diese steht für Verwahrlosung, Vereinzelung, Gesellschaftsexperimente, asoziale Verhaltensweisen, Überfremdung, Respektlosigkeit. Ihr seid die Verbotspartei schlechthin: Ihr seid für Spritzmittelverbote, Fahrverbote, ihr macht Panik in Bezug auf die Klimaerwärmung, ihr seid für das Verbot traditioneller Geschlechtsbilder, für das Verbot maskuliner Schreibweisen, für das Verbot nationaler Zugehörigkeit, für das Selbstbestimmungsverbot, für das Verbot der doppelten Staatsbürgerschaft, für das Verbot, auf das eigene Volk zu schauen, für das Antidiskriminierungsverbot, am liebsten Fleisch-Ess-Verbot, Verbot, unsere kulturellen Standards durchzusetzen. Ihr seid eine autoritäre Verbotspartei! Wenn das Hohe Haus Ordnung, Disziplin und bestimmte Verhaltensregeln einführen will, dann ist das zu viel. Ich habe Deine Ausführungen von gestern, Kollege Heiss, nicht verstanden. Wenn ich mich nicht irre, hast Du auch die Geschäftsordnung zitiert. Ihr seid wirklich die Fraktion, die sich am wenigsten daran hält, denn Ihr redet so lange wie es Euch passt. Ihr haltet Euch an gar nichts!

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Siamo calmi! Anche Lei, collega Mair, ha sfiorato di un minuto il tempo a Sua disposizione, cioè del 30%. È vero, tre minuti sono pochi. Io sono sempre stato scettico su questa cosa, pur riconoscendo l'impegno del presidente e del gruppo di lavoro, però non ho mai creduto che queste siano le cose su cui si valorizza il Consiglio provinciale. L'ho sempre considerato un oggetto di intrattenimento soprattutto per i media che si sono divertiti, bisogna anche divertire e il presidente ci fa divertire spesso, ma non l'ho considerato una cosa seria.

L'ho considerato una cosa su cui ci sono delle proiezioni incredibili, perché se voi ascoltate i media ieri il TGR italiano ha di nuovo parlato dell'obbligo della cravatta, che non è inserito nel nuovo regolamento! Il giornale "Tageszeitung" scrive: "Die strengen Regeln". In alcuni punti invece di questo regolamento le regole sono meno severe, non più severe. Faccio un esempio. Nell'attuale regolamento è vietato telefonare, in questo regolamento è vietato telefonare, ma però si può se si parla piano! All'italiana! Per quanto riguarda le assenze, il regolamento attuale dice che un consigliere è giustificato per gravi motivi familiari, nel regolamento nuovo si scrive: motivi familiari e personali, quindi è più ampio, più permissivo questo regolamento. Non c'è cravatta, ma noi viviamo in un'epoca in cui Marchionne con un pullover gestisce una multinazionale, e Renzi pure, quindi non credo che queste siano le questioni che ci fanno valorizzare il Consiglio.

L'unica cosa più restrittiva era quella anti Giunta provinciale in cui si diceva che ci deve essere un certo quorum, almeno il 50% degli assessori presenti, altrimenti la seduta di Consiglio si sospende, anche con un certo effetto teatrale. Adesso però cambia con l'interpretazione che ha dato ieri il consigliere Steger, e il presidente ha acconsentito, che dice che al 50% si sottraggono gli assessori che si sono giustificati per motivi istituzionali. Ora, il presidente Widmann lo sa, perché quando era assessore era un campione della giustificazione di assenze per motivi istituzionali, che tutti gli assessori sempre sono giustificati per motivi istituzionali, o spessissimo, oppure basta che facciano quello che hanno sempre fatto, mandano comunque una giustificazione per assenza per motivi istituzionali.

A questo punto, dopo la riunione della Volkspartei di ieri e l'interpretazione della norma sulla presenza della Giunta provinciale, che non si deduce dal testo, per cui non è serio un regolamento che poi si proclama interpretato in un altro modo, che è stato dato ieri sia dal collega Steger che confermata dal presidente, che però fra meno di un anno cambia, e magari cambia l'interpretazione, quindi c'è anche l'incertezza su quello che stiamo per approvare, io inviterei veramente a ripensarci e a non mettere in votazione questa delibera.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Etikette und gutes Benehmen sind keine Frage der politischen Weltanschauung, sondern eine Frage der guten Erziehung und des Charakters. Wenn wir uns diese Regelung anschauen, dann geht es nicht um die Krawatte. Die RAI hat einfach wieder einmal nicht bekommen, dass wir lange schon nicht mehr darüber diskutieren. Wenn wir uns die einzelnen Punkte der Verordnung anschauen, so geht es zunächst einmal darum, wer zu diesem Haus Zugang haben soll. Es muss doch in unser aller Interesse sein, dass wir wissen, wer sich im Haus befindet. Das ist keine Neugier, sondern eine Frage der Sicherheit. Wenn hier im Haus einmal etwas passiert, dann wissen wir nicht, wer sich darin befindet. Das ist in jedem normalen und zivilisierten Parlament Standard, selbst in Rom. Ich war letztes Jahr mit einer Delegation in Rom. Dort kommen sie ohne Gesichtskontrolle und ohne Durchschreitung von Metalldetektoren nicht in das Gebäude hinein. Ich möchte den Landtag nicht mit dem Parlament in Rom vergleichen, aber man sollte schon darauf Wert legen, dass gewisse Standards eingehalten werden.

Was die Anwesenheitspflicht der Mitglieder der Landesregierung anbelangt, sollten wir uns schon dessen bewusst sein, dass der Landtag das höchste politische Gremium der Demokratie in Südtirol ist. Es ist also nicht eine lästige Aufgabe, wo man die Zeit absitzen muss. In Vergangenheit war es so, dass die Abgeordneten hier im Saal waren, während die Mitglieder der Landesregierung teilweise auf Pressekonferenzen oder auf irgendwelchen anderen Veranstaltungen waren. Das war in der vergangenen Legislaturperiode die Normalität. Es sollte aber nicht so sein, denn niemand von diesen Landesräten war abwesend, weil er irgendwo die Welt retten musste. Ich verstehe es, wenn ein Landesrat einmal bei irgendeiner institutionellen Sitzung in Brüssel oder sonst irgendwo sein muss, aber weil irgendwo in irgendeinem Dorf irgendein Verein ein Haus einweihet, muss ein Landesrat nicht die Landtagssitzung schwänzen. Das ist einfach nicht notwendig. Auch die Landesräte sind gewählte Landtagsabgeordnete und haben während der Landtagssitzung hier im Saal zu sein. Was die Benimmregeln der Abgeordneten anbelangt, ist es leider so, dass einige Abgeordnete nicht in der Lage sind, ihre Karte aus dem Apparat herauszuziehen. Deshalb braucht es manches Mal Regelungen. Wir haben gesehen, dass Abgeordnete bei Abstimmungen im letzten Moment herein gerannt sind und nicht einmal wussten, worüber abgestimmt wird. Es ist doch eine Frage der Selbstachtung gegenüber dem Amt und dem Mandat, das man ausübt. Es kann doch nicht sein,

dass man nach außen den Anschein erweckt, als ob nur in diesem Saal sitzt und nicht weiß, was man überhaupt tut. Nachdem man versucht, das Ganze ein bisschen lächerlich zu machen, sollten wir uns daran erinnern, wie oft wir hier Abstimmungen gehabt haben, die annulliert werden mussten. Das ist weder unserem Ansinnen, noch dem Ansinnen des Landtages zuträglich. Wie gesagt, es geht schon längst nicht mehr um die Krawattenpflicht, sondern darum, dass den Menschen nicht der Eindruck vermittelt wird, dass wir hier sitzen und uns im Grunde genommen nicht für das interessieren, was andere Abgeordnete zu sagen haben. Es gehört zur Demokratie, eine eigene Meinung zu haben, sich aber auch die Meinung eines anderen anzuhören. Wenn jemand im Saal spricht, dann geht man nicht hinaus und tut irgendetwas anderes. Man überzieht aber auch nicht die Zeit, und deshalb komme ich zum Schluss und kündige unsere Zustimmung zu diesem Beschlussvorschlag an.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich kann hier sehr gut anknüpfen. Wir wurden gestern als Verbotspartei bezichtigt und heute im Hinblick auf den Klimawandel als verbotende Partei durch den Kakao gezogen. Ich möchte ganz klar sagen, dass wir nichts gegen Regeln haben. Regeln im Normalfall schützen nämlich die Schwächeren. Wo es keine Regeln gibt, gilt das Recht des Stärkeren. Das ist ein Fakt, und deshalb sind wir auch oft für Regeln. Die Regel, die wir uns allerdings hier drinnen wünschen, wäre genau das, was der Kollege Knoll gesagt hat, nämlich, dass das Recht darauf, gehört zu werden. Das, was die Zuhörenden am meisten anprangern und worüber sie am meisten enttäuscht sind, ist genau das, was in diesem Moment stattfindet, nämlich, dass ein Großteil der Abgeordneten überhaupt nicht zuhört. Wenn Ihr einmal durch die Kommentare klickt, so haben die Leute das Bild, dass niemand zuhört. Ich erlebe dieses Opus als einen Akt der Scheinheiligkeit, mit dem ich in letzter Zeit widersträubend befasst habe. Das ist sicher ein Versäumnis meinerseits. Hier geht es nicht um Inhalte, sondern um Schein, und als solcher wurde er auch wahrgenommen. Wir können Zeitung lesen, aber bitte digital, damit man es von oben nicht sieht. Dass es aber ums Zuhören und um Meinungsbildung geht, wird nicht geschützt. Hier wird einfach nur vorgetäuscht! Gegen diese Simulation demokratischen Lebens hier drinnen verweigere ich mich innerlich zutiefst! Da schließe ich mich der Ironie und der Kritik der Kollegen Heiss und Dello Sbarba an. Wir hätten die Gelegenheit wahrnehmen können, zu überlegen, wie wir aus diesem Haus ein niederschwelliges und zugängliches Haus des Volkes machen können. Als solches wird der Landtag nämlich in keinster Weise wahrgenommen. Was tun wir? Wir verstärken die Abschirmungen und schaffen Sicherheitsprobleme, die wir zum Teil gar nicht einmal haben. Als Botschaft geht hinaus, dass hier drinnen lauter Schlawiner und Schlawinerinnen sitzen, die man ständig zur Ordnung rufen muss und dass draußen Kriminelle lauern, die man möglichst nur kontrolliert und selektiert hereinlässt. Das ist nicht unser Bild von Aufwertung des Landtages, sondern das ist die Abwertung des Landtages, zusammengefasst im ersten Satz von Artikel 5, in dem steht: *"Die Abgeordneten nehmen an den Arbeiten der Sitzungen teil und haben sich sitzungsfremder Tätigkeit zu enthalten."* Dieser Satz beleidigt mich, denn ich bin hier, arbeite und nehme an den Sitzungen teil. Ich brauche mir das nicht von einer Regelung sagen zu lassen, denn das erwarten sich unsere Wählerinnen und Wähler von uns.

Ein Letztes noch. Das Wort "ehrbär" zieht sich durch die Verordnung durch, wobei ich darüber nachgedacht habe, was es heißt. Ich würde mir hier drinnen ehrbare Diskurse und ehrbare Aussagen wünschen, denn es nützt nichts, wenn wir uns alle schön anziehen und uns ordentlich benehmen und dann menschenverachtende Aussagen in den Raum stellen. Da würde ich mir die Würde dieses Hauses öfters gewahrt wünschen!

**URZì (L'Alto Adige nel cuore):** Non ho ancora capito la ragione per cui è iniziato tutto questo dibattito attorno a questo documento, attorno a questo complesso di regole che ha conosciuto dieci forme diverse ed è approvato infine in aula in una forma completamente nuova, tanto che possiamo dire che la montagna ha partorito il topolino. Cerco di spiegarmi, presidente, anche se Lei in questo momento mi sta facendo un segno che forse chi ci segue non vede, ma questo segno il presidente a un consigliere non lo dovrebbe fare. Se volessimo fare un regolamento, dovremmo prevedere che il presidente eviti di fare questo segno a un consigliere che sta esprimendo un suo punto di vista, anzi inviteremmo il presidente a seguire i ragionamenti per cercare di trarne qualche utile momento e motivo di riflessione.

Io ribadisco, è la montagna che ha partorito un topolino, e non ho ancora compreso la ragione per cui abbiamo seguito questo lungo processo per poi arrivare al documento che oggi discutiamo. È superfluo ricordare quello che altri colleghi che mi hanno preceduto hanno già ricordato, il passaggio che per esempio prevede la forma di sanzione verso il Consiglio, nel senso di sospensione dei lavori laddove non è prevista la partecipazione della maggioranza dei componenti della Giunta provinciale, però è stata prevista la deroga annunciata in aula da parte del presidente del gruppo della Volkspartei Steger, confermata da Lei, presidente, per cui si tiene conto delle

giustificazioni istituzionali. Questo accadeva già anche oggi, quindi domani non si applicherà questa norma. È scritta ma non si applicherà.

È previsto che non si può usare il telefono, però se si parla sottovoce lo si può usare. È previsto che non si possono leggere i giornali, però si possono leggere sul tablet, non so se anche sul computer, quindi che senso ha prevedere che non si può leggere il giornale ma poi lo si può leggere sullo strumento informatico? È un modo per proporre l'idea di un impegno moralizzatore verso l'aula, quasi l'aula avesse bisogno di essere "bacchettata", questo è il messaggio che ne esce, che non è di particolare valore e di valorizzazione del ruolo del Consiglio provinciale!

Vorrei citare altri due punti. Il primo è il passaggio del regolamento che prevede che possano essere venduti in particolari condizioni anche prodotti commerciali all'interno del Consiglio provinciale, certo secondo determinati requisiti, ma che questo Consiglio si possa trasformare sostanzialmente in una sorta di bazar per mele e speck. Questo è scritto nel regolamento! Dal mio punto di vista è un uso improprio che si vuole ipotizzare del Consiglio. Certo, è prevista una cornice, ma l'interpretazione, la discrezionalità è molto ampia.

Vorrei poi soffermarmi sull'aspetto della blindatura del Consiglio provinciale. Io ho sempre detto che la dobbiamo smettere di sopravvalutarci, considerare questo luogo come un parlamento, quasi fosse necessario l'attraversamento di metal detector per poter entrare in questo palazzo in cui ha diritto di accesso il pubblico, si deve entrare in contatto con i consiglieri, non si deve avere paura. Questo è invece un regolamento improntato alla paura.

Vorrei riflettere anche sulla ragione per cui si prevede sostanzialmente una sorta di identificazione o comunque della verifica della presenza di una persona che viene a parlare con Urzì. Io credo che questa norma in un certo qual modo violi il principio che voglio definire della tutela della fonte, esercitato da parte del consigliere. Sono un giornalista, rubo questo concetto, ma credo di avere il diritto di rivendicare il fatto, e l'emendamento che ha presentato il collega Dello Sbarba in questo senso è peggiorativo rispetto al testo presentato, il diritto di tutelare in senso pieno e compiuto coloro che vengono a trovarmi per relazionarsi con me, per espormi alcune situazioni che talvolta sono particolarmente delicate, e se invece procediamo ad una sorta di identificazione, a un processo nei confronti di ogni visitatore di quest'aula, di questo Consiglio, di questa istituzione, creiamo una condizione per cui la tutela della fonte viene meno. Ci tengo molto invece a questo tipo di garanzia.

Per questa ragione auspico che ci possa essere un ripensamento rispetto alla necessità di procedere alla discussione del regolamento, magari con un'apposita nuova verifica nel Collegio dei capigruppo. In caso contrario esprimerò un voto contrario.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Ich wollte noch einmal kurz wiederholen, was ich gestern gesagt habe, auch weil jetzt der Landeshauptmann anwesend ist. Wir reden hier über Benimmregeln und Zugangskontrollen, und wengleich mir zu viele Kontrollen widerstreben, werde ich diesen Beschlussvorschlag unterstützen. Mir geht es um die Stärkung des Landtages in seiner legislativen Funktion. In diesem Sinne finde ich es äußerst problematisch, was in letzter Zeit eingerissen ist, nämlich, dass wir als Abgeordnete die Gesetzentwürfe wirklich erst im letzten Moment bekommen. Ich verstehe die vollen Agenden der Landesregierung, aber wir haben heute in der Früh den neuen Haushalt mit dem Stabilitätsgesetz und das Gesetz zur Buchhaltungs- und Finanzordnung der Gemeinden bekommen. Es fehlt immer noch das große Buch mit der Bilanz zum Haushalt selber und am Montag sollen wir ab 8.00 Uhr in der Früh im Gesetzgebungsausschuss darüber diskutieren. Eine sinnvolle Diskussion wird kaum möglich sein, weil wir kaum Zeit haben werden, uns darauf vorzubereiten. Wir sitzen bis Freitagabend hier im Landtag, also bleiben Samstag und Sonntag, wo man sich normalerweise kaum mit Experten treffen kann. Das ist das größte Problem, das ich momentan sehe. Das war beim Vergabegesetz schon so und wiederholt sich jetzt. Deshalb bitte ich die Landesregierung wirklich eingehend darum, sich die Arbeiten so einzuteilen, dass dem Landtag und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die Zeit bleibt, sich in die Gesetze einzuarbeiten. Danke!

**STOCKER S. (Die Freiheitlichen):** Kollegin Foppa, die Kollegin Ulli Mair hat Sie nicht durch den Kakao gezogen, was die Verbotsparetei betrifft, denn das sind Fakten. Ich kenne keine größere Verbotsparetei als Eure. Ich würde auch nicht von Benimmregeln, sondern von einer Hausordnung sprechen. Hausordnungen gibt es in einem Kondominium, in einem Betrieb usw. Mir gefällt der Begriff "Benimmregeln" nicht, sondern es ist eine Hausordnung. Zur Hausordnung gehören nun einmal verschiedene Dinge, auch das Verhalten im Hohen Haus. Ich wäre persönlich ein Befürworter der Krawattenpflicht und möchte sagen, dass die Studenten bei einem Maturaball teilweise sauberer gekleidet sind als manche Kolleginnen und Kollegen hier. Wir haben viele Zuschauer hier, die uns



besuchen, und es ist nichts Schlechtes, eine Krawatte zu tragen. Das ist kein abwertendes Kleidungsstück, das dem Haus, in dem wir sitzen, gebührt. Auch unsere Amtsdienner tragen eine Krawatte. Wieso haben die Amtsdienner eine Krawattenpflicht? Das möge mir einer erklären.

Ich möchte noch etwas sagen. Es geht um die Stiege vor dem Hohen Haus. Ich möchte klar das Wort für die Frauen ergreifen, die im Hohen Haus arbeiten. Es ist einfach kein Zustand, dass draußen Menschen herumliegen. Kein Südtiroler liegt herum, also hat auch kein Einwanderer draußen herumzuliegen. Die Frauen haben Angst, das Landtagsgebäude am Abend zu verlassen. Das habe ich gehört, und deshalb soll das angesprochen werden. Es muss also auch der Sicherheitsaspekt vor dem Landtagsgebäude unter die Lupe genommen werden. Auch bei der RAI muss man den Ausweis abgeben bzw. sich ausweisen. Erst dann kommt man in das Gebäude hinein. Wir waren kürzlich im Regionalrat von Mailand. Dort ist das Gang und Gebe. Keinem wird verboten, ins Haus zu kommen. Es wird lediglich kontrolliert, wer ins Haus kommt.

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Ich spreche als Mitglied des Präsidiums und möchte etwas klarstellen, ohne den Inhalt der Verordnung zu werten. Es handelt sich nicht um eine Erfindung des Präsidenten oder des Präsidiums. Ich werde kurz den Werdegang der Verordnung erläutern. Es hat eine Arbeitsgruppe gegeben, an der jeder teilnehmen konnte. Wenn jemand nicht teilnimmt, dann ist das nicht das Problem der Aula. Es hat dann auch eine Klausurtagung des Präsidiums gegeben, auf der wir uns stundenlang darüber unterhalten haben, wie man das Thema am Besten angehen könnte. Es hat unzählige Sitzungen des Präsidiums gegeben, bei denen man über die einzelnen Vorschläge der Abgeordneten gesprochen hat. Außerdem hat es vier bis fünf Fraktionssprechersitzungen gegeben, bei denen man über dieses Thema diskutiert hat. Es geht also nicht darum, dass der Präsident oder das Präsidium dem Hohen Haus etwas vorschreiben möchte. Es geht auch nicht um die Krawatte, sondern um wirklich wichtige Themen. Schauen Sie sich einmal an, wie es in anderen Parlamenten funktioniert. Da könnte man sich das eine oder andere anschauen, beispielsweise vom Parlament Graubünden.

**HOCHGRUBER KUENZER (SVP):** Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Als Abgeordnete des Südtiroler Landtages möchte ich sagen, dass von vielen Kolleginnen und Kollegen immer wieder Aufforderungen gekommen sind, bestimmte Dinge noch einmal anzuschauen und neu zu regeln. Als Abgeordnete im Südtiroler Landtag ist mir selber etwas passiert. Ich war in meinem Büro und auf einmal stand ein Mann in meinem Büro, unangemeldet. Er wurde hinauf gelassen, und ich musste schauen, wie wir weiterkommen. Stellen Sie sich vor, es wäre nach 8 Uhr Abends gewesen. Dann wäre niemand mehr im Landtag anwesend gewesen. Damit habe ich meine Schwierigkeiten. Es braucht Zugangsregelungen für den Landtag. Niemand will dem anderen etwas aufzwingen und man will es auch nicht komplizierter machen. Vieles ist in den Fraktionssprechersitzungen immer wieder zurückgenommen worden. Ich erinnere daran, wie sich der Kollege Urzì vehement dagegen gewehrt hat, dass das Telefonieren in der Aula verboten werden soll. Jetzt gibt es eine Light-Version, das heißt, Sie können telefonieren, wenn Sie es leise und unauffällig machen. Es ist also sehr wohl auf die Vorschläge der Abgeordneten eingegangen worden. Ich kann mich auch daran erinnern, dass jeder Fraktionssprecher/jede Fraktionssprecherin zwei Mal aufgefordert wurde, in der jeweiligen Fraktion Rücksprache zu halten, um herauszufinden, ob die Regelungen passen oder ob sie geändert werden sollen. Es sind immer wieder neue Änderungen eingetroffen, und man hat versucht, die Verordnung neu zu schreiben. Dass sich einige jetzt dagegen wehren, ist nicht angebracht, denn der partizipative Teil ist erfolgt. Jede Fraktion hatte die Möglichkeit, sich einzubringen und Vorschläge zu machen. Wenn wir glauben, dass es gut ist, wie es bisher war, dann muss ich sagen, dass es in bestimmten Bereichen strengere Regeln gibt. Wenn wir aber glauben, dass man den Zugang zum Landtag regeln sollte, dann sollten wir dieses Projekt umsetzen. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass wir uns selber Regeln geben. Das hat nicht mit Politik zu tun, sondern ist einfach eine Verbesserung der Abläufe.

**PRÄSIDENT:** Kollege Urzì, Sie haben schon 1,57 Minuten überzogen und können somit, wenn Sie wollen, zum Fortgang der Arbeiten reden.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Chiedo la parola sull'ordine dei lavori, per sapere come debba essere interpretato il passaggio all'art. 6 dove si dice: *"Per motivi di sicurezza viene predisposto il controllo dell'accesso, vale a dire che chiunque non sia accompagnato da un consigliere, desideri entrare nel palazzo deve fornire un documento di identità e specificare in quale ufficio o in quale gruppo consiliare è diretto"*, per gli uffici del Consiglio provinciale che hanno sede fuori dal palazzo del Consiglio provinciale. Il mio gruppo consiliare, per esempio, si trova in via Perathoner, e quindi non c'è nessun usciere. Chiedo se questo regolamento valga solo per alcune



componenti del Consiglio provinciale o per tutto il Consiglio provinciale compreso il gruppo del sottoscritto o dei consiglieri di Süd-Tiroler Freiheit che sono fuori dalla sede del Consiglio provinciale, così come le sedi degli uffici che dipendono dal Consiglio provinciale ma che non hanno sede nel palazzo del Consiglio provinciale. Chiedo sostanzialmente se potrà essere assegnato un usciere al mio ufficio.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich werde die Zeit sicher nicht überziehen. Wir haben es geschafft, uns aus einer guten Absicht heraus selber ein schlechtes Zeugnis auszustellen. Es muss doch im Landtag Abläufe geben, die irgendwo koordiniert sind. Wir haben genügend Personal, und deshalb müsste man imstande sein, diese Abläufe zu kontrollieren und entsprechende Anweisungen zu geben. Nachdem das nicht geschehen ist bzw. geschieht, hat sich eine Arbeitsgruppe damit beschäftigt, wie man es besser machen kann. Man hat sich sicher an anderen Parlamenten orientiert. Wir waren ja alle schon in anderen Parlamenten. Wenn man in den Reichstag in Berlin gehen will, dann stehen die Leute Schlange, obwohl sie den Ausweis vorzeigen müssen. Niemand regt sich darüber auf. Wir waren neulich im Regionalrat der Lombardei, wo man wie auf dem Flughafen durchleuchtet wird. Man muss nicht nur den Ausweis zeigen, sondern sich sogar einer Kontrolle unterziehen wie auf dem Flughafen. Es ist schade, dass es soweit gekommen ist, dass jetzt auch Strafen vorgesehen sind, aber wir haben zu Beginn der Legislaturperiode von einer Aufwertung des Landtages gesprochen. Das gehört nun einmal auch dazu. All jenen, die sich jetzt so sehr darüber aufregen, muss ich sagen, dass wir mehrmals darüber geredet haben. Es wurde dann auch eine Arbeitsgruppe eingesetzt, an der jeder teilnehmen hätte können. Was herausgekommen ist, ist herausgekommen. Ich möchte all jenen meine Solidarität aussprechen, die sich bemüht haben, eine Regelung zu finden, damit sich der Landtag nach außen besser darstellt.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Auch ich finde diese Verordnung wichtig, und zwar nicht nur auf diese Legislaturperiode bezogen, sondern auch für die kommenden Legislaturperioden. Ich war in der vorhergehenden Legislaturperiode nicht hier und muss sagen, dass die Mitglieder der Landesregierung viel anwesend sind. Man weiß aber nicht, ob es auch in künftigen Legislaturperioden so sein wird. Ich finde es wichtig, dass die Mitglieder der Landesregierung zuhören, wenn Abgeordnete reden, da sie dann Rede und Antwort stehen müssen.

Die Zugangskontrolle ist besonders wichtig. Es geht nicht nur darum, dass kontrolliert wird, wer das Gebäude betritt, sondern es geht auch darum, dass wir wissen, wie viele Personen sich im Haus befinden. Man weiß nie, was passiert, und wenn ein Gebäude auf dem schnellsten Weg evakuiert werden muss, dann ist es wichtig zu wissen, wer sich im Haus befindet.

In Bezug auf die Kleiderordnung finde ich, dass diesbezüglich nicht viel eingeschränkt wird. Als ich vor einem Jahr meine Aufgabe in diesem Hohen Haus übernommen habe, wurde ich auch auf die Kleiderordnung angesprochen. Damals ging es vor allem um die Frage: Krawatte, Ja oder Nein? Wenn schon alle davon überzeugt sind, dass wir uns bereits angemessen kleiden, dann dürfte diese Verordnung eigentlich kein Problem sein. Wir haben also nichts zu befürchten. Jeder Bankangestellte muss sich angemessen kleiden. Die Bediensteten sind angemessen gekleidet. Deshalb sollte dies auch für die Abgeordneten gelten.

In Bezug auf das Telefonieren geht hervor, dass unsere Arbeit nicht eingeschränkt wird. Das Telefonieren im Stillen ist zugelassen. Es kann schließlich nicht sein, dass man irgendwelche Plaudergespräche mit irgendwelchen Kollegen führt.

In Bezug auf das Lesen von Zeitungen möchte ich sagen, dass man dazu auch vor Beginn der Sitzung Zeit hat. Das muss man nicht in aller Öffentlichkeit demonstrieren, wenngleich es zur Arbeit dazu gehört.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** In persönlicher Angelegenheit. Ich möchte mein Bedauern ausdrücken, denn es lag keineswegs in meiner Absicht, die Arbeit, die von den Kollegen geleistet wurde, um dieses Reglement zu erstellen, abzuwerten. Ich erkenne an, dass diese Arbeit mit Engagement betrieben wurde. Ich bedauere auch, dass ich mich hier relativ spät eingebracht habe. Woran ich aber festhalten möchte, Herr Präsident, ist, dass aus vielen dieser Passagen ein Geist des Verbotes spricht, den ich so nicht zu teilen vermag. Das ist aus meiner Sicht das Grundproblem, das mich angesprochen hat und weshalb ich gestern auch ironisch reagiert habe. Das möchte ich auch nicht zurücknehmen.

**PRÄSIDENT:** Nachdem es keine weiteren Wortmeldungen gibt, möchte ich kurz replizieren. Zunächst möchte ich Ihnen etwas aus dem Jahr 1974 vorlesen, als Karl Vaja Präsident und Frau Franzelin Sekretärin waren. *"Ich möchte auch festlegen, dass das Rauchen im Sitzungssaal ab nun verboten ist und das Tragen der Kra-*

watte für die Landtagsabgeordneten zur Pflicht gemacht wird. Im Übrigen möchte ich empfehlen, sich bei den Sitzungen nicht durch Telefonanrufe oder sonstige Sachen hinausholen zu lassen und zu stören. Auch möchte ich die Herren darum ersuchen, bei der Behandlung der Anfragen und Interpellationen anwesend zu sein." Sie sehen, dass diese Diskussion nicht neu ist. Ich könnte noch viele Sachen zitieren.

Ich habe Verständnis für die einzelnen Wortmeldungen, möchte aber noch einmal kurz den Werdegang der Verordnung schildern. Es gab und gibt das große Verlangen, den Landtag aufzuwerten. Das habe ich ernst genommen, und deshalb habe ich mich mehrfach mit allen Fraktionen darüber unterhalten. Neben vielen anderen Dingen wie der technischen Ausstattung, Personalaufstockung, Ausbau des Rechtsbüros kam fast von jeder Fraktion der Wunsch nach mehr Regeln in der Aula und im Hause. Wir haben diese Anregungen ernst genommen und ein Papier erarbeitet, das eine Evolution dessen ist, was wir schon hatten. Ich habe bemerkt, dass viele sich das alte Reglement nicht angeschaut haben. Kollege Heiss, ich bin ein Liberaler und muss sagen, dass mir Gebote lieber sind als Verbote. Schauen Sie sich die alte Regelung an und Sie werden sehen, dass wir sie teilweise aufgeweicht, teilweise aber auch verschärft haben.

Ich möchte mich beim Kollegen Urzì für meine Äußerungen des Nicht-Verständnisses entschuldigen, aber einige Formulierungen kommen ja auch von Ihnen, Kollege Urzì. Sie haben sehr fleißig mitgearbeitet und das letzte Mal den Wunsch geäußert, sich den Text noch einmal anschauen zu wollen. Wir haben die Behandlung also noch einmal einen Monat vertagt. Sie haben dann noch einmal Änderungen vorgeschlagen und wir haben daraufhin eine neue Formulierung gefunden. Dieser Text ist derselbe wie jener der letzten Sitzung. Sie müssen mich also schon verstehen, wenn ich sage, dass ich mich darüber wundere, dass Sie sagen, es sei ein völlig neuer Text.

Sie haben gesehen, dass wir das Reglement doch sehr liberal gehalten haben. Ich möchte noch etwas sagen. Alle Fraktionen haben den Wunsch geäußert, dass wir eine bessere Figur nach außen zeigen sollen. Es war der Grundtenor des Landtages, mehr Anwesenheit und Präsenz zu zeigen. Wir sollten uns nicht so benehmen, als wäre der Landtag ein Marktplatz. Deshalb gibt es nun dieses Regelwerk. Ich bin froh, dass wir jetzt zur Abstimmung kommen. Ich bedanke mich bei allen für die Diskussionsbeiträge.

In Bezug auf die Formulierung der Abwesenheiten der Mitglieder der Landesregierung präzisiere ich, dass die Mehrheit der nicht entschuldigen Mitglieder der Landesregierung anwesend sein muss.

Kollege Urzì, Sie haben gefragt, ob auch Ihr Mitarbeiter, der ja in einem externen Büro arbeitet, einen Ausweis vorzeigen muss, wenn er in den Landtag kommt. Ich kann Ihnen mitteilen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einen dauerhaften Ausweis erhalten.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** *(interrompe)*

**PRÄSIDENT:** Können Sie Ihre Frage noch einmal wiederholen?

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** La domanda era un'altra, ossia che il gruppo di "Alto Adige nel cuore" e il gruppo "Süd-Tiroler Freiheit" si trovano fuori dal palazzo del Consiglio provinciale in immobili esterni, così come altri uffici del Consiglio provinciale. Siccome il regolamento prevede che c'è un processo di verifica su chi entra nel palazzo, la domanda è: per questi uffici esterni che processo di verifica avverrà? Nel senso che, se il collega Pöder - cito un collega a caso - ha l'ufficio in questo palazzo e quindi c'è una verifica sulla persona che entra e si sa chi busserà alla sua porta, io non so mai chi bussa alla mia porta. Io preciso che per me ho chiesto zero controlli, quindi mi va bene, però se il regolamento prevede i controlli, questi sono solo per le persone che sono qua mentre per coloro che sono fuori dal palazzo nessun controllo? Quando a me bussano alle 7 di sera, comunque sono un attimo attento, fra l'altro il mio ufficio si trova in una zona non splendida di Bolzano, quindi fra tossicodipendenti, siringhe negli ascensori e altre situazioni bisogna stare molto attenti. Io chiedo controlli zero per rendere questo palazzo aperto, però se si introduce il controllo vale solo per questi uffici e non per gli altri? Questa è la domanda tecnica.

**PRÄSIDENT:** Der Titel der Verordnung lautet "Zugang zum Landtagsgebäude". Das Landtagsgebäude ist dieses Gebäude und nicht jenes, in welchem Ihre Fraktion untergebracht ist. Ich glaube also, Ihre Frage beantwortet zu haben.

Bitte, Kollege Steger.

**STEGER (SVP):** Wir haben zwei Änderungsanträge aufliegen. Habe ich etwas versäumt? Werden diese behandelt?

**PRÄSIDENT:** Die Geschäftsordnung sieht vor, dass Änderungsanträge, die vorher hereinkommen, im Rahmen der Debatte mitbehandelt und nicht getrennt behandelt werden. Jetzt wird über den gesamten Text abgestimmt, ohne die Änderungsanträge abgestimmt, da ich diese als Erstunterzeichner nicht angenommen habe.

Bitte, Kollege Urzi.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Sull'ordine dei lavori. Ci è stato detto che potevamo presentare gli emendamenti e ci è stato anche comunicato entro quando potevamo presentarli. Poi scopriamo che sostanzialmente è colui che ha preparato il testo che decide se gli emendamenti vanno messi in discussione oppure no, quindi siccome il testo lo avevamo già in mano sapevamo che qualunque emendamento fosse stato presentato non sarebbe stato accolto, perché non era nella proposta del Consiglio, se lo si sapeva probabilmente si evitava di rinviare alla discussione sugli emendamenti alcune considerazioni che volevo svolgere. Mi sembra un po' paradossale!

**PRÄSIDENT:** Wir können auch über die zwei Änderungsanträge abstimmen.

Bitte, Kollege Dello Sbarba.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Lei mi pare che dica che una delibera presentata dall'Ufficio di presidenza viene trattata come una mozione, cioè è nella mozione che funziona il fatto che il primo o la prima firmataria decide se accettare o meno un emendamento, se non si accetta l'emendamento non viene votato. Non si può sapere a memoria il regolamento interno, ma a me non risulta. A me risulta che sulle delibere si possano presentare emendamenti e che su questi si voti. Se la cosa sta come dice Lei, certamente bisogna rispettare il regolamento, io però le chiedo dove è scritto che una delibera viene trattata in Consiglio nella stessa modalità di una mozione.

**PRÄSIDENT:** Das Rechtsamt sagt, dass ein Beschlussvorschlag wie ein Beschlussantrag behandelt wird. Wenn Änderungsanträge schon vorher einlangen, dann werden sie gemeinsam mit dem Beschlussantrag diskutiert. Da wird das im Plenum entscheiden können, ist es für mich kein Problem, über die Änderungsanträge abzustimmen.

Kollege Steger, bitte.

**STEGER (SVP):** Ich würde mich an die Geschäftsordnung halten. Wenn Beschlussvorschläge wie Beschlussanträge behandelt werden, dann ist der Dominus der Einbringer. Wenn dieser sagt, dass die Änderungsanträge für ihn gut gehen, dann werden sie mitbeschlossen, sonst bleiben sie draußen.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ancora sull'ordine dei lavori. Ho chiesto dove è scritto nel regolamento interno, lo vorrei sapere, poi se è scritto io sono per rispettare ciò che è scritto, ma vorrei la citazione dell'articolo.

**PRÄSIDENT:** Ich verlese Artikel 85 der Geschäftsordnung: "*Beschlussvorschläge des Präsidiums werden in der Regel gemäß dem für Beschlussanträge geltenden Verfahren behandelt.*" Somit dürfte das also geklärt sein.

Wir stimmen über den Beschlussvorschlag ohne Änderungsanträge ab. Ich eröffne die Abstimmung: mit 27 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

Punkt 4 der Tagesordnung: "**Beschlussvorschlag: Erweiterung des allgemeinen Stellenplanes des Personals des Südtiroler Landtages um insgesamt 9,15 Stellen für die Erfordernisse der Volksanwaltschaft, des Landesbeirates für Kommunikationswesen, der Kinder- und Jugendanwaltschaft, der Gleichstellungsrätin, des Amtes für Verwaltungsangelegenheiten und des Übersetzungsamtes.**"

Punto 4) all'ordine del giorno: **"Proposta di deliberazione: Ampliamento della pianta organica del personale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano di complessivi 9,15 posti per le esigenze della Difesa civica, del Comitato provinciale per le comunicazioni, della Garante per l'infanzia e l'adolescenza, della Consigliera di parità, dell'ufficio amministrazione e dell'ufficio traduzioni."**

**Bericht/Relazione accompagnatoria**

*Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete!*

*Der Volksanwaltschaft, die gemäß Artikel 1 des Landesgesetzes vom 4. Februar 2010, Nr. 3, beim Südtiroler Landtag angesiedelt ist, sind derzeit 6 Mitarbeiterinnen zugewiesen, von denen 4 in der VIII. Funktionsebene, Berufsbild "Experte/Expertin im Verwaltungsbereich" (Vollzeitäquivalente = 3,75) und 2 in der V. Funktionsebene, Berufsbild "Sekretariats- und Verwaltungsfachkraft" (Vollzeitäquivalente = 1,75) eingestuft sind.*

*In den letzten Jahren hat jedoch die Anzahl an Beschwerden und Beratungen durch den Abschluss von Vereinbarungen mit allen Gemeinden Südtirols sowie aufgrund der Nachfrage um Unterstützung im Sanitätsbereich und vor allem im Bereich der Arzthaftungsfragen deutlich zugenommen und steigt ständig weiter.*

*Dem Landesbeirat für Kommunikationswesen, der gemäß Artikel 2 des Landesgesetzes vom 18. März 2002, Nr. 6, beim Südtiroler Landtag angesiedelt ist, sind derzeit 2 im Berufsbild "Verwaltungssachbearbeiter/Verwaltungssachbearbeiterin", VI. Funktionsebene, eingestufte Vollzeitmitarbeiter zugewiesen.*

*Der Arbeitsaufwand des Kommunikationsbeirats hat jedoch seit 2011, bei gleichbleibender Arbeitskapazität, beträchtlich zugenommen (von knapp 300 behandelten Streitfällen im Jahr 2011 auf zirka 750 Streitfälle im Jahr 2014).*

*Der Kinder- und Jugendanwaltschaft, die gemäß Artikel 1 des Landesgesetzes vom 26. Juni 2009, Nr. 3, beim Südtiroler Landtag angesiedelt ist, sind derzeit 2 Mitarbeiterinnen zugewiesen, von denen eine, Vollzeitbedienstete, in der VIII. Funktionsebene, Berufsbild "Experte/Expertin im Verwaltungsbereich" und eine in der VI. Funktionsebene, Berufsbild "Verwaltungssachbearbeiter/Verwaltungssachbearbeiterin" (Vollzeitäquivalent = 0,85) eingestuft sind.*

*Dieser Personalbestand hat sich seit Beginn als absolut unzureichend erwiesen; zumal diese Einrichtung aufgrund der ihr gesetzlich zugewiesenen Zuständigkeiten nicht nur verwaltungstechnische, sondern auch psychologische Aufgaben zu bewältigen hat (Mediation in Konfliktsituationen, Beratungen, Unterstützungsmaßnahmen).*

*Die Gleichstellungsrätin, die gemäß Artikel 29 des Landesgesetzes vom 8. März 2010, Nr. 5, beim Südtiroler Landtag angesiedelt ist, verfügt derzeit über keine Personalressourcen zur Erledigung der zahlreichen und vielfältigen Tätigkeiten, welche die besagte Einrichtung im Bereich des Arbeitsrechts und zur Bekämpfung von Diskriminierungen zwischen Mann und Frau ausübt.*

*Dem Amt für Verwaltungsangelegenheiten des Südtiroler Landtages sind derzeit 19 Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen zugewiesen sind, die nach Funktionsebenen bzw. Berufsbildern wie folgt unterteilt sind:*

*VII. Funktionsebene:*

- 1 Buchhaltungsexpertin (Vollzeitäquivalent = 0,75);
- 1 Analytiker-Systembetreuer (Vollzeitäquivalent = 0,85);

*VI. Funktionsebene:*

- 1 DV-Sachverständiger, Vollzeit;
- 1 Geometer, Vollzeit;
- 4 Verwaltungssachbearbeiterinnen (Vollzeitäquivalente = 3,35);

*V. Funktionsebene:*

- 3 Sekretariats- und Verwaltungsfachkraft (Vollzeitäquivalente = 1,5);
- 1 Betriebstechniker, Vollzeit;
- 2 Mitarbeiter für allgemeine Landtagsdienste-Betriebstechniker, Vollzeit;

*IV. Funktionsebene:*

- 1 Fahrer-Mitarbeiter für allgemeine Landtagsdienste, Vollzeit;
- 4 Mitarbeiter für allgemeine Landtagsdienste, Vollzeit;

Aufgrund der Komplexität, und der steigenden Anzahl der Verfahren betreffend den Ankauf von Gütern und Dienstleistungen, die in die Wege geleitet und abgeschlossen werden müssen, ist es nunmehr notwendig einen zusätzlichen Mitarbeiter/eine zusätzliche Mitarbeiterin ausschließlich mit diesem Aufgabenbereich zu betrauen.

Zudem ist es notwendig den EDV-Bereich zu stärken, um den neuen EDV-Support zur Unterstützung der Landtagsfraktionen effizient wahrnehmen zu können.

Ebenso gilt es angesichts der bevorstehenden Genehmigung der Bestimmungen über den Zugang zum Landtagsgebäude den Potierdienst durch die Aufnahme eines zusätzlichen Mitarbeiters zu stärken.

Dem Übersetzungsamt des Südtiroler Landtages sind derzeit folgende 9 Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen zugewiesen:

- 3 Übersetzer/Übersetzerinnen, VIII. Funktionsebene, Vollzeit;
- 4 Dolmetscherinnen/Übersetzerinnen, VIII. Funktionsebene (Vollzeitäquivalente = 2,85), von denen eine Vollzeitbedienstete, zwei Teilzeitbedienstete zu 50 % (19 Wochenstunden) und eine Teilzeitbedienstete zu 85 % (32 Wochenstunden);
- 2 Sekretariats- und Verwaltungsfachkraft (Vollzeitäquivalente = 1,6);

Um den Dolmetschdienst sicherzustellen sind 2 Dolmetscher/Dolmetscherinnen-Paare erforderlich, damit auch bei überschneidenden Sitzungen bzw. bei Abwesenheit eines Dolmetschers/einer Dolmetscherin genügend Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen zur Verfügung stehen.

Der vorliegende Beschlussvorschlag sieht deshalb die Erhöhung des allgemeinen Stellenplans des Südtiroler Landtages, der derzeit, unter Berücksichtigung der auch beim Landtag angesiedelten Einrichtungen (Landesvolksanwaltschaft, Landesbeirat für Kommunikationswesen, Kinder- und Jugendanwaltschaft und Gleichstellungsrätin), insgesamt 62 den verschiedenen Funktionsebenen und Berufsbildern zugeordnete Vollzeitstellen umfasst, um 9,15 Vollzeiteinheiten wie folgt vor:

Volksanwaltschaft:

1 Vollzeitstelle in der VIII. Funktionsebene zwecks Aufnahme eines Experten/einer Expertin im Rechts- und Gesetzgebungsbereich;

Landesbeirat für Kommunikationswesen:

1 Vollzeitstelle in der VI. Funktionsebene zwecks Aufnahme eines Verwaltungssachbearbeiter/einer Verwaltungssachbearbeiterin;

Kinder- und Jugendanwaltschaft:

1 Vollzeitstelle in der IX. Funktionsebene zwecks Aufnahme eines Psychologen/einer Psychologin;

1 Vollzeitstelle in der VIII. Funktionsebene zwecks Aufnahme eines Experten/einer Expertin im Rechts- und Gesetzgebungsbereich;

1 Resteinheit zu 15 % in der VI. Funktionsebene zwecks Umwandlung einer Teilzeitstelle eines Verwaltungssachbearbeiters/einer Verwaltungssachbearbeiterin in eine Vollzeitstelle;

Gleichstellungsrätin:

1 Vollzeitstelle in der VIII. Funktionsebene zwecks Aufnahme eines Experten/einer Expertin im Rechts- und Gesetzgebungsbereich;

1 Teilzeitstelle zu 50 % (19 Wochenstunden) in der VI. Funktionsebene zwecks Aufnahme eines Verwaltungssachbearbeiters/einer Verwaltungssachbearbeiterin;

Amt für Verwaltungsangelegenheiten:

1 Vollzeitstelle in der VIII. Funktionsebene zwecks Aufnahme eines Experten/einer Expertin im Verwaltungsbereich;

1 Vollzeitstelle in der VI. Funktionsebene zwecks Aufnahme eines DV-Sachverständigers/einer DV-Sachverständige;

1 Vollzeitstelle in der IV. Funktionsebene zwecks Aufnahme eines Mitarbeiters/einer Mitarbeiterin für allgemeine Landtagsdienste;

Übersetzungsamt:

1 Teilzeitstelle zu 50 % (19 Wochenstunden) in der VIII. Funktionsebene zwecks Umwandlung einer Teilzeitstelle eines Dolmetschers-Übersetzers/einer Dolmetscherin-Übersetzerin in eine Vollzeitstelle;

Ich hoffe, dass die Damen und Herren Abgeordneten dem beigelegten Beschlussvorschlag zustimmen.



-----  
 Signore e signori consiglieri,

alla Difesa civica, insediata presso il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano ai sensi dell'art. 1 della legge provinciale 4 febbraio 2010, n. 3, risultano attualmente assegnate 6 collaboratrici, delle quali 4 inquadrata nell'VIII qualifica funzionale, profilo professionale "esperto/ esperta – settore amministrativo" (unità di lavoro pari a 3,75) e 2 nella V qualifica funzionale, profilo professionale "operatore amministrativo/operatrice amministrativa e di segreteria" (unità di lavoro pari a 1,75).

Negli ultimi anni però, a seguito della stipula di convenzioni con tutti i comuni della Provincia di Bolzano nonché dell'aumento delle richieste di sostegno nel settore sanitario e in particolare per quanto riguarda le questioni inerenti alla responsabilità civile dei medici, è notevolmente aumentato e continua ad aumentare il numero di ricorsi e consulenze.

Al Comitato provinciale per le comunicazioni, insediato presso il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano ai sensi dell'art. 2 della legge provinciale 18 marzo 2002, n. 6, risultano attualmente assegnati 2 collaboratori a tempo pieno, entrambi inquadrati nel profilo professionale "collaboratore amministrativo/collaboratrice amministrativa", VI qualifica funzionale.

A parità di capacità lavorativa l'impegno lavorativo in seno al Comitato per le comunicazioni dal 2011 è però aumentato in modo considerevole (da poco meno di 300 casi di controversia trattati nell'anno 2011 a circa 750 casi nell'anno 2014).

All'ufficio della Garante per l'infanzia e l'adolescenza, insediato presso il Consiglio provinciale ai sensi dell'art. 1 della legge provinciale 26 giugno 2009, n. 3, risultano attualmente assegnate 2 collaboratrici, delle quali una a tempo pieno inquadrata nell'VIII qualifica funzionale, profilo professionale "esperto/ esperta – settore amministrativo" e una nella VI qualifica funzionale, profilo professionale "collaboratore amministrativo/collaboratrice amministrativa" (unità di lavoro pari a 0,85);

Questa dotazione di personale si è rivelata sin dall'inizio assolutamente insufficiente rispetto alle competenze attribuite dalla legge all'istituzione in oggetto, competenze che implicano non solo una dimensione amministrativa ma anche una funzione più strettamente psicologica (mediazione in situazioni conflittuali, consulenza, sostegno).

La Consigliera di parità, insediata presso il Consiglio provinciale ai sensi dell'art. 29 della legge provinciale 8 marzo 2010, n. 5, attualmente non ha a disposizione risorse di personale per lo svolgimento delle numerose e molteplici attività che il profilo dell'istituzione prevede in tema di diritto del lavoro e della discriminazione in base al genere.

All'ufficio amministrazione risultano attualmente assegnati 19 collaboratori/collaboratrici, suddivisi per qualifiche funzionali e profili professionali nel modo seguente:

VII qualifica funzionale:

- 1 esperta contabile (unità di lavoro pari a 0,75);
- 1 analista-sistemista EDP (unità di lavoro pari a 0,85);

VI qualifica funzionale:

- 1 esperto EDP, tempo pieno;
- 1 geometra, tempo pieno;
- 4 collaboratrici amministrative (unità di lavoro pari a 3,35);

V qualifica funzionale:

- 3 operatrici amministrative e di segreteria (unità di lavoro pari a 1,5);
- 1 operatore tecnico, tempo pieno;
- 2 coadiutori dei servizi generali consiliari-operatori tecnici, tempo pieno;

IV qualifica funzionale:

- 1 autista-coadiutore dei servizi generali consiliari, tempo pieno;
- 4 coadiutori dei servizi generali consiliari, tempo pieno;

Dati la complessità e il crescente numero dei procedimenti connesse all'acquisto di beni e servizi che occorre intraprendere e portare a conclusione, è ormai necessario che un ulteriore collaboratore/una ulteriore collaboratrice si occupi esclusivamente di tale ambito.

Risulta inoltre necessario potenziare il settore EDP, per poter svolgere in modo efficiente il nuovo servizio di assistenza ai gruppi consiliari.

Inoltre, in vista dell'imminente cambiamento delle regole d'accesso al palazzo consiliare, risulta necessario incrementare la dotazione di collaboratori addetti alla portineria.

All'ufficio traduzioni risultano attualmente assegnati/assegnate i/le seguenti 9 collaboratori/collaboratrici:

- 3 traduttori/traduttrici, VIII qualifica funzionale, tempo pieno;
- 4 interpreti/traduttrici, VIII qualifica funzionale (unità di lavoro pari a 2,85), di cui una a tempo pieno, due a tempo parziale al 50% (19 ore settimanali) e una a tempo parziale all'85% (32 ore settimanali);
- 2 operatrici amministrative e di segreteria, V qualifica funzionale (unità di lavoro pari a 1,6);

Per garantire il servizio di interpretazione simultanea sono necessarie due coppie di interpreti, in modo da aver sempre a disposizione un numero di interpreti sufficiente anche in caso di sovrapposizione di sedute o di assenza di un/una interprete.

La presente proposta di deliberazione prevede pertanto l'aumento della pianta organica del personale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano – che consta attualmente, tenuto conto anche delle istituzioni insediate presso il Consiglio provinciale (Difesa civica, Comitato per le comunicazioni, Garante per l'infanzia e l'adolescenza e Consigliere di parità) di complessivamente 62 unità a tempo pieno ascritte alle diverse qualifiche funzionali e diversi profili professionali, di 9,15 unità a tempo pieno come segue.:

*Difesa civica:*

1 posto a tempo pieno nell'VIII qualifica funzionale per l'assunzione di un esperto/un'esperta – settore legale e legislativo;

*Comitato provinciale per le comunicazioni:*

1 posto a tempo pieno nella VI qualifica funzionale per l'assunzione di un collaboratore amministrativo/una collaboratrice amministrativa;

*Garante per l'infanzia e l'adolescenza:*

1 posto a tempo pieno nella IX qualifica funzionale per l'assunzione di uno psicologo/una psicologa;

1 posto a tempo pieno nell'VIII qualifica funzionale per l'assunzione di un esperto/un'esperta – settore legale e legislativo;

una frazione di posto del 15% nella VI qualifica funzionale per la trasformazione di un posto a tempo parziale di un collaboratore amministrativo/una collaboratrice amministrativa in un posto a tempo pieno;

*Consigliera di parità:*

1 posto a tempo pieno nell'VIII qualifica funzionale per l'assunzione di un esperto/un'esperta – settore legale e legislativo;

1 posto a tempo parziale al 50% (19 ore settimanali) nella VI qualifica funzionale per l'assunzione di un collaboratore amministrativo/una collaboratrice amministrativa;

*ufficio amministrazione:*

1 posto a tempo pieno nell'VIII qualifica funzionale per l'assunzione di un esperto/un'esperta – settore amministrativo;

1 posto a tempo pieno nella VI qualifica funzionale per l'assunzione di un esperto/esperta EDP;

1 posto a tempo pieno nella IV qualifica funzionale per l'assunzione di un coadiutore/una coadiutrice dei servizi generali consiliari;

*ufficio traduzioni:*

1 posto a tempo parziale al 50% (19 ore settimanali) nell'VIII qualifica funzionale per la trasformazione di un posto a tempo parziale di un interprete-traduttore/un'interprete-traduttrice in un posto a tempo pieno;

Spero che le consigliere e i consiglieri vogliano approvare la proposta di deliberazione allegata.

### **Beschlussvorschlag/Proposta di deliberazione**

Nach Einsichtnahme in den Präsidiumsbeschluss Nr. 43/15 vom 1.9.2015, mit welchem die Erweiterung des allgemeinen Stellenplanes des Südtiroler Landtages, der derzeit 62 Vollzeiteinheiten umfasst, um 9,15 Vollzeiteinheiten vorgeschlagen wird; dies in Hinblick auf die Erfordernisse der Volksanwaltschaft, des Landesbeirates für Kommunikationswesen, der Kinder- und Jugendanwaltschaft, der Gleichstellungsrätin, des Amtes für Verwaltungsangelegenheiten sowie des Übersetzungsamtes; nach Einsichtnahme in den Art. 18 Absatz 1 Buchstabe e) der Geschäftsordnung des Südtiroler Landtages;



auf die Erwägung hin, dem genannten Vorschlag des Präsidiums zuzustimmen;  
dies vorausgeschickt,  
beschließt  
der Südtiroler Landtag  
in der Sitzung vom 11.11.2015  
mit xxxx

1.den allgemeinen Stellenplan des Südtiroler Landtages, der derzeit 62 Vollzeiteinheiten umfasst, um weitere 9,15 Vollzeiteinheiten wie folgt zu erweitern.

Volksanwaltschaft:

1 Vollzeitstelle in der VIII. Funktionsebene;

Landesbeirat für Kommunikationswesen:

1 Vollzeitstelle in der VI. Funktionsebene;

Kinder- und Jugendanwaltschaft:

1 Vollzeitstelle in der IX. Funktionsebene;

1 Vollzeitstelle in der VIII. Funktionsebene;

1 Resteinheit zu 15 % in der VI. Funktionsebene;

Gleichstellungsrätin:

1 Vollzeitstelle in der VIII. Funktionsebene;

1 Teilzeitstelle zu 50 % (19 Wochenstunden) in der VI. Funktionsebene;

Amt für Verwaltungsangelegenheiten:

1 Vollzeitstelle in der VIII. Funktionsebene;

1 Vollzeitstelle in der VI. Funktionsebene;

1 Vollzeitstelle in der IV. Funktionsebene;

Übersetzungsamt:

1 Teilzeitstelle zu 50 % (19 Wochenstunden) in der VIII. Funktionsebene;

2.festzuhalten, dass die mit diesem Beschluss verbundenen Mehrausgaben den Ausgabenkapiteln 1300, 1310 und 1320 des Haushaltsvoranschlages des Südtiroler Landtages für das Finanzjahr 2015, sowie den entsprechenden Kapiteln der zukünftigen Haushaltsjahre anzulasten sind.

-----

Vista la deliberazione dell'ufficio di presidenza n. 43/15 dell'1/9/2015, con la quale si propone l'ampliamento della pianta organica generale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, che prevede attualmente complessivamente 62 posti, di 9,15 ulteriori unità a tempo pieno in ragione delle esigenze della Difesa civica, del Comitato provinciale per le comunicazioni, della Garante per l'infanzia e l'adolescenza, della Consigliera di parità, dell'ufficio amministrazione nonché dell' ufficio traduzioni;

visto l'art. 18, comma 1, lettera e) del Regolamento interno del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano;

ritenuto di aderire alla citata proposta dell'ufficio di presidenza;

ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano

delibera

nella seduta dell'11/11/2015 con xxxx

1.di ampliare l'attuale pianta organica del personale del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano, che prevede attualmente complessivamente 62 posti, di 9,15 ulteriori unità a tempo pieno come segue:

Difesa civica:

1 posto a tempo pieno nell'VIII qualifica funzionale;

Comitato provinciale per le comunicazioni:

1 posto a tempo pieno nella VI qualifica funzionale;

Garante per l'infanzia e l'adolescenza:

1 posto a tempo pieno nella IX qualifica funzionale;

1 posto a tempo pieno nell'VIII qualifica funzionale;

una frazione di posto del 15% nella VI qualifica funzionale;

Consigliera di parità:

*1 posto a tempo pieno nell'VIII qualifica funzionale;  
1 posto a tempo parziale al 50% (19 ore settimanali) nella VI qualifica;  
ufficio amministrazione:*

*1 posto a tempo pieno nell'VIII qualifica funzionale;  
1 posto a tempo pieno nella VI qualifica funzionale;  
1 posto a tempo pieno nella IV qualifica funzionale;  
ufficio traduzioni:*

*1 posto a tempo parziale al 50% (19 ore settimanali) nell'VIII qualifica funzionale;  
2. di dare atto che la spesa derivante dalla presente deliberazione deve essere imputata ai capitoli di spesa 1300, 1310 e 1320 del bilancio di previsione del Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano per l'anno finanziario 2015 nonché ai corrispondenti capitoli dei bilanci successivi.*

Vorweg Folgendes, was die 9,15 Stellen anbelangt. Ich möchte all jenen, die sich diese Materie nicht überlegt haben oder sich in dieser nicht eingelese haben, sagen, dass der Landtag, um den Stellenplan aufstocken zu können, in den Landtag, in die Aula gehen muss. Das, was hier vorliegt, ist ein Rahmen und nicht ein Muss. Wenn wir heute das beschließen, dann ist das ein Rahmen, der ausgefüllt werden kann oder auch nicht. Mein Vorschlag wäre, dass man das jedes Mal auch mit dem Kollegium der Fraktionsvorsitzenden bespricht und darüber informiert.

Warum ist es dazu gekommen? Wir haben die Volksanwaltschaft und Kinder- und Jugendanwaltschaft. Diese haben ein Tätigkeitsprogramm vorgelegt und eine Forderung gestellt. Diese Forderung wurde im Präsidium und in der Sitzung des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden reduziert. Wir haben darüber noch einmal im Präsidium gesprochen, wobei sie noch einmal reduziert wurde. Wir haben das dann noch einmal im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden vorgestellt. Das wäre jetzt der Kompromissvorschlag, aber ich möchte noch einmal unterstreichen, dass dieser Vorschlag ein Rahmenvorschlag ist. Das heißt nicht, dass das morgen umgesetzt wird, sondern dass es ein Rahmen ist, innerhalb dessen man sich in den nächsten ein zwei Jahren bewegen kann.

Wer möchte sich zu Wort melden? Bitte, Abgeordnete Steger.

**STEGER (SVP):** Hier geht es um eine potentielle Erweiterung, wenn ich Sie richtig verstanden habe. Wir haben das auch diskutiert. Ich habe im Rahmen des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden auf einen Aspekt besonders Wert gelegt. Ich möchte nicht, dass jetzt vier oder sechs Kirchtürme kommen werden, sondern dass man gemeinsame Strukturen schafft, weil es in einer Struktur, wie es der Landtag und seine zugehörigen Organisationen sind, sinnvoll und normal ist, dass man gemeinsam Back Office betreibt, gemeinsam die Sekretariate organisiert und den Rechtsdienst gemeinsam macht. Es spricht nichts dagegen, dass eine einheitliche Organisation der verschiedenen Anwaltschaften und der verschiedenen Strukturen, die hier im Gespräch ist, vorgesehen ist. Ich lege Wert darauf, Herr Präsident, dass Sie dafür Sorge tragen, dass dieser gemeinsame Ansatz dann auch umgesetzt wird. Wir haben Vertrauen in das Landtagspräsidium, das hier diesen Beschluss umzusetzen hat. Ich lege Wert darauf, dass Sie sicherstellen, dass hier nicht jeder sein eigenes Süppchen kocht, sondern dass wir die Potentiale gemeinsam nutzen. Sie haben in Ihrer Vergangenheit viel mit Organisations- und Führungsarbeit zu tun gehabt. Deswegen bin ich sicher, dass Sie diesen Ansatz mittragen werden. Darum geht es jetzt. Dass es in einigen Bereichen Notwendigkeiten auch einer Personalaufstockung gibt, haben wir in den Vorbesprechungen sei es im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden als auch im direkten Gespräch vernommen und das können wir auch mittragen. Aber hier hat, wie gesagt, jede Anwaltschaft, jede Struktur ihre eigenen Wünsche. Denen wollen wir nur insofern nachkommen, wenn es eine gemeinsame Organisation gibt. Mir ist es ganz wichtig, dies noch einmal zu Protokoll zu geben.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Ich melde mich im Prinzip mit den gleichen Begründungen, aber doch mit einem anderen Ergebnis, mit einem anderen Vorschlag zu Wort. In der Landesverwaltung ist es derzeit so, dass wir aufgrund der Vorgaben, die wir im Sinne einer Spending Review, des Personalstabilitätspakts usw. haben, immer dann, wenn es Anforderungen an die Landesverwaltung gibt an die Zentralverwaltung neue Stellenkontingente zuzuweisen, einmal von vornherein mit einem Nein reagieren und dann verlangen, dass genau nachgewiesen wird, dass es nicht anderweitig organisiert werden kann. Es muss genau gezeigt werden, wie die Synergien maximal ausgenutzt werden und dann, falls notwendig, sagen, dass wir irgendwo die Stelle finden müssen. Wir müssen sie übrigens in der Landesverwaltung dadurch finden, indem wir nicht neue Stellen schaffen, sondern irgendwo anders Stellen streichen.

Mein Wunsch wäre heute – ich ersuche diesbezüglich um Zustimmung dieses Hohen Hauses –, nicht zu sagen, das machen wir nicht, sondern zunächst die verschiedenen Ombuds-Dienste auffordert, dahingehend zu arbeiten, denn diese Aufforderung haben wir bereits vor einem Jahr getätigt. Ich habe leider feststellen müssen, dass es keine große ...

**ABGEORDNETER:** (*unterbricht*)

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** In vielen Gesprächen getroffen nicht als Landtag, sondern ich habe das gemacht. Ich habe immer gehört: Sie haben recht, Herr Landeshauptmann. Wenn wir am Ende ein großes Haus der Volksanwaltschaften sind, ... Das ist für die Bürger positiv, denn ich gehe vielleicht hin und glaube, zum Volksanwalt gehen zu müssen, aber vielleicht ist es eine Frage, die eher die Antidiskriminierungsstelle betrifft. Das ist ja gut, wenn es in einem Haus organisiert ist und die verschiedenen Dienste durchaus mit ihrer Autonomie da sind. Das ist die Grundsatzentscheidung, aber dass man dann weiterhin so getrennt arbeitet wie es zurzeit stattfindet und wir jetzt schon im Raum stellen – ich verstehe schon, die Stellen noch nicht genehmigen -, dass es dazu Leute gibt, wird nicht gerade dazu animieren, dass man sich wirklich bemüht, den ganzen Bereich, den man gemeinsam organisieren kann, nämlich den Back Office Bereich, ausfindig zu machen und auch das aufzeigt, wie das organisiert werden soll und dann soll man, aus meiner Sicht, die notwendigen Stellen vorsehen. Ich würde deshalb ersuchen, dass man diesen Punkt vertagt und sagt, dass zuerst die Hausaufgaben erledigt werden sollen. Ich sehe nicht ein, dass dies für die Landesverwaltung gilt und zu Recht gilt und es für die Stellen, die beim Landtag angesiedelt sind, nicht gelten soll, dass man zunächst schaut, was man gemeinsam organisieren kann. Es geht hier nicht um eine Beschneidung der Autonomie der verschiedenen Bereiche, sondern darum, dass man auch qualitativ besser ist, um bestimmte Dinge gemeinsam organisieren zu können.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** È un po' imbarazzante, perché io avevo chiesto, dato che so che il bilancio del Consiglio deve essere dentro il bilancio generale, se questa delibera era frutto di un accordo della Giunta provinciale, perché è una cosa ovvia.

Credo che qui ci sia la "Aufwertung" del Consiglio, ed è una cosa molto seria. Vorrei anche dire al presidente Kompatscher, non so se poi interrompiamo la seduta e valutiamo nel Collegio dei capigruppo come fare, però so che anche questa Casa è in emergenza dal punto di vista del personale. Tra l'altro alcune figure nostre credo siano prestate all'altra Casa, alla Difesa Civica ecc. quindi proprio in questi giorni è in emergenza, non per colpa, è un merito, per il flusso di leggi che la Giunta provinciale sottopone a questo Consiglio anche nei tempi e nei modi. È vero come ha scritto la "Wirtschaftszeitung" che siamo in una fase di grande riforma, però questa Casa è sottoposta ad una pressione che non credo riesca a reggere a lungo.

Noi eravamo favorevoli a questa cosa, fra l'altro si era detto che non è detto che poi queste persone vengano assunte domani, si era detto che si sarebbe fatta la verifica, anzi era stato incaricato il presidente per la verifica che diceva Steger su cui io sono particolarmente d'accordo, cioè che dove si può mettere insieme si deve fare.

Mi rivolgo anche ai colleghi per chiedere come possiamo uscire bene da questa cosa. Forse il presidente vuole convocare una seduta dei capigruppo assieme al presidente Kompatscher per valutare bene la situazione.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich denke - wir haben das ja diskutiert -, dass diese Geschichte mit dem Stellenplan rechtlich in Ordnung ist. Ich bin auch nicht der Meinung, dass wir jetzt mit der Landesregierung darüber diskutieren müssen, denn die Landesregierung hat uns zum Beispiel Dinge aufgedrückt, die wir gar nicht haben wollten. Die Antidiskriminierungsstelle wurde von der Landesregierung über Eure Mehrheit dem Landtag aufgedrückt. Das war ein Gesetzentwurf, den die Landesregierung vorgelegt hat. Darin wurde unter anderem diese Antidiskriminierungsstelle beim Landtag angesiedelt. Diese war vorher bei der Landesregierung. Ich denke, da muss der Landtag jetzt natürlich auch entsprechend handeln. Ich war übrigens nicht dafür, dass diese Antidiskriminierungsstelle überhaupt eingerichtet wird, denn wir haben hier 35 Antidiskriminierungsstellen im Landtag, Abgeordnete, wir haben die Volksanwaltschaft usw. Für mich wäre es überhaupt obsolet gewesen, diesen Antidiskriminierungskäse hier anzusiedeln, aber er ist nun einmal beschlossen und das wurde von der Landesregierung dem Landtag aufgedrückt.

Ich denke, wenn wir diesen Stellenplan beschließen können, dann sollten wir ihn beschließen. Der Einwand ist durchaus gerechtfertigt, aber ich glaube, dass die Notwendigkeit vorab schon überprüft wurde, ich denke, vom Präsidium, aber auch von einzelnen Abgeordneten. Ich persönlich habe mit den verschiedenen Anwaltschaften

darüber diskutiert und auch gefragt, wo der Bedarf ist. Natürlich melden diese immer einen höheren Bedarf an, das ist schon klar. Deshalb ist auch etwas, was hier gesagt wurde, ganz wichtig. Der Einwand ist natürlich berechtigt, aber auch das, was Kollege Steger gesagt hat, nämlich dass hier Synergien geschaffen werden, ist schon richtig. Es kann auch nicht sein - das ist wiederum ein Problem -, dass der Landtag mit den Anwaltschaften klären muss, dass sich dann eine Anwaltschaft dagegen wehrt. Diese Zusammenarbeit nutzen von Back Office Strukturen usw. muss sein. Wir können hier nicht fünf verschiedene Strukturen noch schaffen, wo jeder autonom irgendwas behandelt und macht. Das geht natürlich auch wieder nicht. Diese Synergien schaffen und dieses Zusammenarbeiten ist absolut wichtig und absolut richtig. Das muss auch vom Landtag ausgehen. Im Übrigen finde ich, dass dieser Stellenplan so beschlossen werden kann. Wenn das jetzt noch überprüft werden soll und das Präsidium der Meinung ist, das zu tun, dann bin ich ohne weiteres damit einverstanden.

**SCHIEFER (SVP):** Ich möchte das, was schon der Landeshauptmann ziemlich klar und deutlich gesagt hat, nicht wiederholen, sondern schon daran erinnern, dass nicht nur das Land selber, die Landesverwaltung, sondern auch die Gemeinden seit Jahren bei der Aufnahme von Personal immer wieder eingeschränkt worden sind, jetzt mehr denn je. Ich finde das schon ein bisschen überzogen, wenn man 9 Stellen vorsieht. Das ist, meines Erachtens, eine Erhöhung des gesamten Landtagspersonals von sicherlich über 10 Prozent. Tatsache ist, dass man den Anfängen wehren sollte, denn wenn die Stellen einmal vorgesehen sind, dann wissen wir, dass diese früher oder später besetzt werden. Ich schlage vor zu überlegen, was wir wirklich brauchen und wie viel man bei diesen Stellen einsparen oder reduzieren kann.

Zusätzlich möchte ich an Folgendes erinnern. Ich bin nicht der Meinung, dass man Stellen schaffen und Leute aufnehmen sollte, wenn man in diesem Hause hier nicht einmal imstande ist, das logistische Problem zu lösen. Ich habe bis heute noch kein Büro. Seit zwei Jahren wird immer wieder betont, dass man das logistische Problem lösen würde, um mehrere Büros usw. vorzusehen. Bevor wir neue Stellen schaffen, bitte ich zu schauen, die anderen Probleme zu lösen und noch mehr Platz zu schaffen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Das passt eigentlich ganz gut zum vorhergehenden Punkt über die Abläufe des Landtages, über Ordnung usw. Ordnung hier in der Regierungsarbeit sehe ich keine. Jetzt haben wir von drei verschiedenen Vertretern der Volkspartei drei verschiedene Meinungen gehört. Ich erinnere aber daran, dass wir einen einstimmigen ...

**ABGEORDNETE:** *(unterbrechen)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Er ist auf die Gemeinden ausgewichen beispielsweise. Meine Interpretation ist jene, dass ich keine Einhelligkeit in der Südtiroler Volkspartei sehe. Das haben hier andere, denke ich, schon auch so gesehen, aber ich erinnere daran, dass wir einen einstimmigen Beschluss des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden haben. Dann frage ich mich, ob hier vorher mit der Regierung, wenn es notwendig ist, nicht gesprochen wird, und es ist notwendig. Ich wäre also davon ausgegangen, dass das abgesprochen ist und nicht, dass wir einen Beschluss machen, dann ins Plenum gehen und uns sagen lassen müssen, eigentlich geht das so nicht oder möchten wir es anders. Diese Vorgangsweise ist, mit Verlaub, dilettantisch. Bitte?

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** *(unterbricht)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** An die Regierung! Herr Landeshauptmann, Sie brauchen jetzt nicht den Beleidigten zu spielen. Machen Sie sich das mit Ihrem Fraktionssprecher aus. Wir haben uns die Mühe gemacht und darüber diskutiert.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** *(unterbricht)*

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Das höre ich zum ersten Mal. Das ist aber nicht unsere Schuld, umso schlimmer ist es. Der Landtag ist in seiner Arbeit grundsätzlich souverän. Wenn er Geld braucht in diesem Fall, dann muss er sich an die Landesregierung wenden. Das ist nun einmal so. Wenn es der Präsident nicht gemacht hat, dann weiß ich das nicht.

Ich stelle nur etwas fest. Die ganze Vorgangsweise ist, von wem auch immer, dilettantisch. Es kann doch nicht sein, dass wir uns lange Zeit über einen Stellenplan unterhalten usw., weil der Landtag, und das wollen wir ja

alle, aufgewertet wird, denn er hat neue Zuständigkeiten bekommen. Dafür braucht er aber auch das nötige Personal.

Bei dieser Gelegenheit sage ich es noch einmal. Wir mussten beispielsweise in unserer Fraktion intern auch umschichten. Wir haben an einem Schreibtisch zwei Leute sitzen, weil wir keinen Platz haben. Da rührt sich auch niemand von der Landesregierung. Da sagt man uns vom Präsidium, die Regierung macht hier nicht weiter, wir stecken also drinnen. Es ist kein Zustand, so zu arbeiten. Das muss ich in aller Deutlichkeit auch zur Rettung der Mitarbeiter im Landtag sagen. Wir hören immer, dass sich der Landtag bemüht, mit der Regierung Räumlichkeiten zu finden. Der Landtag ist mittlerweile für so viele Personen zu klein, das ist so. Da muss man auch eine Vision entwickeln, wie man mit diesem Haus grundsätzlich weitergeht. Ich werfe das auf. Dieses Haus ist nicht mehr zeitgemäß, aber da wird gespart und das ist immer schon so gewesen. Kollege Heiss hat es einmal richtig gesagt. Heute sind wieder die Lehrer im Landtag. Man sieht, wenn man von draußen herein kommt, wo die Macht sitzt, und zwar in den beiden großen Landhäusern und nicht im Landtag. Der Landtag ist zwar institutionell das höchste Organ, wenn man so will, aber in der Unterbringung und in der Wahrnehmung ist er mehr als mickrig.

**STEGER (SVP):** Zum Fortgang der Arbeiten. Ich ersuche um eine Unterbrechung der Sitzung für eine Sitzung des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden mit der Landesregierung.

**PRÄSIDENT:** Für wie lange?

**STEGER (SVP):** Das müssen Sie entscheiden. Nachdem das eine Geschichte ist, die vor allem den Landtag und die Landesregierung betrifft und ich als Fraktion eine Vermittlerrolle spielen will, ...

**PRÄSIDENT:** Das betrifft nicht die Landesregierung und den Landtag. Ich möchte eines präzisieren. Ich glaube, dass für alles, was in der Landesregierung passiert, die Landesregierung zuständig ist. Dann gibt es Informationskanäle und anderes. Hier in diesem Haus sind das Präsidium und der Präsident verantwortlich für das, was er im Hause vorschlägt. Dann gibt es Informationskanäle und anderes, aber verantwortlich ist das Präsidium für den Vorschlag des Personals. Das hat sich jetzt über ein Jahr lang mit allen mehrfachen Anhörungen hinausgezogen. Man hat sich etwas gedacht und hat diesen Vorschlag eingebracht mit der Unterstreichung - ich habe noch nicht die Gelegenheit gehabt, dies hier im Plenum zu sagen, und zwar an den Kollegen Steger -, dass wir es genau gleich sehen, dass wir die Anwaltschaften dazu bringen müssen, dass sie vor allem, was die Sekretariate angeht, zusammenarbeiten, dass man genauestens intern evaluiert, ob es diese Stellen braucht oder nicht braucht, dass man erst dann Personal anstellt, aber es sind auch andere Stellen, die notwendig sind, weil wir doch einige Sachen bekommen haben wie den Autonomiekonvent, wo nach anfänglichen Schwierigkeiten doch eine große Rolle, ohne Personalaufstockung, auf den Landtag übergeht. Wir haben die Gleichstellungsrätin, verschiedene Antidiskriminierungsstellen und mehrere Bereiche, wo wir sicher das eine oder andere brauchen, aber nur über Synergien. Das ist, glaube ich, schon ganz wesentlich, dass man sagt, dass es nach langen Überlegungen der Vorschlag des Präsidiums an das Plenum ist.

Landeshauptmann Kompatscher, bitte.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** In persönlicher Angelegenheit, nachdem Kollege Leitner ein Versäumnis der Landesregierung geortet hat. Ich kann nur das bestätigen, was der Präsident gesagt hat, nämlich dass das Präsidium den Vorschlag ausgearbeitet hat. Somit wird es legitim, gut, recht und billig sein, dass, wenn es diskutiert wird, die Landesregierung dazu eine Position einnimmt. Der Landtag ist souverän. Die Landesregierung muss nicht gefragt werden, denn letztendlich genehmigt der Landtag den Haushalt. Man kann am Ende auch Millionen vorsehen, wenn man wollte, das ist jetzt ironisch gesagt, denn der Landtag wird den Haushalt und auch die Mittel für das Personal genehmigen. Es kann aber trotzdem schon noch legitim sein, dass ich als Vertreter der Landesregierung sage, dass aus meiner Sicht eine andere Vorgangsweise klüger, günstiger und zielführender wäre. Ich würde noch einmal ersuchen, dass man diesen Weg, den ich vorgeschlagen habe, wählt. Zuerst soll aufgezeigt werden, wie man das Ganze organisiert und dann sollen die Stellen vorgesehen werden.

Eines noch. Das, was der Präsident gesagt hat, stimmt genau. Die Landesregierung ist für ihren Bereich und der Landtag für seinen Bereich zuständig. Es gibt Informationskanäle. Diese haben in diesem Fall nicht so funktioniert, denn ich bin in diesen Entwurf nicht involviert worden. Man hat mich auch nicht fragen müssen, das muss klar sein, aber dann muss es legitim sein, dass ich auch die Position der Landesregierung hier vertrete. Die Position der Landesregierung ist, dass es klüger wäre, hier auch so vorzugehen wie es bei den Stellen der Lan-



desverwaltung der Fall ist. Zuerst schauen wir, was wirklich notwendig ist und was verbessert werden kann. Sonst ist dieser Druck weg. Es geht einfach darum. Ich schlage nur eine andere Vorgangsweise vor, denn diese sollen daran arbeiten, wie sie die Zusammenarbeit besser organisieren, Back Office besser gemeinsam organisieren und dann macht man das. Der Landtag bleibt natürlich souverän. Darüber besteht kein Zweifel.

**PRÄSIDENT:** Jetzt ist es 11.20 Uhr. Die Sitzung wird bis 11.50 Uhr unterbrochen.

ORE 11.20 UHR

-----

ORE 11.53 UHR

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wer möchte sich noch zu Wort melden? Niemand.

Ich möchte noch meine Stellungnahme nach der Sitzung des Kollegiums der Fraktionsvorsitzenden mit dem Landeshauptmann machen. Es geht um Folgendes, und zwar dass man diesen Vorschlag mit dem Willen des Präsidiums und auch des Präsidenten vorlegt, dass man einerseits die Stellen intern, die gebraucht werden, möglichst schnell realisiert, weil zum Beispiel das Übersetzungsamt oder auch andere Stellen mit Arbeit überhäuft sind und es darum geht, dass die Arbeit des Landtages aufrechterhalten werden kann. Das ist ein Teil.

Der zweite Teil. Hier möchte ich das, was Landeshauptmann Kompatscher aufgeworfen hat, unterstreichen, und zwar in dem Sinn, dass es keinen Sinn macht, wenn die Anwaltschaften einzelne Türme in der Landschaft sind und nicht gemeinsam miteinander arbeiten. Wir haben schon im Kollegium der Fraktionsvorsitzenden und auch im Präsidium darüber gesprochen, dass wir dort ein Konzept der Synergien, der Zusammenarbeit machen wollen und man, außer dem Kommunikationsbeirat - was den Stellenwechsel anbelangt, möchte ich nicht auf die Details eingehen, weil es zu kompliziert ist – die Stellen der Anwaltschaften im Präsidium erst dann beschließt und dem Kollegium der Fraktionsvorsitzenden vorlegt, wenn das Projekt fertig ist und ganz klare Synergien und die Zusammenarbeit auf dem Tisch liegen. Das heißt, dass wir diese erst dann anstellen, wenn dort Ergebnisse und somit auch Synergien vorliegen, und zwar im Wesentlichen so, wie es einige in der Aula verlangt haben und auch der Landeshauptmann Kompatscher am Anfang deklariert hat.

In dem Sinn möchte ich den Beschlussvorschlag zur Abstimmung bringen.

Ich eröffne die Abstimmung: mit 25 Ja-Stimmen und 6 Stimmenthaltungen genehmigt.

Punkt 5 der Tagesordnung: **"Namhaftmachung eines neuen Ersatzmitgliedes der Bezirkswahlunterkommission Brixen – anstelle des entsprechenden von seinem Amt zurückgetretenen Mitgliedes, Herrn Alessandro Saggiorato."**

Punto 5 all'ordine del giorno: **"Designazione di una nuova/un nuovo componente supplente della sottocommissione elettorale circondariale di Bressanone – in sostituzione del sig. Alessandro Saggiorato, dimissionario della relativa carica."**

Ich teile mit, dass der Präsident des Oberlandesgerichts Trient mit einem Schreiben vom 1. Juni 2015 die Namhaftmachung seitens des Südtiroler Landtages eines neuen Ersatzmitgliedes der Bezirkswahlunterkommission Brixen, anstelle des vom Amt zurückgetretenen Mitgliedes, Alessandro Saggiorato, beantragt hat. Das entsprechende Vorschlagsrecht steht gemäß Gepflogenheit in ähnlichen Fällen der Fraktion „L'Alto Adige nel cuore“ zu, auf deren Vorschlag hin Alessandro Saggiorato zu Beginn der Legislaturperiode (in der Sitzung vom 12.3.2014) gewählt wurde.

Herr Abgeordneter Urzi, bitte.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Propongo la signora Elisabetta Rella.

**PRÄSIDENT:** Gibt es Wortmeldungen? Keine. Der Kollege Urzi hat Frau Elisabetta Rella vorgeschlagen. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 35, Stimmen für Elisabetta Rella 23, weiße Stimmzettel 9, ungültige Stimmzettel 3.

Frau Elisabetta Rella ist zum Ersatzmitglied der Bezirkswahlunterkommission Brixen gewählt.

Punkt 6 der Tagesordnung: "**Namhaftmachung eines neuen effektiven Mitgliedes der Bezirkswahlkommission Bozen – anstelle des entsprechenden von seinem Amt zurückgetretenen Mitgliedes, Herrn Olivo Clari.**"

Punto 6 all'ordine del giorno: "**Designazione di una nuova/un nuovo componente effettivo della commissione circondariale di Bolzano – in sostituzione del sig. Olivo Clari, dimissionario della relativa carica.**"

Ich teile mit, dass der Präsident des Oberlandesgerichts Trient mit einem Schreiben vom 22. September 2015 die Namhaftmachung seitens des Südtiroler Landtages eines neuen effektiven Mitglieds der Bezirkswahlkommission Bozen, anstelle des vom Amt zurückgetretenen Mitgliedes, Olivo Clari, beantragt hat. Das entsprechende Vorschlagsrecht steht gemäß Gepflogenheit in ähnlichen Fällen der Fraktion „Team Autonomie“ zu, auf deren Vorschlag hin Olivo Clari zu Beginn der Legislaturperiode (in der Sitzung vom 12.3.2014) gewählt wurde.

Frau Artioli, bitte.

**ARTIOLI (Team Autonomie):** Ich schlage Herrn Meinhard Knollseisen vor.

**PRÄSIDENT:** Gibt es Wortmeldungen? Keine. Die Kollegin Artioli hat Herrn Meinhard Knollseisen vorgeschlagen. Ich ersuche um Verteilung der Stimmzettel.

*(Geheime Abstimmung – votazione a scrutinio segreto)*

Ich gebe das Abstimmungsergebnis bekannt: abgegebene Stimmzettel 35, Stimmen für Meinhard Knollseisen 15, weiße Stimmzettel 14, ungültige Stimmzettel 6.

Herr Meinhard Knollseisen ist gewählt worden.

Wir haben die Behandlung der institutionellen Punkte abgeschlossen und kommen zu der der Opposition vorbehaltenen Zeit.

Wir kommen zu Punkt 7 der Tagesordnung, Beschlussantrag Nr. 345/15.

Herr Abgeordneter Pöder, bitte.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Herr Präsident, ich ersuche Sie darum, diesen Punkt zu einem späteren Zeitpunkt zu behandeln, weil zuerst geklärt werden muss, ob er gemeinsam mit einem Begehrensantrag der Süd-Tiroler Freiheit behandelt werden kann.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.

Kollege Urzì, bitte.

**URZÌ (L'Alto Adige nel cuore):** Scusi presidente, un punto riguarda una mozione e l'altro punto riguarda un voto. Tecnicamente come si potrebbe trovare una sintesi su due documenti che hanno una natura diversa?

**PRÄSIDENT:** Die Behandlung von Begehrensanträgen und Begehrensgesetzentwürfen erfolgt nach den für die Behandlung von Beschlussanträgen bzw. Gesetzentwürfen vorgesehenen Verfahren. Wir klären das und teilen Ihnen dann mit, wie wir vorgehen.

Punkt 8 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 380/15 vom 15.5.2015, eingebracht von den Abgeordneten Dello Sbarba, Foppa und Heiss, betreffend Recht auf eine erfüllte Vaterschaft.**"

Punto 8 all'ordine del giorno: "**Mozione n. 380/15 del 15/5/2015, presentata dai consiglieri Dello Sbarba, Foppa e Heiss, riguardante il diritto di vivere una piena paternità.**"



### *Recht auf eine erfüllte Vaterschaft*

*Die vom Land zur Verfügung gestellten Daten zeigen ein besorgniserregendes Bild: Nach der Beobachtungsstelle der Abteilung Arbeit reichen in Südtirol während der Schwangerschaft bzw. im Laufe des ersten Lebensjahres des Kindes an die 600 bis 700 Frauen ihre Kündigung ein. Drei Jahre später ist knapp die Hälfte von ihnen wieder berufstätig, während die restlichen 50 % zu Hause bei den Kindern bleiben.*

*Aus einer Umfrage des Arbeitsförderungsinstituts AFI geht hervor, dass 65,5 % der Väter mehr Zeit mit den eigenen Kindern verbringen möchten, dass aber nur 9,8 % von ihnen einen Erziehungsurlaub beantragen, während 13,6 % aus finanziellen Gründen auf den Erziehungsurlaub zugunsten der Mutter des Kindes verzichten und 32,4 % dies tun, weil "normalerweise die Mutter für die Pflege der Kinder zuständig sei".*

*Für die Privatwirtschaft sieht das Fornero-Gesetz einen verpflichtenden Tag als Vaterschaftsurlaub vor, der innerhalb der ersten 5 Monate nach der Geburt des Kindes zu nehmen ist und zu 100 % vergütet wird. Oft wissen viele Väter gar nicht über dieses Recht bzw. diese Pflicht Bescheid.*

*In einigen europäischen Ländern, etwa in Schweden, wo 80 % der Väter von diesem Recht Gebrauch machen, sind es die Betriebe selbst, die solche Entscheidungen unterstützen, auch weil die Männer mit zusätzlichen organisatorischen Kompetenzen und mehr Kompromissbereitschaft zur Arbeit zurückkehren, was wiederum den Betrieben zugutekommt.*

*Die ungleichen Gehälter und die Tatsache, dass während des Erziehungsurlaubs nur 30 % des Gehalts entrichtet werden, tragen maßgeblich dazu bei, dass mehr Mütter als Väter diese Möglichkeit in Anspruch nehmen, zumal Männer gewöhnlich mehr verdienen. Ausschlaggebend sind aber auch andere Faktoren wie Mentalität sowie mangelnde Information und Sensibilität sowohl der Väter als auch der Betriebe.*

*Folglich machen Väter nur beschränkt von dem wichtigen Recht auf eine erfüllte Vaterschaft Gebrauch; gleichzeitig wird den Kindern das Recht auf einen präsenten Vater verwehrt.*

*Das Land hat bereits ein Audit für Betriebe vorgesehen, die eine familienfreundlichere Unternehmenspolitik vorantreiben. Allerdings sehen nur wenige Kriterien Pluspunkte für Maßnahmen vor, die einen Erziehungsurlaub für Väter fördern.*

*Daher verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,*

- 1. in Zusammenarbeit mit dem Beirat für Chancengleichheit, der Gleichstellungsrätin und der Handelskammer eine Informations- und Sensibilisierungskampagne zum Thema Recht auf Erziehungsurlaub für Väter in die Wege zu leiten;*
- 2. bei der italienischen Regierung vorzusprechen, um die verpflichtenden Tage für den Vaterschaftsurlaub zu erhöhen, wobei diese nicht auf die Mutter des Kindes übertragbar sein dürfen;*
- 3. das Audit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf verstärkt voranzutreiben, wobei zusätzlich zu den bestehenden Bewertungskriterien neue Standards zur Förderung der Erziehungsurlaube vorzusehen sind;*
- 4. im neuen Gesetz über die öffentlichen Ausschreibungen eine Bestimmung einzufügen, die den Betrieben mit einer Audit-Zertifizierung zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf eine erhöhte Punktezahl zuerkennt.*

### *Il diritto a vivere una piena paternità*

*Dati messi a disposizione dalla Provincia all'inizio di quest'anno mostrano un quadro piuttosto allarmante. Da quanto risulta dall'osservazione della ripartizione lavoro varia da 600 a 700 il numero di donne che in Sudtirolo si dimettono dal lavoro nel periodo di gravidanza o entro il primo anno di vita del/la bambino/a. Tre anni più tardi, solo ca. la metà risulta nuovamente occupata. L'altra metà si dedica alla cura e alla crescita dei figli.*

*Da un sondaggio realizzato dall'AFI emerge che il 65,5% dei padri vorrebbe passare più tempo con i propri figli, ma solo il 9,8% dei padri chiede un congedo parentale; che il 13,6% degli uomini che ri-*

nuncia al congedo parentale a favore della madre, lo fa per motivi economici, mentre il 32,4% lo fa perché "di solito è la madre che cura i figli".

Per il settore privato, la legge Fornero ha inserito nella normativa 1 giorno di congedo di paternità obbligatorio, retribuito al 100%, da usufruire entro i primi 5 mesi dalla nascita della figlia o del figlio. Molto spesso tanti papà non sanno nemmeno dell'esistenza di questo diritto/dovere.

In Paesi europei come la Svezia, dove l'80% dei padri usufruisce del congedo parentale, sono le stesse aziende a incentivare queste scelte, anche perché gli uomini tornano al lavoro con un'altra motivazione e avendo acquisito competenze importanti di organizzazione e conciliazione, di cui beneficiano le aziende stesse.

La disparità degli stipendi e il recepimento del 30% dello stipendio durante il congedo parentale influenza non poco la scelta delle madri di usufruire del congedo piuttosto che i padri, i quali solitamente guadagnano di più. Ma decisivo è anche il fattore culturale di mentalità, la mancanza di informazioni e di sensibilità, sia dal punto di vista dei padri che delle aziende.

La situazione sopra descritta non permette ai padri di poter usufruire appieno dell'importante diritto a una paternità vissuta pienamente e toglie ai figli e alle figlie il diritto ad avere una figura paterna davvero presente.

La provincia prevede già un Audit per le aziende che intendono andare verso delle politiche aziendali di sostegno alla conciliazione famiglia lavoro. Pochi però sono i criteri che valutino positivamente l'incentivazione parentale da parte dei padri.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
impegna pertanto  
la Giunta provinciale

1. a concordare insieme al Comitato per le pari opportunità, alla Consigliera di parità e alla Camera di commercio una campagna di informazione e sensibilizzazione al tema del diritto al congedo parentale per i padri;
2. a intervenire presso il Governo italiano per aumentare le giornate di paternità obbligatoria, senza che queste vadano a discapito della maternità obbligatoria e senza che possano essere trasferibili alla madre;
3. a potenziare il processo Audit famiglia e lavoro inserendo nei criteri di valutazione delle aziende degli standard che riguardano il sostegno e l'incentivazione dei congedi parentali per i papà;
4. a inserire nella nuova legge per gli appalti pubblici dei punteggi in più per le aziende che abbiano la certificazione Audit famiglia e lavoro.

Abgeordneter Dello Sbarba, bitte.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Questa mozione, che adesso leggo, viene proprio al momento giusto, perché proprio oggi abbiamo avuto notizia che nel dibattito sulla legge di stabilità, a Roma, è stato presentato un emendamento per il sostegno alla paternità, e nei giorni scorsi abbiamo letto sulla stampa che con il denaro messo a disposizione dal Consiglio regionale, l'assessora Deeg ha messo in piedi il finanziamento di una serie di progetti fra cui quello costato 700 mila euro di sostegno alla paternità.

Adesso leggo la mozione e poi aggiungo qualcosa di spiegazione:

"Dati messi a disposizione dalla Provincia all'inizio di quest'anno mostrano un quadro piuttosto allarmante. Da quanto risulta dall'osservazione della ripartizione lavoro varia da 600 a 700 il numero di donne che in Sudtirolo si dimettono dal lavoro nel periodo di gravidanza o entro il primo anno di vita del/la bambino/a. Tre anni più tardi, solo ca. la metà risulta nuovamente occupata. L'altra metà si dedica alla cura e alla crescita dei figli.

Da un sondaggio realizzato dall'AFI emerge che il 65,5% dei padri vorrebbe passare più tempo con i propri figli, ma solo il 9,8% dei padri chiede un congedo parentale; che il 13,6% degli uomini che rinuncia al congedo parentale a favore della madre, lo fa per motivi economici, mentre il 32,4% lo fa perché "di solito è la madre che cura i figli".

Per il settore privato, la legge Fornero ha inserito nella normativa 1 giorno di congedo di paternità obbligatorio, retribuito al 100%, da usufruire entro i primi 5 mesi dalla nascita della figlia o del figlio. Molto spesso tanti papà non sanno nemmeno dell'esistenza di questo diritto/dovere.

*In Paesi europei come la Svezia, dove l'80% dei padri usufruisce del congedo parentale, sono le stesse aziende a incentivare queste scelte, anche perché gli uomini tornano al lavoro con un'altra motivazione e avendo acquisito competenze importanti di organizzazione e conciliazione, di cui beneficiano le aziende stesse.*

*La disparità degli stipendi e il recepimento del 30% dello stipendio durante il congedo parentale influenza non poco la scelta delle madri di usufruire del congedo piuttosto che i padri, i quali solitamente guadagnano di più. Ma decisivo è anche il fattore culturale di mentalità, la mancanza di informazioni e di sensibilità, sia dal punto di vista dei padri che delle aziende.*

*La situazione sopra descritta non permette ai padri di poter usufruire appieno dell'importante diritto a una paternità vissuta pienamente e toglie ai figli e alle figlie il diritto ad avere una figura paterna davvero presente.*

*La provincia prevede già un Audit per le aziende che intendono andare verso delle politiche aziendali di sostegno alla conciliazione famiglia lavoro. Pochi però sono i criteri che valutino positivamente l'incentivazione parentale da parte dei padri.*

*Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano impegna pertanto la Giunta provinciale*

- 1. a concordare insieme al Comitato per le pari opportunità, alla Consigliera di parità e alla Camera di commercio una campagna di informazione e sensibilizzazione al tema del diritto al congedo parentale per i padri;*
- 2. a intervenire presso il Governo italiano per aumentare le giornate di paternità obbligatoria, senza che queste vadano a discapito della maternità obbligatoria e senza che possano essere trasferibili alla madre;*
- 3. a potenziare il processo Audit famiglia e lavoro inserendo nei criteri di valutazione delle aziende degli standard che riguardano il sostegno e l'incentivazione dei congedi parentali per i papà;*
- 4. a inserire nella nuova legge per gli appalti pubblici dei punteggi in più per le aziende che abbiano la certificazione Audit famiglia e lavoro.*

Scusi presidente, chi è l'assessore competente?

**PRÄSIDENT:** Martha Stocker.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Chiedo una breve sospensione in attesa che l'assessora rientri, perché mi vorrei rivolgere a lei.

Ringrazio l'assessora di essere tornata in aula. Si parla della mozione sul diritto alla paternità.

Noi proponiamo una serie di misure accompagnatorie per rafforzare l'informazione e la motivazione dei padri a chiedere il periodo di paternità. Sappiamo che a Roma è stato presentato un emendamento alla legge di stabilità per introdurre 15 giorni di paternità obbligatoria per i padri, ma adesso vorrei chiarire il termine "obbligatorio". Obbligatorio significa obbligare il datore di lavoro nel momento in cui il padre chiede il periodo di paternità di cui ha diritto a darlo. Noi ovviamente non abbiamo la competenza di inserire nella legislazione questo obbligo ma possiamo fare una serie di azioni per incentivare i padri sia in termini di informazioni che di motivazione, di cambio culturale e incentivare le aziende a sostenere la richiesta di paternità.

Abbiamo visto che c'è un progetto dell'assessora Deeg che costa 700 mila euro di sostegno allo stipendio del padre che eventualmente va in paternità e quindi ha una decurtazione monetaria, crediamo sia un progetto positivo e crediamo che questa mozione possa essere un sostegno a questo progetto. Ci preme sottolineare una cosa, che con la rinuncia alla paternità che molti uomini fanno c'è una perdita generale per la società, per i padri, per gli uomini che continuano a delegare tutto l'aspetto della cura e quindi tutto l'aspetto del mondo materiale, della cura del corpo non solo verso il figlio, perché se uno sta un periodo in paternità deve avere cura del corpo del bambino che è un corpo che dipende dall'adulto. Questa "delega" al mondo femminile della competenza sulla cura sul corpo, sulla fisicità, è una perdita anche per gli uomini. Infatti nelle nuove generazioni ci sono sempre più uomini che desiderano riappropriarsi del mondo materiale. Fare i conti con la malattia, con la fisicità, con la nascita significa fare i conti con la morte, con la debolezza, avere una visione del mondo più responsabile e meno astratta, che vola meno nell'etereo cielo dell'efficienza, della competitività, dello sgomitamento ecc. Significa umanizzare il mondo, umanizzando metà di questo mondo, gli uomini, che spesso dal mondo umano della materialità della vita, della morte, dei corpi, della malattia, della cura sono rimasti fuori per inseguire obiettivi di potere che però è un potere sempre più cattivo che si rivolge verso questa componente. Quindi il nostro è anche un messaggio verso il mondo degli uomini per un cambio di cultura e un cambio di ruolo. Ovviamente è un messaggio anche verso il mondo delle donne per la parità, che significa rivedere una ingiusta separazione dei ruoli che penalizza le donne. Tra poco ci sarà anche la mozione della collega Foppa che si collega. La mia rispetto alla sua è una specie

di antipasto rispetto al piatto forte, però c'è un problema anche di penalizzazione delle donne dal punto di vista economico e delle pensioni, perché poi i conti si fanno alla fine e sono conti amari.

Noi proponiamo una serie di misure di accompagnamento alla normativa esistente che è molto misera sulla paternità obbligatoria, quella volontaria invece non è così misera. I padri hanno la possibilità di prendere i periodi di paternità, io l'ho preso due volte per due figli su tre e mi sono trovato abbastanza bene, però facevo un lavoro dove non c'era troppa carriera da fare, quello della scuola, quindi era più facile. La mozione propone una serie di misure di accompagnamento, di convincimento e di informazione da parte dei padri e delle aziende che sostiene la paternità a questo punto volontaria, perché quella obbligatoria è così misera, e sostiene anche il progetto annunciato dalla Giunta provinciale di sostegno alla paternità, questa volta la Giunta provinciale dispone di questi soldi del Consiglio regionale e ha fatto bene ad investirli in questo progetto, anche se chiedo che cosa succederà quando questi 700 mila euro saranno finiti. È un progetto che guarda lontano, che poi verrà finanziato dalla Regione e dalla Provincia oppure è un esperimento singolo? Questo ci dispiacerebbe molto, perché crediamo sia un'azione molto positiva.

**STEGER (SVP):** Das ist wieder einmal ein Beschlussantrag, bei dem die Kollegen der Landesregierung sagen werden: "Wir sind mitten drin und bemühen uns, entsprechende Maßnahmen zu setzen." Inhaltlich möchte ich nicht Stellung nehmen, denn das werden die Landesrätinnen machen. Ich möchte nur sagen, dass Punkt 4 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages gar nicht geht. Damit würde man die Zielsetzung, die Sie richtigerweise erreichen wollen, nämlich nicht erreichen. Sie wollen im neuen Gesetz für die öffentlichen Ausschreibungen eine Bestimmung einfügen, und davor warne ich ausdrücklich. Das müssen wir mit den Anwendungskriterien machen, denn wir müssen immer auch auf die EU-Kompatibilität achten. Wir würden riskieren, ein rechtliches Problem zu bekommen, wenn wir Sondermaßnahmen setzen würden. Ich teile die Zielsetzung des Beschlussantrages, aber ich glaube, dass wir das über die Anwendungskriterien und nicht über das Gesetz lösen müssen. Ich glaube, dass auch die Landesregierung mit dem Petition einverstanden ist, aber ich würde Sie ersuchen, Punkt 4 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages zurückzuziehen.

Bezüglich der Punkt 1 und 3 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages werden die Landesrätinnen sagen, was derzeit gemacht wird. Dass man bei der italienischen Regierung für eine Erhöhung der verpflichtenden Tage für den Vaterschaftsurlaub vorsehen soll, ist in Ordnung. Dagegen haben wir nichts.

Nachdem Sie das Audit besonders angesprochen haben, möchte ich Ihnen sagen, dass es diesbezüglich schon seit Jahren Maßnahmen gibt. Die Gleichstellungsrätin, das Frauenbüro und andere Institutionen bemühen sich massiv darum. Deshalb halte ich die Punkte 1 und 3 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages für nicht notwendig. Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages ist hingegen unterstützenswert. Punkt 4 des beschließenden Teil des Beschlussantrages sollte zurückgezogen werden, da er aus meiner Sicht ein Schuss nach hinten wäre.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Kollege Steger, mich wundert es, dass Du nur mit Punkt 4 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages Schwierigkeiten hast. Bei mir fangen diese schon mit Punkt 1 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages an. Ich finde es bedenklich, dass man einfach so darüber hinwegfährt. Der Beirat für Chancengleichheit soll sich mit einer erfüllten Vaterschaft auseinandersetzen, und man tut so, als würde es den Verein "Väter aktiv" gar nicht geben. Warum bindet man diesen nicht mit ein?

Eine Kritik auch in Bezug auf den Titel des Beschlussantrages: Eine erfüllte Vaterschaft! Wie kann sich der Gesetzgeber anmaßen vorzugeben, was eine erfüllte Vaterschaft ist? Das ist eine subjektive Wahrnehmung, und ich kann mir vorstellen, dass sehr viele Väter keine Freude damit hätten. Wenn Väter tatsächlich mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen möchten, um eine erfüllte Vaterschaft zu haben, dann fängt das in einer Familie an: vielleicht weniger Fernsehschauen, weniger im Gasthaus sitzen oder weniger sonst irgendwelchen Dingen nachgehen. Das muss eine Familie doch selbst gestalten und organisieren dürfen. Euch geht es darum, dass der Mann zu Hause bleibt und die Frau diejenige ist, die arbeiten geht. Wer will das und was soll das bringen? Wie kann man das tatsächlich verordnen? Ich glaube auch den Umfragen nicht. Wir von dieser Reichshälfte tun uns immer schwer damit, dass Schweden immer als das Paradebeispiel vorgeführt wird. Für uns ist Schweden nicht in allen Dingen dieses Vorzeigeland. Ich weiß schon, dass man über viele Dinge nicht gerne offen spricht, aber in Schweden gibt es wirklich sehr viele Schwerstgestörte. Die Suizidrate ist sehr hoch und es gibt die höchste Rate an Alleinerziehenden und Single-Haushalten. Schweden ist mitunter auch das Zentrum des ganzen Gender-Wahnsinns und der sexuellen Identitätsstörung. Ich tue mich schwer, dass man Südtirol immer mit Schweden vergleicht. Wir haben wirklich andere Probleme. Ich verstehe, dass Ihr in wirklichen Bereichen sensibilisieren möchtet, aber in

Zeiten der Wirtschaftskrise Betriebe zu verordnen, ihre Schlüsselarbeitskräfte in den Vaterschaftsurlaub zu schicken, ist der falsche Ansatz. Wie gesagt, wenn ein Vater mehr Zeit mit seinen Kindern verbringen will, dann braucht es nicht unbedingt einen Betriebsurlaub. Das ist wieder die typische grüne Quotenschnüffelei. Es geht um nichts anderes. Wenn Ihr tatsächlich Erfolg haben möchtet, dann würde ich Euch raten, den Verein "Väter aktiv" aufzunehmen und einzubinden.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Der Vorsitzende ist ein Grüner!

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ja und? Das interessiert mich nicht! Ich tue mich schwer damit, dass 15 Frauen über eine erfüllte Vaterschaft diskutieren sollen. Lieber Kollege Dello Sbarba, wenn Sie mit der Oberhammer und mit diesem ganzen Verein auftreten, dann haben 90 Prozent der Männer sowieso schon die Schnauze voll!

**OBERHOFER (Die Freiheitlichen):** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich gehe davon aus, dass es sich bei der Anzahl von 600 bis 700 Frauen, die kündigen, um Frauen in einem privaten Angestelltenverhältnis handelt, denn Frauen im öffentlichen Dienst werden vermutlich nicht kündigen, nachdem sie die Möglichkeit haben, drei Jahre zu Hause zu bleiben. Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal mein Bedauern zum Ausdruck bringen, dass die Anpassung der Elternzeit zwischen öffentlichem und privaten Sektor noch nicht erfolgt ist. Ich weiß aber aus Gesprächen mit Landesrätin Deeg, dass die Anpassung der Elternzeit auch in ihrem Interesse sei, weshalb sie sicher nach Möglichkeiten suchen wird.

Wenn 65,5 Prozent der Väter mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen möchten, dann liegt das sicher nicht immer daran, dass der Erziehungsurlaub nicht in Anspruch genommen wird. Oftmals liegt das Problem hinter den vier Wänden, und hier dürfen wir uns nicht einmischen. Auch aus diesem Grund habe ich mit dem verpflichtenden Tag für den Vaterschaftsurlaub ein Problem. Ich weiß, dass dieser gesetzlich vorgesehen ist, aber es nützt der Frau nichts, wenn der Mann dazu verpflichtet wird, einen oder mehrere Tage zu Hause zu bleiben. Wer will prüfen, ob der Mann zu Hause ist? Wenn ein Mann zu Hause bleibt, dann muss er das aus persönlicher Überzeugung tun.

Eine Frage: Was gedenkt man für Paare zu tun, die sich während der Schwangerschaft getrennt haben? In diesem Fall ist die Rolle von Vater und Mutter besonders wichtig.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich finde es sehr interessant, wie dieser sehr bescheidene und relativ zurückhaltende Beschlussantrag sofort für Aufregung sorgt. Das ist ein wenig bedauerlich, denn der Kollege Dello Sbarba hat den Kern des Ganzen doch sehr deutlich erklärt. Er hat erklärt, dass die Rolle des Vaters vor allem in der frühkindlichen Phase ganz erheblich ist, zum einen für das Kind, zum anderen aber auch für den Vater selbst, der damit lernt, sich mit einer grundlegenden Dimension des Kindes auseinanderzusetzen und mit einer Seite von sich selbst, die sehr häufig unterbelichtet bleibt. Aus meiner persönlichen Sicht bedauere ich es rückblickend, dass ich zur Zeit der Kleinkindheit meiner Kinder zu wenig zu Hause war. Das Korrektiv, das hier angesprochen wird, ist aus meiner Sicht wirklich ein sehr kleines, das aber eine wesentliche Sensibilisierungsarbeit leisten kann. Das ist der Punkt des Ganzen. Die Forderungen, die erhoben werden, sind so moderat, dass sie sogar vom Kollegen Steger anerkannt werden. Wenn der Verein "Väter aktiv" nicht miteinbezogen wird, so ist das darauf zurückzuführen, dass es hier um die Einschaltung von institutionellen Partnern geht, wie beispielsweise dem Beirat für Chancengleichheit, der Gleichstellungsrätin oder der Handelskammer. Im Übrigen hat der Kollege Steger Recht, wenn er sagt, dass der Passus im Hinblick auf das Vergabegesetz in die Durchführungsbestimmung hineinkäme.

Wie gesagt, ich glaube, dass dieser Vorschlag sehr moderat ist und auf eine wichtige Dimension hinweist, die mit Gender-Wahn und anderem mehr nichts zu tun hat, sondern einfach mit dem Beschreiten eines kleinen Stück Weges hin zu einer adäquaten Vaterrolle. Wenn das Verhältnis zwischen Vätern und Müttern ausgeglichen ist, dann ist das kein Quotenwahnsinn, Kollegin Mair, sondern der Weg hin zu einem gesellschaftlichen Ausgleich und zu einem anderen gesellschaftlichen Klima, das es dringend braucht. In dieser Hinsicht sind wir also die falschen Adressaten für Eure Angriffe.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass jede Einmischung der Politik in die Freiheit der Familiengestaltung scheitern wird. Es geht um Wahlfreiheit, die man nicht hat. Es fängt bei mir im ersten Absatz des einleitenden Teiles des Beschlussantrages an. *"Drei Jahre später ist knapp die Hälfte von ihnen wieder berufstätig, während die restlichen 50 Prozent zu Hause bei den Kindern bleiben."* Das klingt nach "oh



Graus". Wenn man die Möglichkeiten schaffen würde, dass es sich Frauen leisten könnten, dann würden 80 Prozent zu Hause bleiben, zum Bedauern jener, die meinen, dass Frauen unbedingt wieder zurück an ihren Arbeitsplatz müssten. Man nimmt ihnen die Freiheit! Ich habe einmal ein Buch mit dem Titel "Die väterlose Gesellschaft" gelesen. Die hatten wir nach dem Krieg, weil viele Väter im Krieg umgekommen sind. Deshalb mussten die Mütter alles leisten. Dann kam irgendwann die Entwicklung der Gleichberechtigung. Da hat man den Vater ja regelrecht hinausgedrängt, ihm fast die Daseinsberechtigung genommen. Und jetzt wünscht man ihn sich plötzlich wieder zurück, was mich natürlich freut. Aber das entscheiden schon die Familien selber. Auf welche Seite stellt sich der Gesetzgeber oder Rechtsprecher in Scheidungsfällen? Meist einseitig auf die Seite der Frauen. Der Mann ist der Zahlmeister und nicht der Vater. Die Kinder darf er nicht sehen. Und jetzt kommt Ihr drauf, dass das eigentlich doch nicht gut ist. Die Kinder wünschen sich natürlich einen Vater, aber es sollen sich grundsätzlich schon Vater und Mutter selber ausmachen, wer wie viel Zeit mit den Kindern verbringt usw. Jeder wird erkennen, dass beide Rollen wichtig sind, denn der Vater ist nicht die schlechtere Mutter. Man hat ja auch die Mütterrolle bis zum geht nicht mehr abgewertet. Mit den neuen Familienformen, die man jetzt auch gesetzlich schützen und fördern will, wird man dieses Ziel mit Sicherheit nicht erreichen. Ich wünsche mir, dass man den Familien den Freiraum lässt, um sich selber zu organisieren, und zwar nicht nur mit Strukturen für Kinder, sondern vor allen Dingen auch hinsichtlich der Einkommenssituation. Kollegin Oberhofer hat es richtig gesagt. Das Ungleichgewicht zwischen öffentlichem und privatem Bereich geht man einfach nicht an. Wir haben x Begehrensanträge beschlossen, bei denen es um die Anerkennungszeiten der Erziehungsjahre usw. gegangen ist. Da kommt man keinen Schritt weiter. Das wären für mich entscheidendere Dinge als so allgemeine theoretische Stellplätze.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Die Freiheit der Familien, Kollege Leitner, ist wirklich ein gutes Stichwort. Wenn wir hier von Freiheit sprechen, dann schauen wir aber bitte auch hin, wie es um die Freiheit für jene Väter bestellt ist, die sich wirklich ein Stück weit aktiver um ihre Kinder kümmern könnten. Ich habe an x Tagungen zu diesem Thema teilgenommen, an denen immer auch Väter anwesend waren. Ich möchte die Väter wirklich ausdrücklich und explizit wertschätzen, die hier ganz neue Wege beschreiten und sich manchmal auch belächeln lassen müssen. Viele von diesen Vätern sagen uns immer wieder, dass sie in ihren Firmen kein Leichtes haben, Freistellungen zu bekommen. Die Familien entscheiden also nur zu einem Teil selber über die Rollen, die sie einnehmen möchten. Dies ist ein kleiner unideologischer Beitrag dazu, Vätern, die neue Versuche machen möchten, dies zu erleichtern. Ich entschuldige mich bei der Kollegin Oberhofer dafür, dass ich vorher hinübergeschrien habe. Ich wollte sie nur darauf aufmerksam machen, dass der Kollege Dello Sbarba ausdrücklich erklärt hat, wie das Wort "obligatorisch" zu verstehen ist. Es geht nicht darum, dass der Richter oder sonst jemand überprüft, ob der Vater Urlaub genommen hat. Es ist obligatorisch für den Arbeitgeber oder die Arbeitgeberin, diesen Tag zu gewähren. Wenn man Überprüfbarkeit spricht, hat man uns falsch verstanden. Da hat man uns wieder etwas aufgedrückt, was wir nicht ausgedrückt haben.

Kollege Leitner, ich lese Dir noch einmal den Satz vor, den Du beanstandet hast und dann sagst Du mir bitte, was einmal und Gott ideologisch sein soll, wenn steht: "*Drei Jahre später ist knapp die Hälfte von Ihnen wieder berufstätig, während die restlichen 50 Prozent zu Hause bei den Kindern bleiben.*" Das ist absolut ein wertungsfreier Satz, der keine Wörter beinhaltet, die eine Wertung abgeben. Wir möchten keine Wertung abgeben, denn die Freiheit der Väter ist in jeder Hinsicht zu wertschätzen. Alle zählen gleich viel, wobei man es aber jenen erleichtern muss, die es schwerer haben. Wenn es um Freistellungen geht, haben es die Väter einfach noch schwerer.

**STIRNER (SVP):** Ich muss ich sagen, dass ich die Meinung meiner Kollegin Brigitte Foppa sehr wohl teile. Es ist zugegebenermaßen so, dass ein großes Ungleichgewicht zwischen öffentlicher Hand und Privatwirtschaft zu verzeichnen ist. Das ist ein Nachteil vor allem für jene Frauen und Männer, die ihrer Mutter- oder Vaterrolle nachkommen wollen. Dieses Ungleichgewicht haben wir noch nicht in den Griff bekommen. Ich bin nicht damit einverstanden, wenn gesagt wird, dass der Vater nach Scheidungen und Trennungen zum Zahlmeister degradiert wird. In einigen Fällen mag es so sein, aber man kann nicht von ein paar Fällen auf die Mehrheit schließen. Da möchte ich ein anderes Beispiel erwähnen. Es ist ein Fakt, dass leider Gottes viele Männer nach einer Scheidung oder Trennung draufkommen, dass sie Väter sind. Natürlich wollen wir alle die Entscheidungsfreiheit, und ich sehe den Passus, den Brigitte Foppa genannt hat, auch als absolut wertungsfrei. Das ist eine Tatsache.

Natürlich soll die Entscheidungsfreiheit gewährleistet sein, aber wenn ich die Möglichkeit habe, mit jungen Mädchen zu sprechen, dann lege ich meine ganze Entscheidungskraft da hinein, um ihnen sagen: "Lernt einen

Beruf und steht auf eigenen Füßen, denn eine Ehe ist keine Garantie. Ihr dürft Euch nicht von irgendjemandem abhängig machen." Das sollten junge Frauen einfach im Hinterkopf haben.

Noch etwas anderes. Es wurde gesagt, dass es für Männer, die ihre Vaterrolle mehr wahrnehmen wollen, immer noch schwierig sei. Das kann ich bestätigen. Unser Land hat diesbezüglich eine sehr antiquierte Einstellung. Das sieht man ja auch an den Bemerkungen, die gemacht werden. Da kommen teilweise auch recht spöttische Bemerkungen, die vom Weichei bis zu anderen Ausdrücken gehen. Als Mutter gehe ich natürlich auch zu Sprechstunden, Klassenratssitzungen usw. 90 Prozent der Anwesenden sind Frauen.

**PRÄSIDENT:** Ich würde sagen, dass wir am Nachmittag mit der Replik der Kollegin Stocker weiterfahren. Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 12.57 UHR

-----

ORE 14.33 UHR

*Namensaufruf - appello nominale*

**PRÄSIDENT:** Die Sitzung ist wieder aufgenommen.  
Wir fahren mit der Behandlung des Beschlussantrages Nr. 380/15 fort.  
Frau Abgeordnete Foppa, bitte.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich möchte nur zu Protokoll geben, dass ich die Aussage der Kollegin Mair, dass Männer in Schlüsselpositionen für die Vaterschaft abgezogen werden, gravierend finde. Männer und Frauen können in Schlüsselpositionen sein, und es ist nicht schlimmer, wenn Männer aus Schlüsselpositionen abgezogen werden. Ich möchte das nicht so stehen lassen.

**DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP):** Sehr geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bedanke mich für die Diskussion und glaube, dass es gut tut, über dieses Thema zu diskutieren. Es war eine interessante Debatte, bei der viele Punkte angesprochen worden sind. Ich werde mit meinem Teil der Beantwortung beginnen.

Ich schicke voraus, dass es dieses Thema nicht erst seit heute gibt, sondern auch schon vom Kollegen Theiner in der vergangenen Legislatur aufgegriffen worden ist. Ich darf darauf verweisen, dass im Jahr 2011 eine Sensibilisierungskampagne der damaligen Familien-Servicestelle mit dem Titel "Vater werden, Vater sein" gestartet wurde. Es hat Informationsabende und Gesprächsrunden in den Bezirken gegeben, unter Einbindung der Organisationen "Plattform für Alleinerziehende", "Kinderreiche Familien", Handelskammer und der Männerbewegungen, von denen es ja mehrere gibt. "Vater aktiv" gab es damals noch nicht. In den Jahren 2012 und 2013 hat es dann einen Förderungsschwerpunkt "Stärkung der Vaterschaft" in der Familienbildungsarbeit gegeben, den wir auch in den Jahren 2014 und 2015 fortgesetzt haben. Es hat viele Initiativen gegeben, auch in Zusammenarbeit mit Männerinitiativen. Es wird also in keiner Seite einseitig gefördert.

Ich möchte noch kurz auf die einzelnen Punkte des beschließenden Teiles des Beschlussantrages eingehen. Punkt 2 bezieht sich auf das Audit zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dazu darf ich Ihnen sagen, dass das Audit derzeit acht Handlungsfelder umfasst, in denen die Unternehmen zertifiziert werden. Im ersten Handlungsfeld Arbeitszeit wird dem Inhalt des Punktes 2 bereits Rechnung getragen. Insofern ist es nicht notwendig, das zu ergänzen. Wenn besondere Erziehungsurlaube gewährt werden, dann wird das bereits jetzt bewertet und damit auch bei der Zertifizierung der Unternehmen berücksichtigt.

Zu Punkt 4 hat bereits der Kollege Steger ausführlich Stellung genommen. Wir sind bei der Ausarbeitung des Vergabegesetzes in engem Kontakt mit dem Landeshauptmann gestanden, um auch diesen Punkt besonders zu berücksichtigen. Der Kollege Steger hat bereits darauf hingewiesen, dass es sinnvoller wäre, das in die Anwendungskriterien hineinzuschreiben. Im Übrigen verweise ich darauf, dass auditierte Unternehmen auch in der neuen Wirtschaftsförderung Vorzüge haben. Sie erhalten 5 Prozent Zuschläge auf die Landesquote bei Darlehen aus dem Rotationsfonds. Ebenso gibt es einen Aufschlag bei der Förderung der betrieblichen Investitionen von Frauen in Unternehmen. In diesem Sinne glaube ich, dass es schon einiges gibt. Ich bedanke mich beim Kollegen Dello Sbarba dafür, dass er die Initiativen erkannt hat. Wir müssen sie jetzt umsetzen. Wir wollen das Landesfamiliengeld aufstocken, wenn Väter während der ersten 18 Lebensmonate der Kinder Vaterschaftsurlaub in Anspruch nehmen. Wenn Väter in dieser Zeit 30 Prozent des Gehaltes bekommen, dann wollen wir das Landesfamiliengeld



von 200 auf 400 Euro aufstocken. Sollte in dieser Zeit kein Gehalt vorgesehen sein, dann stocken wir von 200 auf 800 Euro auf. Das ist ein Pilotprojekt und wir müssen erst schauen, ob es auch angenommen wird. Wir sind aber vorsichtig optimistisch, das heißt wir schätzen nicht, dass es zum großen Boom kommen wird. Es soll aber ein Anreiz sein, dass vermehrt Vaterschaftsurlaub in Anspruch genommen wird.

Es geht nicht um ideologische Diskussionen, sondern darum, dass wir uns überlegen, wie wir Rahmenbedingungen für Eltern und Familien schaffen können. Da muss eine Diskussion, wie man Vaterschaft unterstützen kann, erlaubt sein. Ich gebe der Kollegin Foppa Recht, wenn sie sagt, dass da keine Wertung drinnen ist. Es geht rein darum, aktive Vaterschaft zu fördern. Es liegt immer im Ermessen der einzelnen, zu entscheiden, ob sie diese Maßnahmen annehmen möchten oder nicht. Manchmal muss man auf gesetzgeberischer Ebene Vorschub leisten, damit etwas zur Selbstverständlichkeit wird, was es heute noch nicht ist. Männer erleben oft dieselbe Situation wie Frauen und erleiden Karriereeinbrüche oder Nachteile, wenn es um Beförderungen geht. Das kann es nicht sein. Das ist nicht die Art von Gesellschaft, die wir uns wünschen.

Ich würde jetzt noch meiner Kollegin Stocker das Wort überlassen.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Wir haben heute Vormittag sehr viele sehr gehört, darunter auch eine Reihe von Negativbeispielen. Ich werde meine Ausführungen mit positiven Beispielen beginnen. Alle, die das Privileg hatten, Mutter und Vater in der Erziehung gleichberechtigt zu erleben, können sagen, dass es etwas war, was einen gestärkt hat. Ich glaube, dass dieser Beschlussantrag in diesem Geiste verfasst worden ist. Familien, Kinder und Partnerschaften sollen gestärkt werden.

In Bezug auf Punkt 1 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages darf ich darauf hinweisen, dass wir als zuständige Landesrätinnen gemeinsam mit dem Beirat für Chancengleichheit, mit der Gleichstellungsrätin und mit der Handelskammer eine Reihe von Initiativen in diese Richtung gestartet haben, bei selbstverständlicher Förderung auch von wertvollen Initiativen von verantwortungsvollen Vätern. Wir haben bereits im Jahr 2011 eine entsprechende Broschüre herausgegeben, die vor allem die Väter in der Privatwirtschaft stärken und entsprechende Informationen liefern soll. Gleichzeitig wird unterstrichen, dass es den Unterschied zwischen privatem Bereich und öffentlichem Dienst gibt. Uns ist durchaus bewusst, dass im privaten Bereich noch einiges zu tun wäre. In diesem Sinne haben wir die Aktion "Ja zum Papi-Monat" gestartet. Damals war die Zeit aber wahrscheinlich noch nicht ganz reif, denn es gab einen großen Sturm der Entrüstung, auch seitens der Frauen. Es gab wahrscheinlich noch nicht das Grundverständnis, das es heute gibt, das heißt, dass diese Chancen Familien und Kinder stärken. Wir haben uns auch mit der Thematik der Frauen auseinandergesetzt, die aus dem Beruf einsteigen und nicht wieder einsteigen. Eines der Argumente war dann natürlich auch der Hinweis darauf, dass es zu wenig Unterstützung in der Hausarbeit und Kinderziehung von Seiten der Väter gibt. Das haben wir dann auch wieder als genutzt, um auf die Notwendigkeit dieser Möglichkeit hinzuweisen. Es gab dann auch ein Gespräch mit der damaligen Sozialministerin Fornero, bei dem es zu diesem bescheidenen Ansatz von einem Tag gekommen ist, der mehr ist als nichts. Ich glaube, dass dieses wichtige Anliegen ausgedehnt werden sollte, im Sinne eines Angebotes, das der Arbeitgeber zu machen hat. Das ist ein absolut richtiger Ansatz, den wir auf alle Fälle unterstützen möchten. Insofern sage ich auch Ja zu Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages.

Bezüglich Punkt 1 sind wir hingegen der Meinung, dass wir schon sehr stark auf diese Notwendigkeit hinweisen. Das Netzwerk, das Sie ansprechen, ist bereits aktiv und wird natürlich auch weiterhin aktiv bleiben. In diesem Sinne stimmen wir dem Punkt 2 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages zu, Punkt 1 hingegen nicht, weil das schon gemacht wird.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ringrazio i colleghi e le colleghe che sono intervenuti in questo dibattito. Credo sia importante discutere e confrontarci, perché siamo di fronte a un cambio culturale che va accompagnato. Molte cose si fanno, riconosco alla Giunta provinciale una particolare sensibilità in questo ambito, i risultati però si lasciano attendere. Ovviamente ci sono delle condizioni materiali, soprattutto stipendi ecc., che ostacolano questa cosa, però i risultati, se vediamo quanti padri hanno optato per la paternità volontaria, sono pochi, però è confortante vedere che nelle giovani generazioni di padri sono tre volte di più che nelle vecchie generazioni. Quindi c'è una società che sta cambiando e noi dobbiamo aiutarla.

Ringrazio tutti i colleghi, ma li ringrazierei di più se lasciassero per una volta definire ai Verdi, Ulli Mair, cosa sono i Verdi, perché ogni cinque minuti voi date la definizione. È un artificio retorico dire che questa è una classica cosa Verde e poi farne la caricatura, però lasciate dire a noi cosa sono i Verdi. Si può usare una volta, due volte, ma non tre volte a seduta la definizione! Noi non ci permettiamo mai di definire cosa sono i Freiheitlichen, eppure ne avremmo una cassa di definizioni e non sarebbero tutte lusinghiere!

Una cosa che sono sicuro ai Freiheitlichen sta a cuore, riguarda la pari dignità degli uomini. Voi avete sempre detto che il problema della pari dignità va vista anche dal punto di vista degli uomini. Questa mozione era proprio un tentativo di vedere, Sigmar Stocker, la pari opportunità dal punto di vista degli uomini, perché è vero che ci vuole la libertà di scelta, ma che libertà di scelta è quella che si basa sul fatto che mentre le madri hanno due mesi prima e tre mesi dopo il parto di maternità garantita - obbligatoria vuol dire garantita nel senso che il datore di lavoro la deve dare, e deve garantire anche l'80% di stipendio - pensate che quella volontaria è al 30% o a zero stipendio, invece i padri hanno solo un giorno di paternità garantita, che poi nella legge si chiama obbligatoria ma, ripeto, non si vogliono costringere i padri ad andare in paternità, si vuol garantire ai padri il diritto di andare in paternità. Che libertà di scelta c'è se le donne hanno questa "fortuna" che se però resta solo a loro rischia poi di essere un elemento di svantaggio nel lungo periodo e gli uomini invece hanno solo un giorno garantito, e poi il resto se lo prendono sono cavoli loro, perché hanno lo stipendio tagliato di 2/3? Quindi parità significa anche pari opportunità sia per uomini che per donne.

Per quanto riguarda la votazione sulla mozione, chiedo la votazione separata delle premesse e dei quattro punti deliberativi, visto che ci sono state opinioni diverse, e chiedo di emendare il quarto punto, dove è scritto: "a inserire nella nuova legge per gli appalti pubblici", ecc. perché condivido alcune osservazioni che alcuni colleghi ci hanno fatto, chiedo di cambiare con: "a inserire nei criteri applicativi della nuova legge". Non so se basta dire la modifica a voce o se invece devo presentare l'emendamento per iscritto.

**PRÄSIDENT:** Wir kommen zur Abstimmung nach getrennte Teile.

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen: mit 4 Ja-Stimmen, 26 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 1 des beschließenden Teils: mit 5 Ja-Stimmen, 24 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 2 des beschließenden Teils: mit 23 Ja-Stimmen, 9 Gegenstimmen und 3 Enthaltungen genehmigt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 3 des beschließenden Teils: mit 4 Ja-Stimmen, 27 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen abgelehnt.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 4 des beschließenden Teils: mit 23 Ja-Stimmen, 8 Gegenstimmen und 4 Enthaltungen genehmigt.

Punkt 7 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 345/15 vom 13.3.2015, eingebracht vom Abg. Pöder, betreffend den Verfassungsreform – Schutz Südtirols vor wachsendem Zentralismus**", und

Punkt 16 der Tagesordnung: "**Begehrensantrag Nr. 49/15 vom 22.10.2015, eingebracht von den Abgeordneten Knoll, Atz-Tammerle und Zimmerhofer, betreffend: Gefahr für Süd-Tirol-Autonomie: Nein zur italienischen Verfassungsreform.**"

Punto 7 all'ordine del giorno: "**Mozione n. 345/15 del 13/3/2015, presentata dal consigliere Pöder, riguardante la riforma costituzionale – proteggere l'Alto Adige dal crescente centralismo**", e

punto 16 all'ordine del giorno: "**Voto n. 49/15 del 22/10/2015, presentato dai consiglieri Knoll, Atz-Tammerle e Zimmerhofer, riguardante: in pericolo l'autonomia della Provincia di Bolzano: no alla riforma costituzionale italiana.**"

### **Beschlussantrag Nr. 345/15**

#### *Verfassungsreform – Schutz Südtirols vor wachsendem Zentralismus*

*Das derzeit im Parlament debattierte und vor den abschließenden Lesungen stehende Projekt der Regierung zur Reform der italienischen Verfassung sieht unter anderem eine enorme Stärkung des italienischen Zentralstaates gegenüber den Regionen vor.*

*Staat und Regierung nehmen sich enorme Machtbefugnisse und die Regionen werden künftig zu dezentralen Verwaltungseinheiten degradiert.*

*In Änderungen zu den Artikeln 117 bis 122 der Verfassung übernimmt der Staat eine ganze Reihe von Zuständigkeiten, die bislang den Regionen oblagen.*

*Im Bereich der Öffentlichen Verwaltung, der Sozialpolitik und Lebensmittel, Berufsbildung, Kultur, Umwelt, Sport, Tourismus, Energie, Kommunikation, Berufsordnung, Zivilschutz und weiteren Berei-*

chen stärkt der Staat seine Rolle und schwächt jene der Regionen deutlich ab bzw. eliminiert regionale Zuständigkeiten vollends.

Besonders im Artikel 117 und im Artikel 120 der geänderten Verfassung wird das nationale Interesse des Staates zum Fallbeil für die Regionen.

Zudem gehören den Regionen nicht mehr automatisch jene Bereiche, in denen der Staat nicht zuständig war bzw. ist, sondern es entscheidet explizit der Staat, in welchen Bereichen die Regionen noch Zuständigkeiten haben.

Im "juridischen und wirtschaftlichen nationalen Interesse" kann der Staat jederzeit die Gesetzgebung auch in jenen Bereichen ausüben, in denen die Regionen zuständig wären.

Konfliktfälle werden schon allein durch die Formulierung der Verfassungsreform vor dem Verfassungsgericht künftig noch häufiger zugunsten des Staates entschieden werden.

Auch im Bereich Finanzregelung entscheidet der Staat, was die Regionen brauchen oder brauchen dürfen.

Auch über die autonomen Regionen und die beiden Provinzen Bozen und Trient kann der Staat in Zukunft noch leichter und ungehinderter Zwangsgesetzgebung ausüben bzw. mit Anfechtungen.

Das Autonomiestatut und die Durchführungsbestimmungen zum Autonomiestatut geben Südtirol zwar explizit eine Reihe von primären Zuständigkeiten, allerdings wird das Verfassungsgericht im Konfliktfall zwischen Bestimmungen des Autonomiestatuts und der Verfassung künftig noch deutlichere Handhabe für Entscheidungen gegen Südtirol haben.

Mit Artikel 39 Absatz 11 des Verfassungsgesetzentwurfes zur Reform der Autonomie setzt der Staat eine Reihe von Zentralisierungsmaßnahmen für die Provinzen Trient und Bozen vorerst aus, bis zur Anpassung des Autonomiestatuts.

Auch die Anwendung der legislativen Fallbeile im künftigen Artikel 120 der Verfassung wird vorerst ausgesetzt, allerdings eben nur so lange, so lange das Autonomiestatut nicht angepasst ist.

Besorgniserregend ist in diesem Zusammenhang die Definition des Begriffes "Anpassung", den der Staat wohl dahingehend auslegen wird, dass das Autonomiestatut dem zentralistischen Geist der Verfassungsreform entgegenwirkt.

Gleichwohl ist diese im Artikel 39 des Verfassungsgesetzentwurfes ein juridischer Schutz gegen die allzu rasche Aushöhlung der Südtirolautonomie durch die neue zentralistische Staatsverfassung.

Die Anpassung des Statutes wird jedoch kommen müssen und aufgrund der Stärkung des Zentralstaates wird Rom auch die Schwächung der Südtirolautonomie verlangen.

Dies vorausgeschickt,

beschließt  
der Südtiroler Landtag:

1. Der Südtiroler Landtag bekräftigt und begrüßt die im Gesetzentwurf zur Reform der italienischen Verfassung enthaltene Klausel, nach der die künftigen Verfassungsnormen betreffend die Zuständigkeiten von Staat und Regionen vorerst bis zur Anpassung des Autonomiestatuts für Südtirol keine Anwendung finden.
2. Der Südtiroler Landtag lehnt gleichzeitig den zentralistischen Geist der Verfassungsreform sowie die Stärkung des Zentralstaates und alle damit verbundenen negativen Auswirkungen für die Südtirolautonomie und somit die Verfassungsreform entschieden ab.
3. Die Landesregierung und die Südtiroler Parlamentarier in Rom werden beauftragt und ersucht, alle möglichen Mittel gegen die Genehmigung dieser Verfassungsreform zu unternehmen und gleichzeitig weiterhin alle nötigen Maßnahmen zum Schutz Südtirols und seiner Autonomie zu ergreifen.
4. Weiters sollten die Parlamentarier Bemühungen unternehmen, damit in der künftigen Verfassung die Ernennung von mindestens zwei Verfassungsrichtern durch die Regionalvertreter des neuen Senates, von denen einer von den autonomen Provinzen und Regionen vorzuschlagen ist, vorgesehen ist. Bei Verfassungsgerichtsverfahren und -entscheidungen in Angelegenheiten, welche die Regionen betreffen, müssen mindestens zwei von den Regionen ernannte Verfassungsrichter an den Verfahren, Beratungen und Entscheidungen teilnehmen.

*Il disegno di legge di riforma costituzionale, presentato dal Governo e attualmente in esame in Parlamento (mancano le letture finali), prevede tra le altre cose un deciso rafforzamento dei poteri dello Stato centrale rispetto alle Regioni.*

*Lo Stato e il Governo avranno enormi poteri e le Regioni saranno degradate a unità amministrative decentrate.*

*Con le modifiche agli articoli 117-122 della Costituzione, lo Stato si assume una serie di competenze che sinora spettavano alle Regioni.*

*Lo Stato rafforza il suo ruolo in materia di pubblica amministrazione, politiche sociali e sicurezza alimentare, formazione professionale, cultura, ambiente, sport, turismo, energia, ordinamento della comunicazione e delle professioni, protezione civile e via dicendo, e nel contempo indebolisce decisamente quello delle Regioni ovvero cancella totalmente alcune competenze regionali.*

*In particolare negli articoli 117 e 120 della nuova Costituzione l'interesse nazionale dello Stato equivale al colpo di grazia per le Regioni.*

*Inoltre alle Regioni non vanno più automaticamente le competenze nei settori in cui lo Stato non era o non è competente, ma è lo Stato a decidere esplicitamente gli ambiti che restano di competenza delle Regioni.*

*A tutela dell'interesse nazionale o dell'unità giuridica o economica, lo Stato può in qualsiasi momento decidere di esercitare la potestà legislativa anche in materie di competenza delle Regioni.*

*Anche solo in virtù della formulazione della riforma, in futuro eventuali casi confliggenti portati davanti alla Corte costituzionale verranno ancor più spesso giudicati con sentenze a favore dello Stato.*

*Anche in materia di ordinamento finanziario è lo Stato a decidere di cosa le Regioni hanno o possono avere bisogno.*

*Pure nei confronti delle Regioni autonome e delle Province di Trento e Bolzano lo Stato potrà, in futuro intervenire ovvero impugnare più facilmente le leggi.*

*Benché lo Statuto di autonomia e le relative norme di attuazione diano esplicitamente all'Alto Adige una serie di competenze primarie, in futuro, nei casi in cui le norme dello Statuto di autonomia confliggono con la Costituzione, la Corte costituzionale potrà decidere ancor più facilmente a sfavore dell'Alto Adige.*

*Con l'articolo 39, comma 11 del disegno di legge costituzionale, che tra l'altro riforma l'autonomia, lo Stato per il momento sospende per le Province di Trento e di Bolzano tutta una serie di misure di centralizzazione, in attesa dell'adeguamento dello Statuto di autonomia.*

*Anche la ghigliottina legislativa incombente nel futuro articolo 120 della Costituzione è per il momento sospesa, tuttavia solo fino all'adeguamento dello Statuto di autonomia.*

*In questo contesto è preoccupante la definizione del termine "adeguamento" che verrà verosimilmente interpretato dallo Stato nel senso che lo Statuto di autonomia costituisce un ostacolo per lo spirito centralista della riforma costituzionale.*

*Ciononostante l'articolo 39 del disegno di legge costituzionale rappresenta una tutela giuridica rispetto a un troppo rapido svuotamento dell'autonomia altoatesina per mezzo di una nuova Costituzione centralista.*

*L'adeguamento dello Statuto sarà tuttavia inevitabile e, in virtù del nuovo centralismo, Roma cercherà anche di indebolire l'autonomia dell'Alto Adige.*

*Ciò premesso,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
delibera quanto segue:*

- 1. Il Consiglio provinciale conferma e vede con favore la clausola presente nel disegno di legge di riforma costituzionale, per cui le future norme contenute nella Costituzione, concernenti le competenze di Stato e Regioni, non vengono per il momento applicate in attesa dell'adeguamento dello Statuto di autonomia.*
- 2. Il Consiglio provinciale disapprova con forza lo spirito centralista della riforma costituzionale e nel contempo il rafforzamento dello Stato centrale e tutti gli effetti negativi che ciò comporta per l'autonomia dell'Alto Adige e quindi, di conseguenza, la riforma costituzionale.*
- 3. La Giunta provinciale e i parlamentari altoatesini sono incaricati e invitati a fare tutto il possibile per contrastare l'approvazione di questa riforma costituzionale e nel contempo continuare a fare tutto il necessario per proteggere l'Alto Adige e la sua autonomia.*

4. Infine i parlamentari dovrebbero adoperarsi affinché nella futura Costituzione sia previsto che la nomina di almeno due giudici costituzionali spetti ai rappresentanti regionali del nuovo Senato, uno dei quali deve essere proposto dalle Province e Regioni autonome. Nel caso di procedimenti, consultazioni e decisioni della Corte costituzionale concernenti le Regioni deve essere prevista la presenza di almeno due giudici nominati dalle Regioni.

#### **Begehrensantrag Nr. 49/15**

##### *Gefahr für Süd-Tirol-Autonomie: Nein zur italienischen Verfassungsreform*

*Italien plant derzeit eine zentralistische Verfassungsreform, mit der die zaghaften Föderalisierungsversuche der letzten Jahre wieder zunichte gemacht werden sollen. Anstatt die umfangreichen Probleme des italienischen Staates zu lösen, wird die Antwort auf alle Missstände in der Rückkehr eines starken Zentralstaates gesucht. Für Süd-Tirol bedeutet diese Verfassungsreform eine große Gefahr für die Autonomie.*

*Die beiden Innsbrucker Universitätsprofessoren, Univ.-Prof. Peter Hilpold und Univ.-Prof. Walter Obwexer, warnten am 20. Oktober 2015 in der größten Süd-Tiroler Tageszeitung vor den Folgen der italienischen Verfassungsreform, die dazu führen wird, dass Süd-Tirol in den nächsten Jahren weitere autonome Kompetenzen verlieren könnte.*

*Die größte Gefahr für die Süd-Tirol-Autonomie besteht dabei in der Auslegung der ausschließlichen Kompetenzen des Staates und den Folgeurteilen des Verfassungsgerichtshofes.*

*Hinzu kommt eine politische Neiddebatte, die dazu führt, dass in Italien immer mehr Stimmen laut werden, die behaupten, dass die Süd-Tiroler hundert Jahre nach dem 1. Weltkrieg keine österreichische Minderheit mehr seien und daher auch kein Anrecht mehr auf eine Autonomie hätten.*

*Während der Status der Autonomie bis zum Zeitpunkt der Streitbeilegungserklärung 1992 völkerrechtlich verankert ist, laufen alle anderen Bereiche Gefahr, im Zuge der italienischen Verfassungsreform wieder abhanden zu kommen.*

*In dieser Situation wird Italien genau darauf achten, wie Süd-Tirol auf die geplante Zentralisierung des Staates reagiert. Süd-Tirol kann und darf daher nicht einer Verfassungsreform zustimmen, die die Autonomie gefährdet.*

*Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten folgenden Antrag.*

*Der Südtiroler Landtag  
wolle beschließen:*

- 1. Der Südtiroler Landtag spricht sich gegen die vorliegende Verfassungsreform des italienischen Staates aus.*
- 2. Der Südtiroler Landtag fordert die Südtiroler Parlamentarier auf, dieser Verfassungsreform nicht zuzustimmen.*
- 3. Der Südtiroler Landtag richtet an das italienische Parlament und an die italienische Regierung das dringende Begehren, die zentralistische Verfassungsreform nicht umzusetzen und sich für eine föderale Verfassung einzusetzen.*

##### *In pericolo l'autonomia della Provincia di Bolzano: no alla riforma costituzionale italiana*

*L'Italia ha in cantiere una riforma della Costituzione in senso centralistico, tendente ad azzerare i tubanti tentativi di federalismo degli ultimi anni. Invece di risolvere i gravi problemi dello Stato italiano, si cerca di rimuovere ogni disfunzione tornando a un forte Stato centrale. Questa riforma comporta un grave rischio per l'autonomia della Provincia di Bolzano.*

*Il 20 ottobre 2015 due professori dell'Università di Innsbruck, Peter Hilpold e Walter Obwexer, hanno messo in guardia sul più diffuso quotidiano di questa provincia dalle conseguenze della riforma costituzionale italiana, che potrebbe comportare per la Provincia di Bolzano la perdita di ulteriori competenze nei prossimi anni.*

*Il pericolo maggiore è costituito dall'interpretazione delle competenze esclusive dello Stato e dalle sentenze successive della Corte costituzionale.*

*A ciò si aggiunge un dibattito politico basato sull'invidia: in Italia si moltiplicano le voci secondo cui, cento anni dopo la prima guerra mondiale, i sudtirolesi non sarebbero più una minoranza austriaca e perciò avrebbero perso il diritto all'autonomia.*



*Lo status dell'autonomia fino alla quietanza liberatoria del 1992 è garantito dal diritto internazionale. Tutti gli ulteriori ambiti potrebbero invece essere perduti in seguito alla riforma costituzionale italiana. In questa situazione l'Italia sarà molto attenta alle reazioni della Provincia di Bolzano alla prevista centralizzazione dello Stato. Pertanto la nostra Provincia non può e non deve approvare una riforma costituzionale che mette a rischio l'autonomia.*

*Per questi motivi i sottoscritti invitano*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
a deliberare quanto segue:*

- 1. Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano si dichiara contrario alla prevista riforma costituzionale.*
- 2. Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano invita i parlamentari di questa provincia a non approvare detta riforma.*
- 3. Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano invita in modo stringente Parlamento e Governo a non realizzare questa riforma costituzionale centralistica, e a impegnarsi per una Costituzione federale.*

Das Wort hat Abgeordneter Knoll, bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Wir haben jetzt geklärt, wie es rechtlich aussieht. Einmal handelt es sich ja um einen Beschlussantrag, einmal hingegen um einen Begehrensantrag mit ähnlichen Inhalten, nämlich der Verfassungsreform. Uns wurde mitgeteilt, dass diese beiden Anträge gemeinsam behandelt werden können. Deshalb würde ich den Kollegen Pöder ersuchen, diese Anträge gemeinsam zu behandeln können. Wenn der Kollege Pöder zustimmt, dann wird über diese Anträge gemeinsam diskutiert, wobei die Abstimmung aber getrennt erfolgt.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich bin einverstanden.

Wenn man in den letzten Monaten die Zeitungen gelesen hat, dann hatte ich zumindest den Eindruck, dass einige Leute draufgekommen sind, dass es in Italien eine Verfassungsreform gibt. Andere kümmern sich schon seit vielen Monaten um diese Thematik. Ich habe mir auch schon sehr früh die Mühe gemacht, das alles durchzulesen und zu vergleichen. Ich habe diesen Antrag auch schon im Frühling dieses Jahres eingebracht. Interessanterweise sind einige erst nach der entscheidenden Lesung im Senat draufgekommen, dass es diese Verfassungsreform gibt und haben gegen dieselbe gewettert. Ich kann den Inhalt teilen, aber man hätte sich früher auf den Weg machen sollen. Nach der Entscheidung im Senat braucht es eigentlich nur mehr die Entscheidung der Kammern mit den klaren Mehrheiten und dann gibt es eine Volksabstimmung. Das ist die letzte Rettung, um es einmal so zu sagen. Ich kann in keinsten Weise nachvollziehen, dass Südtiroler Parlamentarier einer zentralistischen Verfassungsreform zustimmen, welche Klauseln da auch immer drinnen sind. Ich erinnere daran, dass es im Jahr 2005 eine Verfassungsreform der Regierung Berlusconi gegeben hat, die vom Parlament verabschiedet wurde. Im Jahr 2006 wurde dieser einer Volksabstimmung unterzogen. Damals haben teilweise dieselben Parlamentarier gegen diese Verfassungsreform gestimmt und die Südtiroler Bevölkerung aufgerufen, gegen sie zu stimmen, obwohl sie um Welten besser war als die heutige. Da war eine Föderalisierung drinnen. Es war zwar auch das nationale Interesse drinnen, aber das ist in der aktuellen Verfassungsreform noch viel stärker verankert. Zudem war ein Vetorecht für den Südtiroler Landtag vorgesehen. Das muss man sich einmal vorstellen. Wir hätten ein Vetorecht gehabt und mit einer Zwei-Drittel-Mehrheit eine Änderung des Autonomiestatutes von Seiten des Parlamentes verhindern können. Das Parlament hat damals eine Verfassungsreform beschlossen, mit der es sich selbst seine Souveränität genommen und dem Landtag ein Vetorecht eingeräumt hat. Heute gehen dieselben Parlamentarier – darunter auch Zeller – her und stimmen einer Verfassungsreform zu, die all dem widerspricht, für das eine Minderheitenpartei eigentlich stehen sollte. Da ist nichts drinnen, was in irgendeiner Form auch nur ansatzweise als föderalistisch zu bezeichnen wäre. Es ist eine rein zentralistische Verfassungsreform. Die gesamte Macht wird auf die Regierung in Rom konzentriert. Der Senat in seiner derzeitigen Form wird abgeschafft, was ich für richtig halte, aber es wird kein Gegengewicht geschaffen. Im gleichen Atemzug werden die Regionen entmachtet. Auch der Senat der Regionen ist im Prinzip nur der Abklatsch einer Kammer. Wer sich das einmal durchgelesen hat, dem muss es eiskalt über den Rücken laufen. Auch das Regieren mit sogenannten Notverordnungen wird nicht erschwert, sondern im Prinzip ausgebaut. Es wird alles auf die Figur des Ministerpräsidenten konzentriert, ohne Gegengewicht, ohne jegliches Korrektiv. Wir sind mit einer Ausnahmeklausel, die ich ausdrücklich als positiv emp-

finde, vorerst ausgenommen. Ursprünglich sollte dies bis zur Anpassung des Autonomiestatutes gelten; mittlerweile ist daraus Revision geworden. Das ist positiv. Trotzdem wird eine Änderung des Autonomiestatutes nie eine Änderung nach vorne sein, sondern immer eine Änderung nach hinten. Der Staat wird nie akzeptieren, dass sich eine autonome Provinz oder Region in die Gegenrichtung bewegt. Meine größte Befürchtung ist, dass das Verfassungsgericht, solange keine Anpassung oder Revision des Autonomiestatutes erfolgt, bei Konflikten im Geiste der neuen Verfassung entscheiden wird. Das ist das große Problem. Wir hatten ja bisher schon große Auseinandersetzungen. Ich teile nicht die Ansicht mancher Experten, die sagen, dass das Verfassungsgericht föderalistischer urteilt, wenn der Staat zentralistischer wird. Das ist in Italien beileibe nicht so und wird auch nie so sein. Das Verfassungsgericht hat schon in den letzten Jahren immer im Sinne des staatlichen und nationalen Interesses entschieden. Ich halte viele Teile der Verfassungsreform für absolut inakzeptabel. Wir dürfen nicht ständig in der Defensive sein. Wir sind in ständiger Verteidigungshaltung und weichen ständig zurück. Wir müssen vor einem Staat in die Knie gehen und darum betteln, dass man uns nicht so schlimm behandelt wie alle anderen. Das kann nicht die Logik sein und wird irgendwann bestraft werden. Wie kann man als Vertretung der Südtiroler Volksgruppen einer zentralistischen Verfassung zustimmen? Das ist ein Signal, das in Zukunft gegen uns verwendet werden kann. Ich verstehe die Argumentation nicht, dass wir dem Staat nicht auf der einen Seite etwas abringen und auf der anderen Seite dagegen stimmen können. Warum nicht um Himmels willen? Man kann doch niemals von einer Minderheit erwarten, dass sie sich selbst die Pistole auf den Kopf hält, indem sie einer zentralistischen Verfassungsreform zustimmt. Natürlich ist es in Ordnung, dass es für uns eine Schutzklausel gibt, aber wir müssen auch sagen, dass der Südtiroler Landtag gegen diese zentralistische Verfassungsreform ist.

Ich schließe und möchte sagen, dass wir uns auch für die Zukunft schützen müssen. Wir sollten im Rahmen einer Volksabstimmung geschlossen und gemeinsam mit dem Trentino die Bevölkerung aufrufen, gegen die Verfassungsreform zu stimmen.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Auch wir sind der Meinung, dass es in dieser Situation ein klares Zeichen braucht. Deshalb haben wir einen Begehrensantrag vorbereitet, damit dieses Signal von Südtirol aus an das italienische Parlament gesendet werden kann. Ich werde diesen Begehrensantrag kurz vorlesen: "*Italien plant derzeit eine zentralistische Verfassungsreform, mit der die zaghaften Föderalisierungsversuche der letzten Jahre wieder zunichte gemacht werden sollen. Anstatt die umfangreichen Probleme des italienischen Staates zu lösen, wird die Antwort auf alle Missstände in der Rückkehr eines starken Zentralstaates gesucht. Für Süd-Tirol bedeutet diese Verfassungsreform eine große Gefahr für die Autonomie.*"

*Die beiden Innsbrucker Universitätsprofessoren, Univ.-Prof. Peter Hilpold und Univ.-Prof. Walter Obwexer, warnten am 20. Oktober 2015 in der größten Süd-Tiroler Tageszeitung vor den Folgen der italienischen Verfassungsreform, die dazu führen wird, dass Süd-Tirol in den nächsten Jahren weitere autonome Kompetenzen verlieren könnte.*

*Die größte Gefahr für die Süd-Tirol-Autonomie besteht dabei in der Auslegung der ausschließlichen Kompetenzen des Staates und den Folgeurteilen des Verfassungsgerichtshofes.*

*Hinzu kommt eine politische Neiddebatte, die dazu führt, dass in Italien immer mehr Stimmen laut werden, die behaupten, dass die Süd-Tiroler hundert Jahre nach dem 1. Weltkrieg keine österreichische Minderheit mehr seien und daher auch kein Anrecht mehr auf eine Autonomie hätten.*

*Während der Status der Autonomie bis zum Zeitpunkt der Streitbeilegungserklärung 1992 völkerrechtlich verankert ist, laufen alle anderen Bereiche Gefahr, im Zuge der italienischen Verfassungsreform wieder abhanden zu kommen.*

*In dieser Situation wird Italien genau darauf achten, wie Süd-Tirol auf die geplante Zentralisierung des Staates reagiert. Süd-Tirol kann und darf daher nicht einer Verfassungsreform zustimmen, die die Autonomie gefährdet.*

*Aus diesem Grunde stellen die Gefertigten folgenden Antrag.*

*Der Südtiroler Landtag  
wolle beschließen:*

- 1. Der Südtiroler Landtag spricht sich gegen die vorliegende Verfassungsreform des italienischen Staates aus.*
- 2. Der Südtiroler Landtag fordert die Südtiroler Parlamentarier auf, dieser Verfassungsreform nicht zuzustimmen.*
- 3. Der Südtiroler Landtag richtet an das italienische Parlament und an die italienische Regierung das dringende Begehren, die zentralistische Verfassungsreform nicht umzusetzen und sich für eine föderale Verfassung einzusetzen.*



Mein Vorredner hat bereits einiges gesagt, was ich nicht wiederholen möchte. Ich glaube, dass es gut tut, einen Moment inne zu halten und uns zu überlegen, was diese Verfassungsreform für Südtirol bedeutet. Bedeutet sie mehr Sicherheit, mehr Absicherung und mehr Rechte für unsere Autonomie oder bedeutet sie einen Rückschritt in zentralistische Staatsformen, die durch Urteile des Verfassungsgerichtshofes unsere Autonomie weiter gefährden können? Ich glaube nicht, dass diese Verfassungsreform zum Nutzen Südtirols ist. Im Gegenteil, ich glaube, dass sie eine Gefahr für Südtirol darstellt. Ich habe es in der letzten Legislaturperiode erlebt, dass die Autonomie Stück für Stück beschnitten worden ist. Es ist nie die ganze Wurst genommen, sondern immer wieder eine Scheibe abgeschnitten worden. Am Ende bleibt von dieser Wurst nichts übrig, wenn man immer wieder eine Scheibe abschneidet. Das müssen wir zur Kenntnis nehmen. Erinnern wir uns daran, als das Finanzabkommen gebrochen wurde. Der Staat hat sich nicht mehr an diese Regelung gehalten, obwohl der damalige Landeshauptmann im Landtag gesagt hat: "Kein Beistrich dieses Abkommens wird verändert!" Italien hat es getan! Dann kam das Mailänder Abkommen. Wie ist das gelobt worden? Jetzt herrsche Finanzsicherheit und man hätte eine klare Regelung. Das hat den Staat nicht interessiert. So ist es Stück für Stück weitergegangen. Dass wir als österreichische Minderheit in diesem Staat sagen, dass unsere Parlamentarier dem zustimmen und damit eine solche Entwicklung nicht nur in Kauf nehmen, sondern auch noch unterstützen, ist trotz aller Sonderregelungen, die man damit vielleicht erzielt, fahrlässig. Der italienische Staat wird bei jeder Gelegenheit darauf verweisen: "Liebe Südtiroler, warum regt Ihr Euch auf, wenn wir im Zuge der Verfassungsreform restriktivere Maßnahmen durchsetzen werden. Ihr habt dem ja selbst zugestimmt!" Wo war der Protest der Südtiroler gegen diese zentralistische Verfassungsreform? Hier ist das Abstimmungsergebnis der Südtiroler Abgeordneten, die dieser Verfassungsreform zugestimmt haben. Das ist eine gefährliche Entwicklung! Deshalb muss der Südtiroler Landtag ein klares und unmissverständliches Zeichen setzen! Natürlich könnte man uns entgegen halten und uns fragen: "Was mischt Ihr Euch in die italienische Innenpolitik ein?" Wir haben hier nicht nur eine Verantwortung für uns Südtiroler selbst, sondern auch für die anderen sprachlichen Minderheiten im italienischen Staat, die von dieser Situation gleichermaßen betroffen sind. Ich war letzte Woche bei einer Veranstaltung in Triest, wo man sich genauso über diese Entwicklungen sorgt, dass da Großregionen alla Triveneto eingesetzt werden sollen. Es sind nicht Hinterbänkler, sondern Vertreter der Regierungspartei, die diese Forderungen stellen. Diese Forderungen werden nicht aufhören. Es geht nicht nur um das nationale Interesse, sondern auch um das Ökonomische, also um den Erhalt des italienischen Staates. Glaubt also nicht, dass irgendjemand in Europa sagen wird: "Das könnt Ihr nicht machen, weil Südtirol eine Sonderregelung hat." Da können wir noch so viele Schutzmechanismen haben, umso mehr, nachdem Südtirol dem selbst zugestimmt hat. Es ist aber nicht nur der Minderheitenstatus der Südtiroler gefährdet, sondern das ist eine Grundsatzfrage der Demokratie. Wir haben hier im Landtag schon einige Male darüber diskutiert, dass im Zuge der Verfassungsreform die Parlamente ausgehungert werden und die Demokratie auf null hinuntergedreht wird, indem es nicht nur keine Parteienfinanzierung, sondern auch keine Parteistrukturen mehr gibt. Die Förderungen für die Mitarbeiter sollen ja gestrichen werden; die Demokratie soll ausgehebelt werden! Die Parteien, die vom Volk gewählt werden, sollen höchstens noch die Vorschläge der Regierung abnicken, aber alles andere ist nicht mehr gewünscht. Man will die Probleme des italienischen Staates durch einen starken Zentralismus. Dem können und wollen wir nicht zustimmen. Es tut auch an Not, dass wir der Regierung das ganz klar signalisieren, damit wir das auch als Absicherung haben und, wenn es hart auf hart kommt, sagen können: "Hier hat der Südtiroler Landtag ein ganz klares Zeichen gesetzt." Der Südtiroler Landtag ist nicht damit einverstanden, dass sich der italienische Staat eine Verfassung gibt, die nicht in unserem Interesse ist, die unsere Rechte beschneidet und unser Dasein als sprachlich-kulturelle Volksgruppe in einem fremdnationalen Staat auf Dauer gefährdet.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Wir stimmen selbstverständlich beiden Anträgen zu, aber das kommt alles ein bisschen spät. Meines Wissens haben die Vertreter Südtirols in Rom bereits ihre Zustimmung zur Verfassungsreform gegeben. Es wird eine doppelte Lesung erfolgen und es wird auch zu einer Volksabstimmung kommen, wo wir uns auch dagegen äußern können, aber man muss schauen, wie die Entwicklung weitergeht. Die Verfassungsreform aus dem Jahr 2001 war auch keine föderalistische. Auch damals hat man uns Kompetenzen genommen. Das, was jetzt passiert, ist natürlich ein gewaltiger Schritt in Richtung Zentralismus. Ich möchte bei dieser Gelegenheit auch daran erinnern, dass parallel dazu ein Wahlgesetz gemacht wird, das für Südtirol weiterhin eine 40-Prozent-Hürde vorsieht. Darüber regt sich niemand auf, und das ist eigentlich ungeheuerlich. In der Türkei hat eine Partei gerade noch die 10-Prozent-Hürde überschritten und wir muten uns selber 40 Prozent zu. Dass die Südtiroler Volkspartei dem zustimmt, finde ich einfach ungeheuerlich, aber das ist nun einmal dieser fatale Pakt zwischen SVP und PD, dem man sich eigentlich fast willenlos ausgeliefert hat. Man wird jetzt sagen,

dass die Finanzregelung super sei, aber hier geht es um viel mehr. Der Kollege Knoll hat die Möglichkeiten der Fraktionen in Zukunft angeschnitten. Wenn das so durchgeht, dann gibt es nichts mehr! Wie soll man dann bitte Demokratie gestalten und die Menschen zur Teilnahme bewegen? Wie soll man Leute zum Kandidieren anregen, wenn man unter solchen Bedingungen arbeiten muss? Dann schafft man wirklich die Demokratie ab. Ministerpräsident Renzi, ein nicht gewählter Ministerpräsident, erdreistet sich, so eine Verfassungsreform durchzuführen! Das ist das Unglaubliche! Wir haben den dritten Ministerpräsidenten in Folge, der nicht gewählt worden ist! Und Renzi geht her und macht eine Verfassungsreform, die faschistoid ist! Das muss man in aller Deutlichkeit sagen. Im Vorfeld einen Vertrauensvorschuss zu geben, erschließt sich mir nicht.

Was die Autonomie selber anbelangt, ist das gesichert, was wir bis zum Jahr 1992 hatten. Das ist einklagbar. Was wir von dem, was nachher gekommen oder uns genommen worden ist, einklagen können, steht in den Sternen. Die Gerichtshöfe sind auch von den Nationalstaaten besetzt. Deshalb werden wir wenige Chancen haben. Heuer jährt sich zum 40. Mal der Abschluss der Helsinki-Akte. Was ist aus diesen geworden? Das wurde eigentlich alles mehr oder weniger vergessen. Verträge, deren Einhaltung nicht eingefordert wird, haben nicht mehr die Bedeutung, die sich eigentlich haben sollten. Wenn sich der Südtiroler Landtag gegen die Verfassungsreform ausspricht, dann erfüllt er eine Pflicht.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** La riforma è centralista, su questo non c'è dubbio, hanno ragione i colleghi, tanto è vero che non tutti i parlamentari sudtirolesi hanno votato a favore, c'è un parlamentare sudtirolese, che si chiama Florian Kronbichler, che ha votato contro e che su questo è stato molto criticato dai suoi colleghi della Volkspartei. Ci sono anche alcuni parlamentari del Partito Democratico che hanno votato contro, Walter Tocci, che è uno legato a tutta l'esperienza della regione e della città di Roma, Felice Casson che è uno legato a tutta l'esperienza della regione Veneto e Corradino Mineo, tutto il gruppo SEL alla Camera e al Senato ha votato contro, e noi voteremo no alla riforma costituzionale. Credo che la Volkspartei avrà delle difficoltà quando ci sarà il voto. Non so se voterete sì, perché non c'è dubbio che il Governo in questo momento abbia delle difficoltà, anche per il Partito Democratico credo ci siano delle difficoltà nelle regioni autonome. Io ho sentito il collega Bizzo più volte affermare che il Governo Renzi ha una tendenza centralista, per esempio quando si parlava della Convenzione per l'autonomia.

Noi voteremo no al referendum. Credo che ci sia stato un errore in Parlamento. Cerco di spiegare da cosa deriva. La situazione è molto difficile, non vorrei essere nei Suoi panni, presidente Kompatscher. Io credo che Lei faccia affidamento al rapporto di fiducia anche personale col presidente del Consiglio Renzi, l'asse del Partito Democratico con Renzi Lei lo vede come un elemento di garanzia. È una mia deduzione, e non la ritengo una strategia sciocca, se Lei pensasse questo, sarebbe fondato. Poi però c'è un "affaretto" peggiore di questo - lo ricordava prima Pius Leitner - che riguarda la legge elettorale. Con la legge elettorale che è collegata a questa norma costituzionale non ci potrà essere più un parlamentare diverso dai parlamentari della Volkspartei a Roma.

Noi voteremo il voto dei colleghi Knoll, Atz Tammerle e Zimmerhofer che mi pare interessante. È interessante, perché non è un voto di difesa dell'autonomia dell'Alto Adige a prescindere da tutto. Il collega Knoll dice che ci sono altre autonomie, io direi che ci sono tutte le regioni. Noi difendiamo le prerogative delle autonomie, naturalmente specialmente le autonomie speciali, ma credo che il disagio verso questa riforma sia diffuso in tutte le regioni d'Italia.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Man sieht, dass sich Südtirol mit diesem Staat wie in einem Hamsterrad befindet. Wir sind bald 100 Jahre bei diesem Staat dabei, und viele haben noch nicht gemerkt, dass wir ständig an der Nase herumgeführt werden. Wir müssen ständig um unsere Kompetenzen kämpfen, die uns dann Stück für Stück wieder genommen werden. Die letzte Verfassungsreform aus dem Jahr 2001 war relativ föderalistisch ausgerichtet, aber Südtirol hat trotzdem Kompetenzen verloren. Die Regierung in Rom und ihr Verbündeter, der Verfassungsgerichtshof, haben sich im Zweifelsfall immer gegen die Regionen ausgesprochen. Südtirol hat viele Kompetenzen verloren, beispielsweise in den Bereichen Handel, Handwerk, Jagd und Fischerei. Der Staat hat auch alleinige Zuständigkeit, was den Umweltschutz anbelangt, was soweit ausgedehnt wurde, dass in unsere primäre Kompetenz für die Bereiche Jagd und Fischerei hineingegriffen wird.

In den Regionen kam es zu haarsträubenden Skandalen. Deshalb ist es irgendwo verständlich, dass der Staat die Zügel wieder selbst in die Hand nehmen und eine zentralistische Verfassungsreform umsetzen will. Dem Staat wird eine sehr übergeordnete Rolle eingeräumt. In Artikel 117 Absatz 4 der Verfassung steht: "*Immer dann, wenn es die juristische und wirtschaftliche Einheitlichkeit der Republik oder das nationale Interesse erfordern, kann das Staatsgesetz in alle regionalen Zuständigkeiten eingreifen.*" Das ist schwerwiegend. Nehmen wir nur einmal

die öffentlichen Ausschreibungen her. Dort wird die Kompetenz des Staates erheblich ausgedehnt. Das haben wir ja erst bei der Ausschreibung der Behindertentransporte gesehen. Ein weiteres Beispiel sind strategische Infrastrukturen wie Wasserkraftwerke oder Eisenbahn. Wir sprechen ja davon, die Vinschger Bahn an Schweiz bzw. Österreich anzuschließen. Südtirol ist zwar für die Vinschger Bahn zuständig, aber ich frage mich, wie es in Zukunft ausschauen wird. Sobald die Anschlüsse hergestellt sind, wird es heißen: "Das sind strategische Infrastrukturen, die wir uns wieder zurückholen." Eine Schutzklausel sieht zwar vor, dass diese Beschränkungen auf die Sonderstatute nicht angewandt werden, aber ich glaube, dass die SVP in Rom diesem Neozentralismus nicht zustimmen sollte.

**STEGER (SVP):** Zunächst zwei grundsätzliche Dinge. Ich möchte in aller Form und mit aller Härte die Angriffe gegen die Südtiroler Volkspartei in Bezug auf ihren Verteidigungskampf in der Entwicklung der Autonomie zurückweisen. Seit vielen Jahrzehnten kämpfen wir dafür, dass unsere Autonomie gesichert und weiterentwickelt wird. Seit vielen Jahrzehnten bemühen wir uns im Verhandlungswege darum. Wir möchten verhandeln, solange das eine Möglichkeit ist. Dieser Weg hat uns bis heute Frieden und Wohlstand garantiert. Wir werden diesen Weg kompromisslos weitergehen und lassen uns nicht davon beirren, dass uns eine gewisse politische Seite vorwirft, dass wir massiver hineingehen und nicht den Verhandlungs-, sondern den Forderungsweg suchen sollten. Wir fordern über Verhandlungen. Es stimmt, dass es sich um eine zentralistische Verfassungsreform ist, die wir nicht wollen. Der Kollege Zimmerhofer hat von Neozentralismus gesprochen, den es schon länger gibt. Ich fühle ihn ganz besonders seit der Regierung Monti. Monti war der Erste, der neue zentralistische Tendenzen in die politische Diskussion gebracht hat. Diese zentralistische Tendenz spüren wir auch jetzt. Ich bin davon überzeugt, dass die Verfassungsreform für Italien nicht gut ist. Es gibt keinen Staat im wohlhabenden Europa, der zentralistisch geführt und auf der Höhe ist. Alle erfolgreichen Staaten sind Föderal-Staaten, und deshalb ist der Weg, den Italien geht, ein komplett falscher. Da stimmen wir Ihnen alle zu! Die wesentliche Frage ist, was die Aufgabe der Parlamentarier Südtirols in Rom ist. Unsere Aufgabe ist es, sicherzustellen, dass wir von den Entwicklungen, die in Italien derzeit leider Gottes im Gange sind, nicht betroffen sind. Wir gehen einen Weg der Vernunft, denn wir wollen uns absichern. Wir wollen sicherstellen, dass das in einem friedlichen Umfeld passieren kann und dass wir unsere Autonomie absichern können. Sicherungspakt heißt, dass wir Planungssicherheit haben. Ich möchte feststellen, dass man nicht immer zwei Ebenen verwechseln darf. Eines ist die verfassungsrechtliche Ebene, etwas anderes ist die völkerrechtliche Ebene. Bitte halten wir diese zwei Ebenen auseinander. Es ist einfach nicht so, dass die Verfassungsänderung die völkerrechtliche Absicherung und die Sicherheit in Südtirol schwächt. Wir haben dafür gekämpft, dass das Einvernehmen mit Südtirol garantiert sein muss. Es ist nicht eine Anpassung, sondern eine Überarbeitung des Autonomiestatutes. Die muss im Einvernehmen stattfinden. Wir werden natürlich nichts zustimmen, was uns schwächen kann. Das bedeutet, dass wir uns bei der Überarbeitung des Autonomiestatutes auch auf die Rolle Österreichs beziehen werden. Nachdem wir das erreicht haben, werden wir nicht gegen die Verfassungsreform stimmen. Das war das Verhandlungsergebnis, um das es uns gegangen ist. Wir sind Ihrer Meinung: Diese Verfassungsreform ist nicht nur schlecht, sondern falsch und wird Italien nicht weiterbringen, sondern weiter von dem entfernen, was europäischer Standard ist.

**KÖLLENSPERGER (Movimento 5 Stelle - 5 Sterne Bewegung - Moviment 5 Steiles):** Auch ich werde beide Anträge unterstützen. Es wurde schon genug über die Renzi-Reformen gesagt. Die Tendenz der Regierung einer zentralistischen Grundeinstellung wurde durch die Annahme des Tagesordnungsantrages von Ranucci noch einmal unterstrichen. Es ist mir klar, dass Südtirol nicht so ohne weiteres in eine Makro-Region gepackt wird. Davor wird uns die internationale Absicherung retten, aber dass die Regierung so einen Tagesordnungsantrag annimmt, ist immerhin ein politisches Zeichen. Ranucci kann sich herausreden, indem er sagt, dass er nicht Südtirol gemeint habe. Gleichzeitig hat er gemeinsam mit Morassut den vorliegenden Gesetzentwurf zu den Makro-Regionen unterzeichnet. Da wird Südtirol ganz explizit gemeinsam mit dem Veneto und dem Friaul in eine Makroregion gepackt und als Region mit Normalstatut bezeichnet.

Es ist auch klar, dass keine autonomiefreundliche Partei, schon gar nicht eine Minderheitenpartei diese zentralistische Reform im Geiste unterstützen kann. Ich verstehe, dass es nicht leicht ist, wenn man auf der einen Seite eine Schutzklausel im Einvernehmen heraushandelt, auf der anderen Seite aber trotzdem dagegen stimmen sollte. Wenn man aber dafür stimmt, dann unterstützt man das Prinzip dieser zentralistischen Reform, wenngleich wir uns mit der Schutzklausel über die Runden retten und uns das Prinzip des Einvernehmens vielleicht definitiv davor rettet, dass diese Reform in Südtirol jemals zur Anwendung kommt. Dann sorgt sie aber immerhin noch für

Stillstand, denn dann wird unser Autonomiestatut nicht mehr weiterentwickelt werden können, da jegliche Anpassung unterbunden werden wird.

Ich sehe auch, dass wir uns aufgrund der Tatsache, dass wir diesen schädlichen Reformen zustimmen, sukzessive auch in die Isolierung im römischen Parlament begeben, weil wir uns damit unter Autonomiefreunden keine besonderen Freundschaften heraushandeln.

Die nächsten Wahlen in Italien werden wahrscheinlich mit einem neuen Wahlgesetz, dem sogenannten Italicum, stattfinden. Es wird höchstwahrscheinlich nur mehr eine Kammer geben, in der der Gewinner der Wahlen 55 Prozent der Sitze haben wird. Die Südtiroler Parlamentarier werden in Rom überhaupt nichts mehr zu melden haben. Kein Mensch wird uns brauchen und uns um unsere Meinung fragen. Dann kann sich diese neue Mehrheit den Staatspräsidenten wählen und mit einfacher Mehrheit die Verfassung weiter ändern und weiter verschlechtern. All das wird schlussendlich auch gegen uns gehen. Wir werden eine Mitschuld haben, weil die Parlamentarier unserer Mehrheitspartei dieser zentralistischen Reform zugestimmt haben.

**BIZZO (Partito Democratico - Demokratische Partei):** È sicuramente vero che nella storia della Repubblica italiana il pendolo del regionalismo o del centralismo ha oscillato spesso in posizioni che andavano da un estremo favore nei confronti del regionalismo a momenti di estremo centralismo. Oggi sicuramente viviamo un periodo in cui il pendolo è in una posizione favorevole ad una posizione centralista dello Stato. Però voglio ricordare che le Province e regioni autonome nacquero nel 1948, nel momento probabilmente di maggiore centralismo dello Stato italiano e che le regioni ordinarie nacquero solamente 22 anni dopo, nel 1970. Questo per dire: attenzione a confondere centralismo con antiautonomismo. La visione centralista dello Stato in questo momento, dobbiamo ricordarci bene che deriva dal cattivo esempio che alcune regioni hanno dato della possibilità che era stata loro offerta con la riforma del Titolo V del 2001 di governare e di autogovernarsi. È stato il fallimento di quella riforma regionalista il vero senso federale che ha portato ad un'azione centralista oggi dello Stato, centralista che, ripeto, non significa antiautonomista. Lo dico anche a noi, perché difendere l'autonomia significa anche utilizzare la nostra autonomia non per difendersi dai processi di riforme in atto in questo momento su scala nazionale, ma usarla al meglio per fare prima e meglio ciò che avviene, e per anticipare le grandi trasformazioni che avvengono sul piano nazionale.

Detto questo, confermo che sicuramente in questo momento il maggiore e migliore alleato della nostra autonomia sul panorama nazionale è il Governo e anche la riforma che in questo momento avviene per quanto riguarda la seconda Camera, il Senato, credo che se invece che fermarci a discutere sul sistema di creazione del Senato ci fossimo più soffermati a discutere sui contenuti che dovrà avere la nuova Camera delle regioni, ebbene, credo che il regionalismo in Italia ne avrebbe tratto sicuramente giovamento.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** In questa sede, intervenire su un tema di questo tipo da parte mia è sempre molto difficile, perché rappresento una corrente di pensiero che non va molto di moda in questo momento, ma che è quella che non nega il principio del valore fondante rispetto al quale assolviamo anche al nostro compito, quello dell'autonomia quindi del governo del territorio da parte delle forze che responsabilmente qui hanno radicamento, ma appartengo a quella corrente di pensiero che non drammatizza le situazioni e che realisticamente posto di fronte ai dati di fatto con molta ragionevolezza e serenità di spirito. D'altronde uno dei due documenti che stiamo votando richiama agli accordi internazionali come fondamento di certezza del diritto del sistema dell'autonomia rispetto al quale anche le riforme che sono in itinere non possono intervenire nel senso di modificarne i valori e i contenuti fondamentali. A me spiace su questo di essere in sintonia, lo dico con un po' di ironia ovviamente, con il presidente della Giunta provinciale, ma è così. E allora a retorica autonomistica corrisponde la retorica antcentralista. Attenzione perché qui andiamo ad impantanarci in un dibattito che è solo utile e funzionale ad aumentare quel senso di inquietudine nelle comunità, quel senso di percezione di insicurezza verso il futuro. Questa riforma costituzionale, lo dico con una sorta di rammarico, non sarà capace di intervenire su alcuni gangli vitali del nostro sistema dell'autonomia che dovrebbero invece essere rivisti e corretti, che sono quelli per esempio dell'eccessiva divisione fra i gruppi linguistici a partire dal sistema della scuola, e delle eccessive rigidità. Su questo sarebbe auspicabile un intervento anche di rango costituzionale, ma non è possibile. Allora mi permetto di correggere anche linguisticamente alcune battute quando si è parlato di riforma centralista. Qui si parla di una riforma "Renzistica" o "Renzicentrica" nel senso dell'idea dell'uomo solo al comando. La riforma è funzionale ad attribuire a Renzi un potere assoluto, un'idea di uomo solo al comando che costruisce le istituzioni a sua immagine e somiglianza, la riforma elettorale a propria immagine e somiglianza! Questo dovrebbe preoccuparci, non l'influenza di tutto ciò sul sistema dell'autonomia che neanche minimamente sarà scalfito da questa riforma.

Detto questo, credo che un po' di autocritica il Centrodestra a livello nazionale dovrebbe farlo, perché é stato completamente assente da questo dibattito e questo credo vada detto con grande chiarezza. Io mi asterrò su questi due documenti perché sono ininfluenti rispetto a quello che ci sta accadendo attorno. Preoccupiamoci piuttosto di Renzi, non della sua riforma!

**PRÄSIDENT:** Bevor ich der Kollegin Atz Tammerle das Wort gebe, möchte ich alle TeilnehmerInnen des Lehrerseminars begrüßen.

Kollegin Atz Tammerle, bitte.

**ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Diese Entwicklungen sind gefährlich für Südtirol. Wir sind eine ethnische Minderheit in diesem Staat. Das muss klar sein, auch den Parlamentariern in Rom, unabhängig davon, welcher Partei sie angehören. Sie kämpfen für Südtirol und müssen sich dafür einsetzen, dass unsere Autonomie in keinsten Weise beschnitten wird. Leider ist von dem im Moment nicht viel zu merken. Im Gegenteil, es geht eher in die andere Richtung. Es ist seltsam, dass die Parlamentarier in Rom immer nur in eine Richtung, nämlich in Richtung Autonomie arbeiten. Man merkt von ihnen, dass etwas in Richtung Selbstbestimmung gehen würde. Wir haben diese Möglichkeit, aber in diese Richtung wird nie etwas getan. Deshalb ist es wichtig, bei der Überarbeitung des Autonomiestatutes aufzupassen. Man läuft Gefahr, dass die Autonomie verwässert wird und das Ganze nicht mehr so gut für Südtirol ausgeht, wie es bis jetzt der Fall war. Die Autonomie ist für uns sehr wichtig. Eine Zusammenlegung zu einer Region Triveneto kann für uns nur schlimm werden. Dann müssten wir als Minderheit noch mehr kämpfen, und zwar nicht nur auf staatlicher, sondern auch auf regionaler Ebene. Es ist also wichtig, dass man sich einsetzt und keinen Millimeter von der eigenen Position abrückt. Die Vergangenheit hat sehr oft gezeigt, dass uns der italienische Staat Südtirol zunächst eine Kompetenz gegeben hat, während er uns im Nachhinein zwei Kompetenzen genommen hat. Das kann nicht einfach unter den Teppich gekehrt werden. Das spüren auch die Leute in Südtirol. Diese Diskussion wird auch draußen geführt. Die Menschen spüren, dass uns immer mehr Kompetenzen genommen werden, dass sich der Staat immer mehr in Richtung Zentralismus entwickelt.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich dafür, dass Sie diese Anträge gestellt haben. Das gibt mir die Gelegenheit, einige Dinge richtigzustellen.

Es handelt sich um eine zentralistische Verfassungsreform. Darüber sind wir uns alle einig. Wir haben als Südtiroler Volkspartei von Anfang an erklärt, dass wir das für den falschen Weg halten. Das ist in Italien das übliche Pendel. Zuerst ist eine Sache das Wunderheilmittel, einige Jahre später dann das Gegenteil. Das wird auch in Zukunft immer so sein. Eines war aber schon zu beobachten. Als der erste Entwurf von Matteo Renzi in der Regionen-Konferenz vorgelegt worden ist, gab es keine Schutzklausel, sondern nur die zentralistische Reform. Es ist erklärt worden, dass das das Modell "Bundesrat" sei, obwohl vom Bundesrat nichts zu sehen war. Ich habe das auch gleich angemerkt. Der Senat ist keine Länderkammer. Auch diesbezüglich stimmen wir mit Ihnen überein. Ich habe die Regionen mit Normalstatut aufgefordert, uns gemeinsam vehement gegen diese Reform zur Wehr zu setzen, aber nichts hat sich gerührt. Auch nachdem man schon mit der Diskussion über die Artikel begonnen hatte, habe ich aufgefordert, man solle sich gegen die Streichung des Artikels 116 Absatz 3 wehren. Das betrifft nicht uns, sondern die Regionen mit Normalstatut. Das wäre die einzige Möglichkeit für sie gewesen, mehr Kompetenzen zu erhalten. Das war in der Verfassung vorgesehen, wurde aber nie umgesetzt, auch nicht in der sogenannten föderalistischen Phase Italiens. Unser Auftrag lautet nicht, die 60 Millionen Italiener mit einer vernünftigen Verfassung zu beglücken, wenn sie es nicht wollen. Deshalb müssen wir schauen, dass für Südtirol kein Schaden entsteht. Das war dann der Moment, in dem wir eine Schutzklausel für Südtirol gefordert haben. Diese Schutzklausel mussten wir erst verhandeln, denn sie war nicht vorgesehen. Die Verfassungsreform darf für die autonomen Regionen keine Gültigkeit haben. Das war schon damals meine Forderung, und einige Wochen später gab es dann eine politische Vereinbarung mit Ministerpräsident Renzi. In den Text kam zunächst der Begriff "Anpassung", woraufhin sofort der Hinweis kam, dass das noch abgeändert werden müsse. Es ist dann auch abgeändert worden, und zwar mit dem Einvernehmensprinzip, im Gegensatz zur Schutzklausel aus dem Jahr 2001, die es uns nicht ermöglicht hat, den Kompetenzen-Katalog neu zu schreiben. Das ist das einzige Mittel gegen die Rechtsprechung des Verfassungsgerichtshofes. Beschnitten hat uns in den letzten Jahrzehnten – seit 1972 – der Verfassungsgerichtshof. Die Jagd ist das beste Beispiel. Der Verfassungsgerichtshof hat gesagt, dass die Anlage B unseres Gesetzes Gegenstand einer grundsätzlichen wirtschaftlich-sozialen Reform des Staates sei, weshalb wir,



obwohl wir im Bereich der Jagd primäre Kompetenz haben, nicht davon abweichen dürfen. Das ist also kein neues Problem, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wie löst man so etwas? Wir könnten vorschlagen, in der Verfassungsreform zu verankern, dass der Verfassungsgerichtshof für Südtirol keine Zuständigkeit hat? Das wird nicht gehen. Also ist das einzige Mittel, um dem Verfassungsgerichtshof einen Riegel vorzuschieben, jenes, den Kompetenzen-Katalog neu zu schreiben. Das Paradoxe an der ganzen Geschichte ist, dass diese zentralistische Verfassungsreform des Herrn Renzi für uns die Gelegenheit ist, das zu machen, weil wir jetzt eine Schutzklausel haben und wir nicht riskieren, dass sich das Ganze gegen uns wendet. Es kann nur eine Abänderung im Einvernehmen geben, und deshalb bietet sich jetzt die Gelegenheit, das Ganze neu zu schreiben. Das ist die Chance! Ich habe Ministerpräsident Renzi auch immer gesagt, dass das Ganze nur unter Einbeziehung Österreichs geschehen kann, damit wir den Schutz aus dem Jahr 1992 endlich auch auf das ausdehnen können, was wir danach erhalten haben. Frau Kollegin Atz Tammerle, es stimmt nicht, dass es immer rückwärts gegangen ist. Vergleichen Sie! Wir hatten im Jahr 1992 keine Zuständigkeit für die Straßen. Auch die Lehrer waren damals noch nicht beim Land. Wir hatten keine Zuständigkeit für den Bereich der Großwasserableitungen. Wir haben die Konzessionen erteilt und das zugegebenermaßen schlecht gemacht, aber das ist nicht die Schuld des Staates. Dass die Finanzregelung das Ganze endlich auch unter den bilateralen Schutz hebt, ist das Ziel. Kollege Achammer und ich werden in einigen Tagen in Wien sein, um mit dem Bundespräsidenten, dem Bundeskanzler, dem Außenminister und dem Vizekanzler darüber zu sprechen. Das ist das Thema und das ist auch die Strategie, die dahinter steckt. Deshalb bedanke ich mich nochmals für die Gelegenheit, das klar aufzuzeigen. Man kann nicht eine Schutzklausel verhandeln und dann sagen: "Ich bin dagegen!" Wir stimmen nicht der zentralistischen Reform zu, sondern der Tatsache, dass sie für uns nicht gilt. Das ist bei jeder Abstimmungserklärung deutlich gesagt worden. Das Argument, dass ein Verfassungsrichter sagen könnte "Ja, aber Ihr habt ja zugestimmt", ist kein rechtliches Argument. Dasselbe gilt in Bezug auf die Verwechslung der Ebenen. Bis auf Gegenbeweis sind die Parlamentarier in Rom keine Völkerrechtssubjekte. Dieser Vertrag ist zwischen Österreich und Italien abgeschlossen worden. Deshalb bitte nicht mit dieser rechtlichen Argumentation kommen, sondern, wennschon, mit einer politischen. Die politische Argumentation ist klar. Wir halten die Verfassungsreform für den falschen Weg und haben das auch klar gesagt. Wir stimmen der Tatsache zu, dass das für Südtirol nicht gilt. Für Südtirol ist ein Weg aufgezeigt, mit dem wir die Kompetenzen endlich neu und sauber schreiben und uns somit vor dem Verfassungsgerichtshof besser absichern können. Gleichzeitig haben wir auch den Weg aufgezeigt, zusätzliche Kompetenzen zu erhalten, eine Möglichkeit, die wir bisher nicht hatten. Wir werden das selbstverständlich nur gemeinsam mit der Republik Österreich machen. Wir wissen, was wir tun. Ich ersuche auch darum, bei der Lektüre der Zeitungsartikel jene, die zitiert worden sind – beispielsweise Professor Obwexer -, zu befragen, was sie wirklich kommuniziert haben.

Wir sind gegen die Annahme dieser Anträge, weil wir eine klare Strategie haben und im Verhandlungswege die Kehrtwende schaffen können, paradoxerweise. Wir können im Einvernehmen endlich dort Hand anlegen, wo uns der Verfassungsgerichtshof Probleme gemacht hat. Ich bin davon überzeugt, dass Österreich diesen Weg mit uns gehen wird. Auch bisher sind alle Schritte immer in engster Abstimmung mit unserer Schutzmacht Österreich gesetzt worden.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Herr Landeshauptmann, wissen Sie, was uns österreichische Parlamentarier im Nationalrat zur Verfassungsreform erklärt haben? "Das ist uns schnurzegal. Das ist eine inneritalienische Angelegenheit und wir werden uns sicher nicht in solche Angelegenheiten einmischen!" Das zum einen.

Ich glaube, dass Südtirol im Augenblick zu viel Schwäche gegenüber Rom zeigt. Es muss mehr Stärke zeigen. Wir sind im ständigen Zurückweichen, und ich halte es für einen absoluten Wahnsinn, dass man einer zentralistischen Verfassungsreform eines Staates zustimmt, vor dem wir ständig zurückweichen. Als Jurist sollten Sie, Herr Landeshauptmann, wissen, welche Entscheidungen das Verfassungsgericht unter der Monti-Regierung gegen Südtirol getroffen hat. Das Verfassungsgericht schert sich einen Kehricht um unsere Autonomie! Das müssen Sie doch wissen! Die zentralistische Verfassungsreform wird dem Verfassungsgericht noch mehr Instrumentarien in die Hand geben, um gegen uns vorzugehen. Solange keine Revision des Autonomiestatutes vorgenommen wird, wird der Buchstabe des Artikels 117 und des Artikels 120 der neuen Verfassung im weitesten Sinne nicht auf uns anwendbar sein. Der Geist der neuen Verfassung wird aber sehr wohl auch in der Rechtsprechung anwendbar sein. Und noch etwas ist ganz klar zu sagen: Das Einvernehmen gilt nur solange, bis die Übergangsklausel erfüllt ist. Danach gibt es kein Einvernehmen mehr. Gerade die Südtiroler Volkspartei hat im Jahr 2006 gegen eine Verfassungsreform gestimmt, die ein Veto-Recht für den Südtiroler Landtag vorgesehen hätte.



**KOMPATSCHER (SVP):** *(unterbricht)*

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Das Einvernehmen ist keine dauerhafte Einrichtung, sondern eine Übergangsklausel, die nur bis zur Revision des Autonomiestatutes gilt. Alle haben Recht behalten, die gesagt haben, dass das Anpassen gefährlich sei. Das habt Ihr hier im Landtag bestritten. Erst in letzter Lesung im Senat habt Ihr bestätigt, dass wir mit dieser Kritik Recht hatten. Dann erst wurden die Änderungsanträge eingebracht. Eines ist für mich auch klar. Kollege Steger hat gemeint, dass man den Weg der Verhandlungen kompromisslos weitergehen würde. Ich würde das mit "wir werden den Weg der Kompromisse kompromisslos" weitergehen übersetzen. Das ist ja der Widerspruch in sich! Das ist eine beständige Vorgangsweise, in der wir in der Defensive sind und zurückweichen und im Prinzip einem Staat ausgeliefert sind, der morgen auf uns pfeifen wird. Eines hat der Kollege Köllensperger ja schon angesprochen: Es wird keine zweite Kammer mehr geben, in der möglicherweise unklare Mehrheitsverhältnisse herrschen. Eure Parlamentarier haben das letzte Mal die Möglichkeit gehabt, mit der Autonomiegruppe diese Regierung, die diese zentralistische Verfassungsreform vorantreibt, über die Klinge hüpfen zu lassen. Das wäre die Aufgabe der Südtiroler Parlamentarier gewesen. Der Kollege Dello Sbarba hat richtigerweise gesagt, dass der Abgeordnete Kronbichler dagegen gestimmt hat. Das wäre die Aufgabe gewesen, das heißt, mit der Autonomiegruppe bei den unklaren Mehrheitsverhältnissen im Senat die Regierung Renzi über die Klinge hüpfen zu lassen. Ihr seid nicht die Stabilisatoren für den Zentralstaat Italien. Ihr hättet mithelfen müssen, diesen Staat zu destabilisieren! Wir wissen ganz genau, wie knapp die Mehrheitsverhältnisse im Senat derzeit sind. Ich bin der felsenfesten Überzeugung, dass es die Pflicht des Südtiroler Landtages ist, zu sagen: "Wir sind gegen diese zentralistische Verfassungsreform!" Es sollte wenigstens eine klare institutionelle Stimme aus Südtirol geben, die gegen diese Verfassungsreform ist. Morgen wird es mit dem neuen Wahlgesetz in Rom eine einzige Kammer mit einer überwältigenden Mehrheit geben, in der die Südtiroler Parlamentarier keine Rolle mehr spielen werden.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich bin erschreckt, mit welcher Ignoranz und Selbstbelügung den Südtirolern die Verfassungsreform als Erfolg verkauft wird. Hier wird so getan, als ob diese zentralistische Verfassungsreform ein Segen für Südtirol wäre. Wir sind soweit gekommen, dass wir vor lauter Bäumen nicht mehr den Wald sehen! Sie verteidigen den Staat und eine Verfassung, der uns unserer Rechte beraubt! Das können Sie schönreden, wie lange Sie wollen. Der Tag der Wahrheit ist gekommen! Sie werden Zeugnis ablegen müssen: Sind Sie für ein zentralistisches Italien? Stimmen Sie einer zentralistischen Reform des italienischen Staates zu? Ja oder Nein? So einfach ist es, Herr Landeshauptmann! Da können Sie darüber hinwegfahren; das nützt Ihnen gar nichts! Die Bevölkerung hat Sie längst durchschaut. Der ehemalige Landeshauptmann hatte noch Stärken! Sie zeigen nur noch Schwäche, wenn es um Verhandlungen mit Rom geht! Deshalb, Herr Landtagspräsident, ersuche ich um eine getrennte Abstimmung über die drei Punkte des beschließenden Teiles. Außerdem ersuche ich um namentliche Abstimmung. Jeder soll Zeugnis darüber ablegen, wie er zum italienischen Staat und zu dieser Verfassungsreform steht. Machen wir uns selbst zum Totengräber der Demokratie und der Autonomie und stimmen dieser Verfassungsreform zu oder zeigen wir ein klares Zeugnis für mehr Demokratie und für die autonomen Rechte der Südtiroler? Wir sind nicht das Anhängsel der Parlamentarier in Rom. Der Südtiroler Landtag hat die Souveränität, selbst darüber zu entscheiden, ob wir die Verfassungsreform für gut befinden oder nicht. Sehr viele Parteien im Südtiroler Landtag sind der Meinung, dass diese Verfassungsreform nicht zu verantworten wäre. Wenn Sie hergehen und sagen, dass Sie das verantworten können und diese zentralistische Verfassungsreform unterstützen, dann tun Sie das bitte, aber Sie werden die Verantwortung dafür tragen müssen. Sie brauchen mir nicht mit einer Schutzklausel zu kommen! Wir werden nicht einmal mehr von der Landesregierung informiert, sondern müssen die Informationen vom österreichischen Konsulat in Wien bekommen. Mir graut davor, wenn Sie demnächst nach Wien fahren und dem Bundespräsidenten oder wem auch immer ein Loblied auf die italienische Verfassungsreform singen.

**KOMPATSCHER (SVP):** *(unterbricht)*

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Nicht Sie entscheiden, wann es reicht, Herr Landeshauptmann, denn ich habe die Souveränität, selbst eine politische Meinung zu äußern und muss mich nicht von Ihnen bevormunden lassen, genauso wenig vom Kollegen Steger! Es mag sein, dass Ihnen diese demokratische Regel fremd ist, aber jeder Abgeordnete hat im Landtag das Recht, sich frei zu äußern. Sie haben das Recht, den Staat und diese Verfassung zu verteidigen! Ich werde mich mit jeder Faser meines Körpers dagegen wehren, weil ich glaube, dass es

fahrlässig ist gegenüber unserer Geschichte, gegenüber unserer Tradition, aber vor allem gegenüber unserer Zukunft, dass wir uns daran beteiligen, dass sich der italienische Staat eine Verfassung gibt, die die Rechte der Bevölkerung beschneidet. Wir haben nichts von dieser Verfassungsreform zu erwarten, außer Negatives! Wir geben uns der Gefahr hin, ein Autonomiepaket aufzuschnüren, unter der Federführung eines Abgeordneten, der in der letzten Tagen in aller Öffentlichkeit gezeigt hat, wohin die Reise mit dem italienischen Staat geht. Die Minderheiten sollen sich dem Staatsvolk anpassen. Das ist ganz klar in den "Bozner Erklärungen" so festgeschrieben, und dem können wir nicht zustimmen. Wenn das der Rahmen ist, dem sich die Autonomie in dieser Verfassung anpassen soll, dann sage ich gute Nacht für unsere Volksgruppe. Mit dieser Politik, die Sie hier betreiben, bleibt nichts mehr übrig! Sie machen Tabula rasa und gehen nicht einen Weg der Kompromisse, sondern fahren, wenschon, kompromisslos gegen die Wand!

Herr Landeshauptmann, wenn man zu einem politischen Argument nichts mehr zu sagen hat, dann lacht man eben darüber. Das mag Ihre Argumentation hier im Landtag sein, aber eines muss klar sein: Stimmen der Warnung müssen wahrgenommen werden! Wenn Sie diese nicht mehr wahrnehmen und nicht bereit sind, Verantwortung für unser Land zu übernehmen, dann muss das der Südtiroler Landtag tun. Deshalb ersuche ich alle Abgeordneten, die der Meinung sind, dass dieser Antrag ein Beitrag dafür ist, dass der italienische Staat sieht, dass wir nicht damit einverstanden sind, dass eine Verfassung installiert wird, die uns unserer Grundrechte beraubt, um Zustimmung. Der Rest soll dagegen stimmen!

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** In persönlicher Angelegenheit, nachdem Sie mich als Ignoranten bezeichnet haben, darf ich dazu Stellung nehmen. Es ist nicht legitim, dass Sie eine Interpretation unseres Abstimmungsverhaltens abgeben. Die geben wir schon selber. Wir stimmen nicht der zentralistischen Reform zu, sondern wir stimmen ihrer Vorgangsweise und ihrer Art, Politik zu machen, zu. Wenn Sie über Verantwortung in diesem Land reden, so ist es die Südtiroler Volkspartei, die die Verantwortung in diesem Land getragen hat und die dafür verantwortlich ist, dass mehrere Volksgruppen zusammenleben, dass es Wohlstand gibt und wir zum Modellfall in Europa und darüber hinaus geworden sind. Diese Verantwortung haben wir getragen, und zwar immer im Verhandlungswege! Deshalb lassen wir uns sicher nicht von Ihnen erklären, wer Verantwortung übernimmt und Verantwortung trägt. Wir wissen, was wir tun; sie scheinen, es nicht ganz zu wissen. Sie tun eines: Sie verunsichern die Menschen mit Ihrer Demagogie und behaupten Sachen, die schlichtweg falsch sind.

In persönlicher Angelegenheit auch noch zur Kommunikation mit Wien. Das Generalkonsulat in Mailand ist der offizielle von Wien vorgeschlagene Weg der Kommunikation. Wir machen es immer doppelt, das heißt mit dem Generalkonsulat in Mailand und mit dem Bundesministerium für Äußeres. Wenn Herr Gahr gesagt hat, dass er sich genügend informiert fühle, dann ist das eines. Die Ministerien, die Regierung und der Bundespräsident sind ständig informiert. Bitte hören Sie mit diesen falschen Tatsachen auf! Wir tragen Verantwortung für dieses Land und wissen, was der nächste Schritt ist. Wenn Sie behaupten, wir würden dagegen stimmen und damit irgendetwas lösen ... Im Übrigen waren es 178 Stimmen, Herr Pöder.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** *(unterbricht)*

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Sie können nicht rechnen! Die Verfassungsreform wäre in erster Lesung mit 130 Stimmen durchgegangen. Wir hätten 60 bis 70 Stimmen haben müssen. Informieren Sie sich!

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** Sull'ordine dei lavori. Stamattina abbiamo approvato un regolamento di cui forse vi siete già dimenticati, che riguarda il comportamento in aula, dove si parlava delle cravatte. Raramente mi è capitato di assistere ad una scena come quella di oggi: rumori in aula da parte della maggioranza contro la minoranza politica. Io non ero d'accordo neanche su una parola di quanto ha detto il consigliere Knoll, mentre invece ero molto d'accordo su quanto ha detto il presidente Kompatscher poco fa, non tutto evidentemente, però non voglio entrare nel merito, come ha fatto il presidente Kompatscher intervenendo per fatto personale. Io dico solo che abbiamo assistito ad una scena paradossale con una fortissima aggressione in aula nei confronti di colleghi che intervengono. Io difendo il diritto di esprimere le proprie opinioni, lo difendo anche quando riguarda me stesso. Nessuno interviene mai quando c'è bisogno di difendere la mia voce perché è l'unica in questo Consiglio, io lo faccio nei confronti di colleghi che invece sono stati aggrediti nel corso dell'intero intervento da continue interruzioni che non corrispondono a quel codice di comportamento al quale pure ci siamo ispirati questa mattina nell'approvare il documento.

Presidente, volevo richiamarLa su questo perché capisco che sono state dette delle grandi cose, anche delle grandi panzane, ma le panzane appartengono alla libertà di espressione, e io le difendo. Dopodiché assumo la responsabilità, quella a cui si è richiamato il presidente Kompatscher, per ribadire le mie posizioni, però quando c'è un intervento su un tema non si può aprire un nuovo dibattito. Quindi non intervengo nel merito della questione, ma non dovrebbe intervenire nessuno né dovrebbe essere permesso di intervenire dopo l'ultimo intervento di replica.

**PRÄSIDENT:** Danke für Ihren Hinweis, Kollege Urzì. Wir werden das ernst nehmen und in Zukunft darauf achten. Ich ersuche aber auch Sie, bei Stellungnahmen in persönlicher Angelegenheit nicht in den sogenannten "merito" zu rutschen.

Kollege Pöder, bitte.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich bedanke mich beim Kollegen Urzì für seine Wortmeldung, denn wir wurden tatsächlich dauernd unterbrochen. Allerdings komme ich nicht umhin festzustellen, dass es eine interessante Koalition ist: Kollege Urzì und die Südtiroler Volkspartei verteidigende Regierung Renzi. Das ist eine Sterstunde der Südtirol-Politik!

Ich beantrage eine getrennte Abstimmung meines Antrages: Ein erster Block Prämissen und Punkte 1 und 2 des beschließenden Teiles, ein zweiter Teil Punkte 3 und 4 des beschließenden Teiles. Außerdem beantrage ich die namentliche Abstimmung.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich möchte zur Geschäftsordnung reden. Ich schicke voraus, dass in der Geschäftsordnung nicht steht, wie wir Abgeordnete und die Mitglieder der Landesregierung mit persönlichen Befindlichkeiten umzugehen haben. Ich möchte aber darum ersuchen, nicht so empfindlich zu reagieren, auch wenn es einmal ein bisschen härter hergeht. Wenn in persönlicher Angelegenheit gesprochen wird, dann soll diese ganz genau begründet und auch wirklich in persönlicher Angelegenheit gesprochen und nicht auf andere Meinungen repliziert werden. Herr Präsident, ich ersuche Sie wirklich, genau darauf zu achten, denn es passiert sehr häufig, dass die Wortmeldung in persönlicher Angelegenheit missbraucht wird, um dem politischen Mitbewerber, der eine andere Meinung vertritt, eine zu zünden. Das kann es nicht sein!

**PRÄSIDENT:** Danke, Kollegin Mair! Sie haben sicher oft Recht, aber nicht immer. Wenn Sie einverstanden sind, dann würde ich vorschlagen, dass wir ab nun die Begründung für eine Wortmeldung in persönlicher Angelegenheit nachfragen.

Kollege Knoll, bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** In persönlicher Angelegenheit.

**PRÄSIDENT:** Worin besteht die persönliche Angelegenheit?

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** nachdem mich der Landeshauptmann protokollarisch nachweisbar als jemanden hingestellt hat, der nicht die Wahrheit sagt und ein Demagoge ist, ist es schon eine persönliche Angelegenheit.

**PRÄSIDENT:** Bitte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich möchte noch einmal betonen, dass ich den Landeshauptmann nicht als Ignoranten bezeichnet habe. Es ist schon ein bisschen verwunderlich, wenn er in persönlicher Angelegenheit spricht und mich beleidigt. Ich habe Sie nie als Ignoranten bezeichnet, Herr Landeshauptmann, sondern gesagt, dass es eine ignorante Diskussion ist, die hier geführt wird. Wir sollten uns hier politisch begegnen, denn derartige Beleidigungen bringen uns keinen Schritt weiter. Wir brauchen politische Diskussionen! Sie lachen schon wieder, aber ich sage Ihnen ehrlich, dass das eine Beleidigung ist. Die muss ich mir nicht gefallen lassen, und es entspricht auch nicht Ihrer Würde, so etwas hier im Landtag zu tun. Ich ersuche Sie also, das in Zukunft zu unterlassen.

Noch eine Präzisierung zum Fortgang der Arbeiten. Nachdem es sich ein Mal um einen Beschlussantrag und ein Mal um einen Begehrensantrag handelt, wird getrennt abgestimmt.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich bin keine Mimose, ... Ich möchte nur darum bitten, in Punkt 1 eine Korrektur vorzunehmen. In der Verfassungsreform steht nicht "Anpassung", sondern "Überarbeitung". Deshalb bitte ich darum, das auch im Beschlussantrag so zu korrigieren.

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.  
Kollege Steger, bitte.

**STEGER (SVP):** Ich ersuche um eine getrennte Abstimmung über einen Teil des Punktes 3 des beschließenden Teiles des Antrages des Kollegen Pöder, und zwar über die Worte "alle möglichen Mittel gegen die Genehmigung dieser Verfassungsreform zu unternehmen und gleichzeitig".

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** A questo punto chiedo la votazione separata di tutti i paragrafi dei due documenti, perché siamo al ridicolo!!!

**PRÄSIDENT:** In Ordnung.  
Kollege Urzi, es muss immer ein sich abgeschlossener Teil sein. Wenn satzweise abgestimmt wird, so kann das nicht Sinn der Sache sein.

**URZI (L'Alto Adige nel cuore):** *(unterbricht)*

**PRÄSIDENT:** Wenn ein Absatz grundsätzlich gut ging, ohne zwei Worte, so wurde so abgestimmt. Das war sehr oft die Praxis in der Aula. Es handelt sich immer um einen zusammenhängenden Teil. Wenn Sie aber ohne irgendwelche Logik vorschlagen, über jeden Satz abzustimmen, dann kann ich Ihnen nicht zustimmen.

Ich fasse kurz zusammen.

Wir kommen zur Abstimmung nach getrennte Teile und namentlichen Abstimmung, wie von den Abgeordneten Pöder, Knoll und Steger beantragt ist.

Beschlussantrag Nr. 345/15:

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 11 Ja-Stimmen, 21 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. 35 anwesende Abgeordnete, 33 abstimmende Abgeordnete, 2 nicht abstimmende Abgeordnete (Artioli, Bizzo).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Blaas, Knoll, Köllensperger, Leitner, Mair, Oberhofer, Pöder, Stocker S., Tinkhauser, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Widmann, Wurzer.

Folgender Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten: Urzi.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 1 des beschließenden Teils:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Genehmigt mit 30 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung. 35 anwesende Abgeordnete, 32 abstimmende Abgeordnete, 3 nicht abstimmende Abgeordnete (Artioli, Bizzo, Köllensperger).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Achammer, Amhof, Atz Tammerle, Blaas, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Hochgruber Kuenzer, Knoll, Kompatscher, Leitner, Mair, Mussner, Noggler, Oberhofer, Pöder, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Stocker S., Theiner, Tinkhauser, Tommasini, Tschurtschenthaler, Widmann, Wurzer, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Heiss.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Bizzo, Urzi.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 2 des beschließenden Teils:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Genehmigt mit 32 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung. 35 anwesende Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete, 1 nicht abstimmende Abgeordnete (Artioli).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Achammer, Amhof, Atz Tammerle, Blaas, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Hochgruber Kuenzer, Knoll, Kompatscher, Köllensperger, Leitner, Mair, Mussner, Noggler, Oberhofer, Pöder, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Stocker S., Theiner, Tinkhauser, Tommasini, Tschurtschenthaler, Widmann, Wurzer, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Bizzo.

Folgender Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten: Urzi.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 3 des beschließenden Teils, ohne den Satz: "alle möglichen Mittel gegen die Genehmigung dieser Verfassungsreform zu unternehmen und gleichzeitig"; "a fare tutto il possibile per contrastare l'approvazione di questa riforma costituzionale e nel contempo continuare":

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Genehmigt mit 31 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung. 35 anwesende Abgeordnete, 33 abstimmende Abgeordnete, 2 nicht abstimmende Abgeordnete (Artioli, Kompatscher).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Achammer, Amhof, Atz Tammerle, Blaas, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Hochgruber Kuenzer, Knoll, Köllensperger, Leitner, Mair, Mussner, Noggler, Oberhofer, Pöder, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Stocker S., Theiner, Tinkhauser, Tommasini, Tschurtschenthaler, Widmann, Wurzer, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Bizzo.

Folgender Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten: Urzi.

Ich eröffne die Abstimmung über den Satz des Punktes 3: "alle möglichen Mittel gegen die Genehmigung dieser Verfassungsreform zu unternehmen und gleichzeitig"; "a fare tutto il possibile per contrastare l'approvazione di questa riforma costituzionale e nel contempo continuare":

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 11 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. 35 anwesende Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete, 1 nicht abstimmende Abgeordnete (Artioli).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Blaas, Knoll, Köllensperger, Leitner, Mair, Oberhofer, Pöder, Stocker S., Tinkhauser, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Bizzo, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Widmann, Wurzer.

Folgender Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten: Urzi.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 4 des beschließenden Teils:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 14 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. 35 anwesende Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete, 1 nicht abstimmende Abgeordnete (Artioli).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Blaas, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Knoll, Köllensperger, Leitner, Mair, Oberhofer, Pöder, Stocker S., Tinkhauser, Zimmerhofer.



Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Bizzo, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Widmann, Wurzer.

Folgender Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten: Urzi.

Begehrensantrag Nr. 49/15:

Ich eröffne die Abstimmung über die Prämissen.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 11 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 4 Stimmenthaltungen. 35 anwesende Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete, 1 nicht abstimmende Abgeordnete (Artioli).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Blaas, Knoll, Köllensperger, Leitner, Mair, Oberhofer, Pöder, Stocker S., Tinkhauser, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Bizzo, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Widmann, Wurzer.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Urzi.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 1 des beschließenden Teils:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 14 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. 35 anwesende Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete, 1 nicht abstimmende Abgeordnete (Artioli).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Blaas, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Knoll, Köllensperger, Leitner, Mair, Oberhofer, Pöder, Stocker S., Tinkhauser, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Bizzo, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Widmann, Wurzer.

Folgender Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten: Urzi.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 2 des beschließenden Teils:

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Abgelehnt mit 14 Ja-Stimmen, 19 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung. 35 anwesende Abgeordnete, 34 abstimmende Abgeordnete, 1 nicht abstimmende Abgeordnete (Artioli).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Atz Tammerle, Blaas, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Knoll, Köllensperger, Leitner, Mair, Oberhofer, Pöder, Stocker S., Tinkhauser, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben mit Nein gestimmt: Achammer, Amhof, Bizzo, Deeg, Hochgruber Kuenzer, Kompatscher, Mussner, Noggler, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Theiner, Tommasini, Tschurtschenthaler, Widmann, Wurzer.

Folgender Abgeordneter hat sich der Stimme enthalten: Urzi.

Ich eröffne die Abstimmung über den Punkt 3 des beschließenden Teils.

*(Namentliche Abstimmung mit elektronischer Abstimmung –  
Votazione per appello nominale con procedimento elettronico)*

Genehmigt mit 31 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen. 35 anwesende Abgeordnete, 33 abstimmende Abgeordnete, 2 nicht abstimmende Abgeordnete (Artioli, Tommasini).

Folgende Abgeordnete haben mit Ja gestimmt: Achammer, Amhof, Atz Tammerle, Blaas, Deeg, Dello Sbarba, Foppa, Heiss, Hochgruber Kuenzer, Knoll, Köllensperger, Kompatscher, Leitner, Mair, Mussner, Noggler,

Oberhofer, Pöder, Renzler, Schiefer, Schuler, Steger, Stirner, Stocker M., Stocker S., Theiner, Tinkhauser, Tschurtschenthaler, Widmann, Wurzer, Zimmerhofer.

Folgende Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten: Bizzo, Urzi.

Wir kommen zum Punkt 9 der Tagesordnung, Beschlussantrag Nr. 410/15. Wir warten auf die Übersetzung eines Änderungsantrages, somit setzen wir die Behandlung aus.

Punkt 10 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 431/15 vom 14.7.2015, eingebracht von den Abgeordneten Leitner, Blaas, Mair, Oberhofer, Stocker S. und Tinkhauser, betreffend Registergebühren zwecks Anmerkung einer Sozialbindung – Warum zwei Mal zahlen?"**

Punto 10 all'ordine del giorno: **"Mozione n. 431/15 del 14/7/2015, presentata dai consiglieri Leitner, Blaas, Mair, Oberhofer, Stocker S. e Tinkhauser, riguardante l'imposta di registro per l'annotazione del vicolo sociale - perché pagare due volte?"**

*Registergebühren zwecks Anmerkung einer Sozialbindung – Warum zwei Mal zahlen?*

*Bürger, die für den Wohnkauf einen Landesbeitrag erhalten, müssen für die Anmerkung der Sozialbindung einen entsprechenden Betrag für Registergebühren bezahlen. Allerdings müssen diese Bürger nun mit Verwunderung feststellen, dass sie nach Bezahlung des Betrages für die Registergebühren vom Amt für Wohnbauprogrammierung einen weiteren Brief erhalten, womit sie zur Zahlung von weiteren 200 Euro aufgefordert werden.*

*Die Landesregierung begründet die zusätzliche Forderung mit einer Entscheidung und Anordnung der Agentur für Einnahmen, der sich die Abteilung Wohnungsbau fügen müsse. Dazu schrieb Landesrat Christian Tommasini auf eine entsprechende Nachfrage Folgendes:*

*Am 16. April 2015 hat Frau Dr. Marra von der Agentur für Einnahmen dem Amt für Wohnbauprogrammierung Folgendes mitgeteilt: 'La tassazione dei decreti della Provincia di annotazione del vincolo sociale e di cancellazione del diritto di ipoteca e del vincolo sociale non possono essere tassati beneficiando dell'agevolazione di cui all'articolo 32 del DPR n. 601/1973, come richiesto da codesta Provincia nei citati atti, alla luce delle note sentenze della Corte di Cassazione' und außerdem '(...) non può applicarsi l'agevolazione di cui all'articolo 32, atteso che l'ordinanza della Cassazione Civile 20128/2011 e la sentenza della Cassazione 25171/2013 hanno stabilito che l'art. 32, comma 2 del DPR n. 601/1973 si applicano solo agli atti ed ai contratti relativi all'attuazione dei programmi di edilizia residenziale previsti al titolo IV della legge n. 865/1971, affidati a istituti autonomi, cooperative edilizie, società con prevalente partecipazione statale, con esclusione di qualsiasi altro programma, sia pure introdotto da altro ente pubblico'.*

*Aufgrund dieser Mitteilung war/ist das zuständige Amt verpflichtet, die zusätzlichen Gebühren für die Registrierung zu verlangen, auch um zu vermeiden, dass die Gesuche der Bürger – und somit auch Ihr Gesuch – abgelehnt werden, welches einen zusätzlichen Zeit- und Geldverlust auf Kosten des Bürgers zur Folge gehabt hätte.*

*Auch ist anzumerken, dass das Amt für Wohnbauprogrammierung Ihrerseits das eingezahlte Modell F23 am 31.3.2015 erhalten hat und bereits 2 Wochen danach die Mitteilung der Agentur für Einnahmen einging. Selbstverständlich fallen im Amt auch gewisse Bearbeitungszeiten an, welche auch aufgrund der Vielzahl an Gesuchen – die in chronologischer Reihenfolge zu bearbeiten sind – herühren. Jedenfalls konnte das Amt aufgrund der in der Zwischenzeit eingegangenen Mittelung der Agentur für Einnahmen nicht mehr planmäßig vorgehen.*

*Nach Ihrer Beschwerde bei der Volksanwältin hat das Amt für Wohnbauprogrammierung prompt die Agentur für Einnahmen aufgefordert, Ihre Fragen zu beantworten, aber leider warten auch wir bis dato auf eine klare und endgültige Stellungnahme (über diese für den Förderungsempfänger so kostspielige Lage).*

*Wir können nur bekräftigen, dass die Abteilung Wohnungsbau lediglich aufgrund der erhaltenen Anweisungen gehandelt hat, und wir nach wie vor bestrebt sind, die BürgerInnen so wenig wie möglich finanziell zu belasten.*

*Wie Sie warten auch wir auf eine definitive Antwort seitens der Agentur für Einnahmen."*

*Dies vorausgeschickt und festgestellt, dass die Belastung für Bürger beim Wohnkauf bereits hoch ist und jede zusätzliche Gebühr unangemessen erscheint,*

● ● ● ● ● ● ● ●  
 verpflichtet  
 der Südtiroler Landtag  
 die Landesregierung,

1. mit Nachdruck bei der Agentur für Einnahmen eine baldige Klärung zu erwirken, um für die Bürger die notwendige Rechtssicherheit herzustellen;
2. im Falle einer Bestätigung der Ausrichtung durch die Agentur der Einnahmen eine Beschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof zu prüfen.

-----

*Imposta di registro per l'annotazione del vincolo sociale – perché pagare due volte?*

*I cittadini e le cittadine che ottengono un contributo provinciale per l'acquisto di un alloggio devono pagare l'imposta di registro per l'annotazione del vincolo sociale. Tuttavia con loro grande stupore gli stessi cittadini devono constatare che dopo aver pagato l'imposta di registro, vengono sollecitati dall'ufficio programmazione edilizia mediante nota scritta a versare ulteriori 200 euro.*

*Per motivare tale richiesta, la Giunta provinciale comunica che la ripartizione edilizia abitativa è costretta a piegarsi alla decisione e all'ordinanza dell'Agenzia delle entrate. A tale proposito, in risposta a un'interrogazione, l'assessore Christian Tommasini comunica quanto segue:*

*Il 16 aprile 2015 la dott.ssa Marra dell'Agenzia delle entrate ha comunicato all'ufficio programmazione edilizia quanto segue: 'la tassazione dei decreti della Provincia di annotazione del vincolo sociale e di cancellazione del diritto di ipoteca e del vincolo sociale non possono essere tassati beneficiando dell'agevolazione di cui all'articolo 32 del DPR n. 601/1973, come richiesto da codesta Provincia nei citati atti, alla luce delle note sentenze della Corte di Cassazione' e inoltre '(...) non può applicarsi l'agevolazione di cui all'articolo 32, atteso che l'ordinanza della Cassazione Civile 20128/2011 e la sentenza della Cassazione 25171/2013 hanno stabilito, che l'art. 32, comma 2 del DPR n. 601/1973 si applicano solo agli atti ed ai contratti relativi all'attuazione dei programmi di edilizia residenziale previsti al titolo IV della legge n. 865/1971, affidati a istituti autonomi, cooperative edilizie, società con prevalente partecipazione statale, con esclusione di qualsiasi altro programma, sia pure introdotto da altro ente pubblico.'*

*A seguito della suddetta comunicazione, l'ufficio competente ha dovuto e deve esigere il pagamento delle tasse di registro aggiuntive, anche per evitare che le domande dei cittadini – e quindi anche la Sua – vengano respinte, il che comporterebbe un'ulteriore perdita di tempo e di denaro a scapito dei cittadini.*

*Va aggiunto anche che il 31/3/15 all'ufficio programmazione edilizia era pervenuto il Suo modello F23 quietanzato e che dopo due settimane dal ricevimento era già arrivata la comunicazione dell'Agenzia delle entrate. Ovviamente l'espletamento delle pratiche richiede del tempo anche perché le numerose domande vengono esaminate in ordine cronologico. Tuttavia, considerato che nel frattempo era pervenuta la comunicazione dell'Agenzia delle entrate, l'ufficio non ha più potuto procedere secondo programma.*

*Dopo che Lei ha presentato un reclamo alla Difesa civica, l'ufficio programmazione edilizia ha immediatamente sollecitato l'Agenzia delle entrate a fornire una risposta alle Sue domande; purtroppo a tutt'oggi non è ancora pervenuta una chiara e definitiva presa di posizione riguardo a questa problematica, che per il beneficiario risulta veramente onerosa.*

*Possiamo solo rimarcare che la ripartizione edilizia abitativa ha agito esclusivamente in base alle indicazioni ricevute e che si cerca di limitare al minimo gli oneri finanziari a carico dei cittadini e delle cittadine.*

*Anche noi – come Lei – rimaniamo in attesa di una risposta da parte dell'Agenzia delle entrate."*

*Ciò premesso e constatato che i costi per l'acquisto di un alloggio sono già adesso alquanto elevati e che ogni onere aggiuntivo risulta inappropriato,*

*il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano*

*impegna*

*la Giunta provinciale*

1. a intervenire presso l'Agenzia delle entrate affinché fornisca quanto prima una presa di posizione chiara su questo aspetto e si possa in tal modo garantire alla cittadinanza la necessaria certezza del diritto;

2. *a valutare la presentazione di un ricorso dinnanzi alla Corte costituzionale, qualora l'Agenzia delle entrate dovesse confermare l'attuale orientamento.*

Abgeordneter Leitner, bitte.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Danke, Herr Präsident! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, es handelt sich hier um ein Thema, das viele junge Menschen betrifft, die eine Wohnung kaufen, bei der die soziale Zweckbindung angemerkt werden muss. Wenn es ums Zahlen geht, kommen sie zwei Mal zum Handkuss.

*Bürger, die für den Wohnungskauf einen Landesbeitrag erhalten, müssen für die Anmerkung der Sozialbindung einen entsprechenden Betrag für Registergebühren bezahlen. Allerdings müssen diese Bürger nun mit Verwunderung feststellen, dass sie nach Bezahlung des Betrages für die Registergebühren vom Amt für Wohnbauprogrammierung einen weiteren Brief erhalten, womit sie zur Zahlung von weiteren 200 Euro aufgefordert werden.*

*Die Landesregierung begründet die zusätzliche Forderung mit einer Entscheidung und Anordnung der Agentur für Einnahmen, der sich die Abteilung Wohnungsbau fügen müsse. Dazu schrieb Landesrat Christian Tommasini auf eine entsprechende Nachfrage Folgendes:*

*Am 16. April 2015 hat Frau Dr. Marra von der Agentur für Einnahmen dem Amt für Wohnbauprogrammierung Folgendes mitgeteilt: 'La tassazione dei decreti della Provincia di annotazione del vincolo sociale e di cancellazione del diritto di ipoteca e del vincolo sociale non possono essere tassati beneficiando dell'agevolazione di cui all'articolo 32 del DPR n. 601/1973, come richiesto da codesta Provincia nei citati atti, alla luce delle note sentenze della Corte di Cassazione' und außerdem '(...) non può applicarsi l'agevolazione di cui all'articolo 32, atteso che l'ordinanza della Cassazione Civile 20128/2011 e la sentenza della Cassazione 25171/2013 hanno stabilito che l'art. 32, comma 2 del DPR n. 601/1973 si applicano solo agli atti ed ai contratti relativi all'attuazione dei programmi di edilizia residenziale previsti al titolo IV della legge n. 865/1971, affidati a istituti autonomi, cooperative edilizie, società con prevalente partecipazione statale, con esclusione di qualsiasi altro programma, sia pure introdotto da altro ente pubblico'.*

Wenn ein normaler Bürger diesen Text bekommt, dann versteht er zunächst einmal gar nichts. Er muss sich verschiedene Gesetze und Urteile anschauen, was natürlich äußerst schieri ist.

Wir möchten mit diesem Beschlussantrag die Landesregierung auffordern, bei der Agentur für Einnahmen einzuwirken, um eine Erklärung herbeizuführen, damit für die Bürger zumindest die notwendige Rechtssicherheit hergestellt wird. Sie alle wissen, dass sich junge Menschen schwer tun, allen Zahlungsaufforderungen nachzukommen, die nun einmal entstehen, wenn man ein Haus baut oder eine Wohnung kauft. Deshalb machen auch kleinere Beträge mehr aus.

Herr Präsident, wenn die Kolleginnen und Kollegen kein Interesse an diesem Beschlussantrag haben, dann sollen sie den Saal verlassen. Angesichts der Tatsache, dass wir Lehrpersonen hier haben, frage ich mich, was sie wohl machen würden, wenn es in einer Klasse so zugehen würde. Man kann Desinteresse zeigen, indem man schweigt. Sonst soll man bitte hinausgehen.

*Dies vorausgeschickt und festgestellt, dass die Belastung für Bürger beim Wohnungskauf bereits hoch ist und jede zusätzliche Gebühr unangemessen erscheint,*

*verpflichtet  
der Südtiroler Landtag*

*die Landesregierung,*

1. *mit Nachdruck bei der Agentur für Einnahmen eine baldige Klärung zu erwirken, um für die Bürger die notwendige Rechtssicherheit herzustellen;*
2. *im Falle einer Bestätigung der Ausrichtung durch die Agentur der Einnahmen eine Beschwerde vor dem Verfassungsgerichtshof zu prüfen.*

**TOMMASINI (Assessore alla scuola, formazione professionale e cultura italiana, edilizia e cooperative, opere pubbliche - Partito Democratico - Demokratische Partei):** La questione è in questi termini: è chiaro che die Landesregierung ist und wird bemüht Kontakte mit der Agentur für Einnahmen aufzunehmen um die Sachlagen zu klären, quindi è nostro interesse chiarire questa questione che è molto tecnica e che incide direttamente sui cittadini, come è stato detto.

Stiamo valutando anche con l'Avvocatura della Provincia come muoverci in questa direzione, quindi siamo sostanzialmente d'accordo che questa sia la direzione in cui muoverci. Se vogliamo approvarla come segnale

comune di fare chiarezza su questo punto, se ho interpretato bene la mozione, perché è la direzione in cui vogliamo andare anche noi, non ho obiezioni.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Nur ganz kurz. Ich habe mich in dieser Sache ein bisschen kundig gemacht, weil ich von Bürgern kontaktiert worden bin. Es wurde auch die Volksanwaltschaft eingeschaltet, wobei die Agentur der Einnahmen auf entsprechendes Ersuchen der Volksanwaltschaft nicht einmal geantwortet hat. Das ist nicht unbedingt ein guter Umgang zwischen Institutionen, um dem Bürger entgegenzukommen. Das möchte ich feststellen.

Ich bedanke mich bei der Landesregierung, dass sie Sensibilität für dieses Problem zeigt.

**PRÄSIDENT:** Ich eröffne die Abstimmung: mit 27 Ja-Stimmen genehmigt.

Punkt 11 der Tagesordnung: "**Beschlussantrag Nr. 470/15 vom 19.8.2015, eingebracht von den Abgeordneten Zimmerhofer, Knoll und Atz Tammerle, betreffend Gesamttiroler Skigebiet Kaunertal-Langtaufers: Tirol rückt wieder ein Stück näher zusammen!**"

Punto 11 all'ordine del giorno: "**Mozione n. 470/15 del 19/8/2015, presentata dai consiglieri Zimmerhofer, Knoll e Atz Tammerle, riguardante l'area sciistica Kaunertal-Valle Lunga: un po' più unito il Tirolo storico!**"

*Gesamttiroler Skigebiet Kaunertal-Langtaufers: Tirol rückt wieder ein Stück näher zusammen!  
Die Idee ist nicht neu: Seit 28 Jahren ist der Anschluss des Kleinstskigebietes Maseben/Langtaufers an das Kaunertaler Gletscherskigebiet immer wieder ein Thema. Am 18. Mai 2012 hat die Firma "Leitner" in der Gemeinde Graun diesbezüglich eine Machbarkeitsstudie vorgestellt. Diese Studie sieht vor, eine Seilbahn von der Talstation des kleinen Skigebietes Maseben hinauf in Richtung Melagertal (Mittelstation) zu errichten und dann hinauf zum Karles-Joch mit der Karlesjochbahn zu verbinden (Länge ca. sieben Kilometer).  
Zuletzt hat der Innsbrucker Investor Hans Rubatscher, Chef der Pitztaler- und Kaunertaler-Gletscherbahnen, sein Interesse an einem Zusammenschluss Kaunertal-Langtaufers bekundet. Zudem würde er dem Wunsch der Reschen-Region nachkommen, auch das Skigebiet Haideralm finanziell zu unterstützen. Rubatscher richtete am 13. Juni 2013 ein entsprechendes Konzept und Angebot an die Gemeinde Graun.  
Langfristig gilt es sicher zu stellen, dass die Saison verlängert wird. Man darf nicht nur den Winter sehen! Mit einer Saisonverlängerung würden neue Gästeschichten angesprochen, mit positiven Effekten für die gesamte Reschen-Region. Abgerundet würde das gesamte Projekt, wenn der von der Süd-Tiroler Freiheit geforderte Anschluss der Vinschger-Bahn an Landeck verwirklicht würde. Damit wären die Skigebiete im oberen Vinschgau umweltfreundlich mit der Bahn erreichbar.  
Auch der jüngste Zusammenschluss der Skigebiete Matrei und Kals in Ost-Tirol hat einen großen Aufschwung für die zwei Skigebiete und insgesamt für das gesamte Einzugsgebiet Iseltal bewirkt.  
Zusammengefasst kann man folgende Vorteile hervorheben:  
Es wäre ein weiterer Schritt zum Zusammenwachsen der Tiroler Landesteile im Sinne der Europaregion Tirol.  
Dieses gemeinsame Skigebiet würde einen wichtigen touristischen bzw. wirtschaftlichen Impuls, gerade für ein strukturschwaches Gebiet wie das Langtaufertal und die gesamte Reschen-Region, bedeuten.  
Arbeitsplätze würden geschaffen.  
Der internationale Werbeeffect wäre sehr hoch.  
Das Skigebiet Maseben kann weiterbestehen.  
Dies alles vorausgeschickt,*

*fordert  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung auf,*



sich mit der Landesregierung des Bundeslandes Tirol, den zuständigen Behörden, Investoren, Vereinen und Verbänden in Verbindung zu setzen, um dieses Gesamttiroler Projekt Skigebiet Langtaufertal/Kaunertal zu planen und umzusetzen.

-----  
*Area sciistica Kaunertal-Valle Lunga: un po' più unito il Tirolo storico!*

Non si tratta di un'idea nuova: infatti da 28 anni si discute a intervalli regolari di un eventuale collegamento tra la piccola area sciistica di Maseben/Vallelunga e il ghiacciaio della Kaunertal. Il 18 maggio 2012 l'azienda Leitner ha presentato a tale proposito al Comune di Curon uno studio di fattibilità che prevede la realizzazione di una funivia a partire dalla stazione a valle del piccolo comprensorio sciistico di Maseben in direzione Melagertal (stazione intermedia), e da lì un collegamento (per una lunghezza di circa sette chilometri) fino al passo e quindi alla cabinovia del Karlesjoch.

Recentemente un investitore di Innsbruck, Hans Rubatscher, proprietario degli impianti di risalita dei ghiacciai nella Pitztal e nella Kaunertal, ha manifestato il proprio interesse per un collegamento tra i comprensori della Kaunertal e della Vallelunga. Egli sarebbe anche disposto a sostenere finanziariamente l'area sciistica della malga San Valentino, come auspicato dall'intera zona di Resia. Tant'è che il 13 giugno 2013 Hans Rubatscher ha presentato a tale proposito al Comune di Curon un progetto e un'offerta.

A lungo termine è necessario fare in modo che la stagione turistica sia più lunga. E non ci si deve solo concentrare sulla stagione invernale! Con il prolungamento della stagione si potrebbero conquistare nuove fasce di turisti, il che avrebbe effetti positivi per l'intera zona di Resia. Il progetto sarebbe completo se poi si realizzasse anche il collegamento tra la linea ferroviaria della Val Venosta e Landeck, come richiesto dalla Süd-Tiroler-Freiheit. Ciò consentirebbe di raggiungere i comprensori sciistici dell'Alta Val Venosta con un mezzo ecologico come il treno.

Anche il recente collegamento delle aree sciistiche di Matrei e Kals nel Tirolo orientale ha contribuito a un notevole rilancio non solo dei due comprensori, ma anche di tutto il bacino di utenza della Iseltal.

Riassumendo, la realizzazione di questa area sciistica avrebbe i seguenti vantaggi:

sarebbe un ulteriore passo concreto per riavvicinare i territori del Tirolo storico secondo lo spirito dell'Euregio Tirolo Alto-Adige Trentino;

darebbe un forte impulso al turismo e all'economia in un'area strutturalmente debole come la Vallelunga e l'intera zona di Resia;

creerebbe nuovi posti di lavoro;

avrebbe un ritorno pubblicitario importante a livello internazionale;

permetterebbe al comprensorio sciistico di Maseben di sopravvivere.

Tutto ciò premesso,

il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
 invita

la Giunta provinciale

a contattare l'esecutivo del Land Tirolo, le autorità competenti, gli investitori, le associazioni e le federazioni al fine di progettare e realizzare un unico comprensorio sciistico comprendente Vallelunga e Kaunertal.

Abgeordneter Zimmerhofer, bitte.

**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Danke, Herr Präsident!

Die Idee ist nicht neu: Seit 28 Jahren ist der Anschluss des Kleinstskigebietes Maseben/Langtaufers an das Kaunertaler Gletscherskigebiet immer wieder ein Thema. Am 18. Mai 2012 hat die Firma "Leitner" in der Gemeinde Graun diesbezüglich eine Machbarkeitsstudie vorgestellt. Diese Studie sieht vor, eine Seilbahn von der Talstation des kleinen Skigebietes Maseben hinauf in Richtung Melagertal (Mittelstation) zu errichten und dann hinauf zum Karles-Joch mit der Karlesjochbahn zu verbinden (Länge ca. sieben Kilometer).

Zuletzt hat der Innsbrucker Investor Hans Rubatscher, Chef der Pitztaler- und Kaunertaler-Gletscherbahnen, sein Interesse an einem Zusammenschluss Kaunertal-Langtaufers bekundet. Zudem würde er dem Wunsch der Reschen-Region nachkommen, auch das Skigebiet Haideralm finanziell zu unterstützen. Rubatscher richtete am 13. Juni 2013 ein entsprechendes Konzept und Angebot an die Gemeinde Graun.

*Langfristig gilt es sicher zu stellen, dass die Saison verlängert wird. Man darf nicht nur den Winter sehen! Mit einer Saisonverlängerung würden neue Gästesichten angesprochen, mit positiven Effekten für die gesamte Reschen-Region. Abgerundet würde das gesamte Projekt, wenn der von der Süd-Tiroler Freiheit geforderte Anschluss der Vinschger-Bahn an Landeck verwirklicht würde. Damit wären die Skigebiete im oberen Vinschgau umweltfreundlich mit der Bahn erreichbar.*

*Auch der jüngste Zusammenschluss der Skigebiete Matrei und Kals in Ost-Tirol hat einen großen Aufschwung für die zwei Skigebiete und insgesamt für das gesamte Einzugsgebiet Iseltal bewirkt.*

*Zusammengefasst kann man folgende Vorteile hervorheben:*

*Es wäre ein weiterer Schritt zum Zusammenwachsen der Tiroler Landesteile im Sinne der Europaregion Tirol.*

*Dieses gemeinsame Skigebiet würde einen wichtigen touristischen bzw. wirtschaftlichen Impuls, gerade für ein strukturschwaches Gebiet wie das Langtaufertal und die gesamte Reschen-Region, bedeuten.*

*Arbeitsplätze würden geschaffen.*

*Der internationale Werbeeffekt wäre sehr hoch.*

*Das Skigebiet Maseben kann weiterbestehen.*

*Dies alles vorausgeschickt,*

*fordert  
der Südtiroler Landtag*

*die Landesregierung auf, sich mit der Landesregierung des Bundeslandes Tirol, den zuständigen Behörden, Investoren, Vereinen und Verbänden in Verbindung zu setzen, um dieses Gesamttiroler Projekt Skigebiet Langtaufertal/Kaunertal zu planen und umzusetzen.*

Trotz der warmen Wetterphase, die es heuer im November gibt, freuen wir uns auf den kommenden Winter. Wir hoffen, dass es wieder ein schöner Winter wird, mit entsprechenden Temperaturen. Bei solchen Projekten gibt es zwei Prioritäten zu berücksichtigen. Eine Priorität ist die Zusammenarbeit mit dem Bundesland Tirol. Das ist für uns Priorität Nummer 1. Der Eingriff in die Natur muss ökologisch vertretbar sein. Das sind die Hauptpunkte. Das Projekt hat eine sehr große Wichtigkeit nicht für die gesamte Region Oberer Vinschgau, sondern für ganz Südtirol und für die Europaregion Tirol. Der Investor Rubatscher, der zuletzt sein Interesse bekundet hat, ist nicht irgendwer. Er hat wirklich ein tolles Projekt vorgelegt, das viel Zuspruch gefunden hat.

Ein Letztes noch. Es ist ein Teil eines Gesamtpaketes, das den Vinschgau insgesamt voranbringen würde. Ich denke auch an die Bahnanschlüsse in die Schweiz und nach Österreich, an die Stilsfer Joch Straße und vieles mehr. Das sind einfach wichtige Punkte, die für das strukturschwache Gebiet von großer Wichtigkeit wären. Danke!

**Vorsitz des Vizepräsidenten | Presidenza del vicepresidente: dott. Roberto Bizzo**

**PRESIDENTE:** La parola alla consigliera Foppa, prego.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Normalerweise unterstützen wir die Bestrebungen der Süd-Tiroler Freiheit der Zusammenführung mit dem Rest der Europaregion Tirol/Trentino. In diesem Fall wundern wir uns etwas, weil wir den Umweltschutz- und Heimatgedanken der Süd-Tiroler Freiheit immer sehr geschätzt haben. Wir haben große Bedenken, die auch von Teilen der Bevölkerung in den Tälern, um die es geht, geteilt werden. Ich gebe zu bedenken, dass es sich beim Langtaufertal um ein Hochgebirgstal handelt, das sich mit der unberührten Natur und Ferne von Zivilisationsstress usw. ein eigenes touristisches Profil geschaffen hat. Es gibt Betriebe, die Urlaub auf dem Bauernhof anbieten und nicht eine Verkehrslawine durch das eigene Tal haben möchten. Kollege Zimmerhofer, es verwundert, dass Du den Aufschwung des Vinschgaus in Zusammenhang mit zunehmendem Verkehr und der Verbauung eines der letzten unberührten Täler unser Landes sehen willst. Das ist nicht ganz nachvollziehbar.

Neben den ökologischen und wirtschaftlichen Bedenken ist auch der von Dir genannte Klimawandel wichtig, der schon einen anderen Tourismus in den Alpen wegbereitet. Auch in Langtaufers nehmen die alternativen Formen zum Skifahren zu, beispielsweise das Schneeschuhwandern, das Langlaufen usw., also all jene Wintersportarten, die weit weniger Auswirkungen auf die Umwelt haben. Diese werden nicht mehr gesucht, wenn Gebiete ganz stark verbaut und vom Skifahren zum Teil landschaftlich stark beeinträchtigt werden. Es gibt Pläne, die noch in den Schubladen lauern, die nicht nur eine Erschließung dieses Tals vorsehen, sondern eine weitere Erschließung ins Skigebiet Nauders. Das wäre umso bedenklicher, als es jetzt schon gute Verbindungen zu den

bestehenden Skigebieten gibt. Vielleicht sollte man da ansetzen und die sanfte Erschließung und Nutzung dieses Teils unseres Landes vorantreiben. Das wäre nachhaltiger Heimatschutz und eine andere Art, unsere Länder zu verbinden, als eine immer weitergehende Verbauung. Dafür möchten wir uns einsetzen.

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Ich erinnere daran, dass diese Diskussion hier im Landtag schon einmal geführt wurde, vor ungefähr 15 Jahren. Meiner Meinung nach ist die Situation dieselbe. Mir fehlt lediglich etwas im beschließenden Teil, Kollege Zimmerhofer, denn die Gemeinde hast Du nicht genannt. Meines Wissens liegt der Hund gerade dort begraben, dass es in der Gemeinde Graun keine Klarheit darüber gibt, ob in die eine oder in die andere Richtung gegangen werden soll. Deshalb kann ich dem Beschlussantrag nicht zustimmen. Wir reden immer von Gemeindeautonomie und Subsidiarität. Es wäre also nicht richtig, dass sich der Landtag äußert, bevor sich die Gemeinde dazu geäußert hat. Das möchte ich abwarten. Wenn es in der Gemeinde Graun eine Mehrheit für eine Ausrichtung gibt, dann wissen wir auch, von was wir reden. Dann werden sie vom Land Geld haben wollen. In der Gemeinde Graun gibt es leider Gottes unterschiedliche Ausrichtungen, weshalb das Projekt bisher nicht weitergegangen ist. Wir alle wissen, dass es im dortigen Umfeld mehrere kleinere Skigebiete gibt. Es gibt keine koordinierte Vorgangsweise, aber eine solche würde ich mir erwarten, wenn man von solchen Projekten spricht.

Grundsätzlich bin ich für Zusammenschlüsse. Wir haben ja im Skipistenplan die Regelung, dass keine neuen Skigebiete errichtet werden dürfen. Der Kollege Zimmerhofer nennt das Beispiel Matrei/Kals. Ich nenne ein Beispiel aus Südtirol, nämlich Gitschberg/Jochtal, auch, weil ich dort herkomme. Dort handelt es sich um eine einzige Gemeinde. Es hat zwei Tourismusvereine gegeben, die sich nicht grün waren. Man musste die Menschen ziemlich überzeugen, aber der Zusammenschluss der Skigebiete hat dem Tourismus und auch der Bevölkerung etwas gebracht, nämlich Arbeitsplätze. Darum geht es auch im vorliegenden Beschlussantrag. Wenn man in der Peripherie bestimmte Projekt ablehnt, Kollegin Foppa, dann muss man auch sagen, was die Alternative ist. Seinerzeit hat man sehr viel vom sanften Tourismus gesprochen; es hat mir aber noch keiner gesagt, wie sich dieser in Zahlen ummünzen lässt. Die Leute vor Ort wollen ja von etwas leben. "Sanfter Tourismus" klingt sehr gut. Jedem von uns wäre es Recht, ein Häuschen im Grünen zu haben, weit weg von Eisenbahn und Straße, aber das geht nun einmal nicht. Wenn wir von Entvölkerung und von Landflucht reden, dann geht es auch im vorliegenden Beschlussantrag um diese Themen. Das alles unter einen Hut zu bringen, ist sicher nicht einfach. Wie gesagt, wenn man den Gemeinden in der Peripherie sagt, was sie nicht machen dürfen, dann muss man ihnen auch Alternativen aufzeigen. Ich warte auf eine Stellungnahme seitens der Landesregierung, wie es derzeit in der Gemeinde Graun aussieht. Ich sehe mich nicht in der Lage, etwas zu beschließen, wenn wir dann aus der Gemeinde Graun möglicherweise hören: "Das wollen wir nicht."

**STEGER (SVP):** Ich finde es positiv, dass man sich Gedanken darüber macht, wie man den ländlichen Raum beleben und absichern kann. Gerade in strukturschwachen Gebieten, wie es Langtaufers ist, sollte man sich überlegen, wie man Attraktivität schaffen kann. Ich halte es auch für gut, dass man nicht mit neuen Skigebieten daherkommt, sondern dass man versucht, bestehende Skigebiete wirtschaftlich abzusichern. Deshalb bin auch ich für Zusammenschlüsse. Auch ich kein ein Beispiel eines positiven Zusammenschlusses erwähnen, nämlich an Sexten/Rotwand/Helm. Es hat sich bereits im ersten Jahr bewahrheitet, wie wichtig dieser Zusammenschluss für die Entwicklung dieser Talschaft war. Natürlich muss auch die Gemeinde dafür einstehen, das heißt es sollten nicht Entscheidungen über den Kopf hinweg getroffen werden. Kollege Zimmerhofer, man kann nicht ein einzelnes Projekt herausnehmen, denn gerade im Vinschgau gibt es mehrere solche Projekte, die derzeit zur Diskussion stehen. Ich würde es nicht gut sehen, wenn der Landtag sagen würde, dass dieses Projekt umzusetzen ist. Letztlich geht es auch um öffentliche Gelder, und deshalb muss man Prioritäten setzen. Ich würde es besser finden, wenn man im beschließenden Teil nicht von "zu planen und umzusetzen" reden würde – wir wollen ja nichts aufoktroyieren -, sondern "auf die Umsetzbarkeit hin überprüfen zu lassen." Natürlich muss das im Einvernehmen mit der Gemeinde geschehen.

Wie gesagt, grundsätzlich bin ich dafür, dass man sich Gedanken darüber macht, wie man so periphere Gebiete, wie es Langtaufers ist, sichern kann, damit keine Abwanderung stattfindet. Solche Attraktionen sind wichtig, weil sie Arbeitsplätze schaffen und Wohlstand generieren. Wenn sie umweltverträglich sind, sind sie auch zu befürworten.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Ich weiß zu wenig über die nachhaltigen Auswirkungen eines solchen Projektes. Diese Geschichte wird schon seit 30 Jahren diskutiert. Es hat Volksbefragungen gegeben

usw. Ich bitte eines zu bedenken. Der Skitourismus hat seinen Zenith überschritten. Das muss festgestellt werden. Wir dürfen auch einen zweiten Punkt nicht vergessen. Wir haben in dieser Zone eine Reihe von Skigebieten, denen wir mit einem Zusammenschluss Konkurrenz machen würden. Die negativen wirtschaftlichen Auswirkungen für die anderen Skigebiete dürfen nicht unterschätzt werden. Für den betreffenden Bereich kann es kurzfristig ökonomische positive Auswirkungen haben. Im oberen Vinschgau gibt es ja schon das Problem, die anderen Skigebiete am Leben zu erhalten. Ein neuer Zusammenschluss mag verlockend klingen, aber man muss sich schon die Frage stellen, was dann mit den anderen Skigebieten passiert. Neue Skifahrer erfinden wir keine mehr, denn der Skitourismus hat, wie gesagt, den Zenith überschritten. Wir haben alle Mühe, die bereits bestehenden Skigebiete einigermaßen wirtschaftlich zu erhalten. Ich bitte auch zu bedenken, dass es in der betreffenden Region auch Bedenken anderer Natur gibt. Natürlich hat man auch ökologische Bedenken, denn es geht um ein bisher nicht erschlossenes Gebiet. Man will nicht von einer Autolawine überrollt werden. Ich kann diese Bedenken nachvollziehen und somit dem Beschlussantrag nicht zustimmen, weil ich der Meinung, dass diese Bedenken zunächst geklärt werden müssen. Die Bevölkerung soll ein klares Wort mitreden können. Außerdem Sorge ich mich, wie schon gesagt, um die anderen Skigebiete im oberen Vinschgau. Was machen wir mit diesen? Müssen die dann auch ausgebaut werden? Wie gesagt, mir fehlen die konkreten regionalen Informationen und Auskünfte.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Der Einwand der Kollegin Foppa, dass wir nicht mehr die Heimatschützer wären, mag bei oberflächlicher Betrachtung des Antrages vielleicht nachvollziehbar sein, aber wenn man ein bisschen tiefer in die Materie geht und sich damit auseinandersetzt, in welchem Konzept wir das erarbeitet haben, dann sieht man, dass genau das Gegenteil der Fall ist. Wir haben im Landtag vorletzten Monat einen Beschlussantrag zur Verlängerung der Vinschger Bahn über den Reschen behandelt. Gerade hier könnte das Gebiet um den Reschensee ein Beispiel dafür werden, wie ein gesamtes Gebiet autofrei werden könnte, wie man Gebiete zusammenschließen kann, ohne dass man Blechlawinen hat. Ich möchte nur ein Beispiel aus der Gemeinde meiner Großmutter, Serfaus, erwähnen. Dort gab es in unmittelbarer Nähe drei Skigebiete: Serfaus, Fiss und Ladis. Man hat in den 80-er Jahren überlegt, das Skigebiet Serfaus mit Ischgl zu verbinden. Man hatte oben bereits einen Lift gebaut, der durch komplett unerschlossenes Gebiet und unerschlossene Hochtäler gehen hätte sollen. Dann ist man aber auf das Gegenmodell gegangen, diese drei nebeneinander liegenden Skigebiete zu verbinden, was jeweils mit einem Lift möglich war. Man hat nicht nur die unberührten Täler in Ruhe gelassen, sondern einen Kreis von drei Skigebieten geschlossen, die sich Konkurrenz gemacht und auch unterschiedlich Tourismusströme angeworben haben. Man hat es in den 80-er Jahren verstanden, ein Dorf komplett autofrei zu machen. Dieses Dorf liegt auf 1.500 Meter Meereshöhe. Man hat die Serfauser damals für verrückt gehalten, aber dieses Konzept wäre heute nicht mehr wegzudenken. Deshalb glauben wir, dass mit der Reschenbahn, die die Skigebiete entlang der Strecke verbinden würde, ... Ich glaube, dass auch der Zusammenschluss mit dem Skigebiet Nauders Sinn machen würde, denn Reschen und Nauders liegen so nahe beieinander. Dadurch könnten die bereits vorhandenen Ressourcen bestmöglich genutzt werden. Als es kürzlich in der Talstation in Nauders gebrannt hat, haben wir mitbekommen, dass das Skigebiet Nauders einer der wichtigsten Arbeitgeber rund um den Reschen ist. Stellen Sie sich also vor, was passieren würde, wenn dieses Skigebiet ausfallen würde. Das heißt ja nicht, dass in Langtaufers ein komplett neues Skigebiet entstehen muss. Wir glauben einfach, dass die vorhandenen Ressourcen bestmöglich genutzt werden sollten. Natürlich muss auch die Bevölkerung miteinbezogen werden. Wir sind uns doch alle einig darüber, dass gerade in Zeiten des Klimawandels nicht neue Skigebiete entstehen sollen, sondern dass bestehende Skigebiete bestmöglich miteinander verbunden werden sollen.

**Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Dr. Thomas Widmann**

**PRÄSIDENT:** Das Wort hat Abgeordneter Heiss, bitte.

**HEISS (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Trotz dieses feurigen Plädoyers des Kollegen Knoll gilt es daran zu erinnern, dass die Traditionslinie der Süd-Tiroler Freiheit doch ein wenig anders gepolt war. Ich erinnere mich noch mit großem Vergnügen daran, wie Kollegin Klotz damals den Stiergarten bei Sexten bestiegen hat, um deutlich zu machen, dass dort ein richtiges Naturschutzgebiet unter die Räder kommen würde, was inzwischen ja auch passiert ist. Man muss auch berücksichtigen, dass Naturschutzgebiete durchaus unter die Räder kommen können. Das ist im Fall von Sexten geschehen, das der Kollege Steger so hoch gepriesen hat. Tatsache ist, dass der Klimawandel mit Sicherheit dazu führen wird, dass in den nächsten 10 bis 20 Jahren der Stand von ungefähr 660 Skigebieten in den Alpen auf 400 absinken wird und sich eine Konzentration der Skige-

bierte ergeben wird. Im Fall der Verbindung des Kaunertales mit Langtaufers ist wahrscheinlich weniger das Interesse von Langtaufers im Vordergrund, sondern mehr das Interesse vom Kaunertal her bzw. des Investors Rubatscher, der die schwierige Verbindungsstraße ins Kaunertal in eine andere Richtung lenken und damit eine leichtere Verkehrserschließung schaffen möchte. Das ist das Gegenteil von einer ökologischen Verkehrspolitik. Was wir brauchen, sind Modelle für einen sanften Tourismus, die es ohne Frage gibt. Pfelders ist ein Beispiel; Prettau hat nicht so gut funktioniert. Diese Entwicklung gilt es zu fördern, weil es auch Touristen gibt, die zunehmend diese Schiene suchen werden. Deshalb gilt es, diese Schiene auszubauen. Ich glaube, dass es im Südtiroler Tourismus noch verkannt wird, dass es unter deutschen Gästen 10 bis 15 Prozent gibt, die entschieden an einem ökologischen Tourismus interessiert sind. Da haben wir verdammt wenige Reservate in Südtirol, wobei Langtaufers eines davon sein könnte. Ich würde also dafür plädieren: Hände weg von diesem Skigebiet. Man muss nach den Interessen des Investors Rubatscher fragen, die gewiss nicht darauf abzielen, Langtaufers nach oben zu bringen, sondern vor allem das Kaunertaler Gletscherskigebiet, zu dem man auch sagen muss, dass der Schwund des Gletschers sehr deutlich ist. Im Schnalstal hat man versucht, das Ganze mit Planen abzudecken; das wird auch im Kaunertal passieren. Wie gesagt, ich warne vor einer solchen Entwicklung und erinnere die Süd-Tiroler Freiheit an die Traditionslinie ihrer Mitbegründerin Eva Klotz.

**TINKHAUSER (Die Freiheitlichen):** Zunächst etwas Grundsätzliches zu diesem Thema. Ich bin im Grunde genommen dafür, dass sich kleinere Skigebiete zusammenschließen und Investitionen getätigt werden. Ich kenne mich ein bisschen mit dem Skigebiet Matrei/Kals aus. Es handelt sich um ein Gebiet in Osttirol, das von Abwanderung betroffen ist und wo es nur schwer möglich ist, Arbeitsplätze zu schaffen. Es hat einen Investor gegeben, der einige Millionen Euro in die Hand genommen und dort investiert hat. Er hat aber nicht nur in die Liftanlagen usw. investiert, sondern auch in die entsprechenden Infrastrukturen wie Hotels usw. Es ist richtig, dass wir uns im Landtag damit befassen, aber die Initiative muss vom Investor ausgehen. Man muss mit den Gemeinden reden, sämtliche Umweltverträglichkeitsverfahren einhalten usw. Es wäre zunächst also ein Gespräch mit Herrn Rubatscher zu führen. Der Zusammenschluss eines Südtiroler mit einem Nordtiroler Skigebiet ist meiner Meinung nach schon in Ordnung, aber grundsätzlich muss so etwas von einem Investor ausgehen, der das Geld in die Hand nehmen muss. Ich wäre nicht dafür, wenn sich Gemeinden in diese Projekte einkaufen. Wir haben gesehen, dass im Trentino 23 Skigebiete über "Trentino Sviluppo" laufen, die große Probleme haben. Deshalb soll sich die öffentliche Hand heraushalten. Wenn sich ein Investor findet, dann kann darüber geredet werden. Die Initiative muss immer von Privaten ausgehen.

**KOMPATSCHER (Landeshauptmann - SVP):** Grundsätzlich ist gegen eine Prüfung einer solchen Verbindung mit Sicherheit nichts einzuwenden. Im Gegenteil, es ist durchaus wünschenswert, wenn sich Skigebiete oder Tourismusregionen insgesamt Gedanken darüber machen, wie sie ihr Angebot attraktiver gestalten können, um langfristig und nachhaltig erfolgreich am Markt aufzutreten. Das ist sicher in Ordnung, aber der Beschlussantrag beinhaltet einen Grundfehler. Wir haben sehr viele solcher Ideen und Projekte. Ich erinnere an die bereits genannte mögliche Verbindung von Sexten nach Sillian. Im Übrigen ist dort auch eine Anbindung an das Comelico geplant. Es gibt auch andere Situationen. Erst gestern war ich bei einem Treffen, bei dem es um eine Verbindung von Moena zum Skigebiet Karerpass gegangen ist. Es gibt also jede Menge solcher Projekte, wobei es aber nie die Landesregierung ist, die die Initiative ergreift. Es sollte auch nicht der Landtag sein, der sich ein Projekt herausnimmt und sagt, dass das besonders unterstützenswert sei. Ich glaube schon, dass die Initiative vor Ort ergriffen werden muss und man dann die entsprechenden Prüfungen vornimmt. Laut der geltenden Gesetzgebung sind auf jeden Fall sämtliche umweltrelevanten Aspekte und auch die Wirtschaftlichkeit zu prüfen. Beim Kaunertal kommt noch hinzu, dass dieses unter die Regelung der 75-Prozent-Regelung fallen würde. Wir würden es also mit 75 Prozent fördern, die Skifahrer würden aber alle dort fahren. Ich weiß nicht, ob das in diesem Fall unbedingt im Sinne des Erfinders der Bestimmung ist. Das wäre auch in Zusammenhang mit Nauders zu klären. Ich bin also nicht der Auffassung, dass man dem Beschlussantrag, so wie er vorgelegt ist, zustimmen kann, vor allem auch deshalb, weil steht, dass sich die Landesregierung mit den Behörden zusammensetzen soll, um dann zu planen und umzusetzen. Die Landesregierung prüft solche Vorhaben, aber sie plant sie nicht und setzt sie nicht um. Das ist nicht unsere Aufgabe. Wir können dem Beschlussantrag also nicht zustimmen, wobei ich aber nochmals betonen möchte, dass man eine solche Initiative durchaus für prüfungswert hält, vorbehaltlich aller umweltrelevanten und wirtschaftlichen Aspekte.



**ZIMMERHOFER (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Ich bedanke mich bei den Kolleginnen und Kollegen für die angeregte Diskussion. Ich nehme die Kritik der Grünen zur Kenntnis, aber, Kollegin Foppa, Sie müssen den Leuten auch Alternativen anbieten können. Umwelt- und Heimatschutz sind für uns auch weiterhin sehr wichtig. Wir haben unsere Vertreter vor Ort, die uns bestätigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung für einen solchen Zusammenschluss wäre. Die Verbindung soll auf alle Fälle umweltfreundlich erfolgen. Mit zusätzlichem Verkehr würde ich also nicht unbedingt rechnen.

Kollege Leitner, die Gemeinde ist im Beschlussantrag bereits berücksichtigt. Subsidiarität ist gut und Recht, aber wenn es von Gemeindeseite keine Bewegung gibt, dann muss der Druck eben von einer höheren Ebene kommen. In diesem Fall ist es der Südtiroler Landtag.

Der Kollege Steger hat gemeint, dass es mehrere solcher Projekte gibt. Investor Rubatscher ist nicht ein Würstchenstand-Verkäufer, sondern ein großer Investor, der sich Gedanken darüber und einen Plan für die Umsetzung dieses Projektes gemacht hat. Er wird sicher jedes einzelne Thema genau durchleuchtet haben, was die Umweltverträglichkeit, technische Umsetzbarkeit usw. anbelangt. Sonst würde er dieses Projekt sicher nicht angehen.

Kollege Pöder, Sie haben gesagt, dass der Skitourismus den Zenith überschritten habe. Das kann sein, aber wir glauben, dass eine qualitative Erweiterung durchaus möglich sein sollte. Der Bevölkerung müssen Alternativen angeboten werden. Auch eine Volksbefragung würden wir nicht scheuen. Wir sind der Meinung, dass ein großer Teil der Bevölkerung dahinter stehen würde.

Kollege Heiss, über das Thema "Stiergarten Sexten" haben wir schon gesprochen, wobei der Einsatz unserer ehemaligen Kollegin Eva Klotz richtig und wichtig war. Der Widerstand war damals leider zu gering; das Gebiet wurde erschlossen. Die Situation ist nun einmal die, die sie ist, und deshalb muss man das Beste daraus machen.

Der Kollege Tinkhauser hat gemeint, dass man mit dem Investor Rubatscher Kontakt aufnehmen solle. Das brauchen wir nicht zu tun, da er bereits ein Projekt vorgeschlagen hat.

Herr Landeshauptmann, Sie haben verschiedene Projekte angesprochen, wobei ich glaube, dass sie alle unterschiedlich sind. Deshalb sollten sie auch einzeln behandelt werden. Wenn die Initiative vor Ort nicht vorankommt, dann muss der Druck von höherer Seite kommen, in diesem Fall vom Südtiroler Landtag.

Wir bleiben bei der Formulierung und bitten im Sinne der Bevölkerung des Vinschgaus, besonders des Langtaufferer Tales, um Zustimmung zum Beschlussantrag.

**PRÄSIDENT:** Ich eröffne die Abstimmung: mit 4 Ja-Stimmen, 24 Nein-Stimmen und 6 Enthaltungen abgelehnt.

Wir kommen zurück zum Punkt 9 der Tagesordnung: **"Beschlussantrag Nr. 410/15 vom 24.6.2015, eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Heiss und Dello Sbarba, betreffend Größere Gefahr der Altersarmut bei Frauen."**

Punto 9 all'ordine del giorno: **"Mozione n. 410/15 del 24/6/2015, presentata dai consiglieri Foppa, Heiss e Dello Sbarba, riguardante: donne anziane più povere."**

#### *Größere Gefahr der Altersarmut bei Frauen*

*Aus dem Jahresbericht des NISF 2014 geht hervor, dass pensionierte Frauen viel ärmer als Männer sind. Dies ist sowohl darauf zurückzuführen, dass sie im Laufe ihres Arbeitslebens geringere Gehälter beziehen als Männer, als auch auf die "schlechte Angewohnheit" der Frauen, ihren Arbeitsplatz zu verlassen, wenn sie kleine Kinder haben. In der Folge werden während dieser Unterbrechung der Erwerbstätigkeit keine Rentenbeiträge eingezahlt.*

*Einige Zahlen zur Veranschaulichung: Die durchschnittliche monatliche Rentenhöhe beträgt bei Frauen 612,38 €, während Männer mit 1.120,78 € im Schnitt beinahe doppelt so viel beziehen. Im Jahresdurchschnitt liegen die Rentenbezüge der Frauen bei 14.022,89 €, jene der Männer bei 20.988,02 €, woraus sich ein Gefälle von 33 % ergibt.*

*Diese Daten sind besorgniserregend. Vor allem angesichts des derzeit stark beitragsgebunden Pensionssystems fällt das fehlende Bewusstsein vieler Frauen darüber auf, dass eine mehrjährige Unterbrechung ihrer Erwerbstätigkeit zwecks (unbezahlter) Kinderbetreuung eine mögliche Altersarmut zur Folge hat. Noch schwerwiegender ist die Tatsache, dass die Entscheidung, die Erwerbstätigkeit*

tigkeit zu unterbrechen, um sich zu 100 % den Kindern zu widmen, von einem Großteil der Südtiroler Gesellschaft als positiv bewertet wird.

Daher

verpflichtet  
der Südtiroler Landtag  
die Landesregierung,

- gemeinsam mit dem Beirat für Chancengleichheit eine Informations- und Sensibilisierungskampagne einzuleiten, um aufzuzeigen, wie wichtig es für eine lebenswerte Rentensituation ist, die Erwerbstätigkeit nicht aufzugeben;
- die Infrastrukturen und Betreuungsdienste für Kleinkinder zu erweitern, damit deren Mütter ihrer Arbeit weiterhin nachkommen können, ohne dass sich dabei für ihre Familien Schwierigkeiten ergeben.

-----  
Donne anziane più povere

Dalla relazione annuale dell'INPS 2014 è emerso che le donne pensionate sono molto più povere rispetto agli uomini. Questo è dovuto sia al fatto che hanno stipendi più bassi rispetto agli uomini durante la loro vita lavorativa, che alla "brutta" abitudine che le donne hanno di smettere di lavorare nel periodo in cui hanno bambine e bambini piccole/i. Di conseguenza negli anni di assenza dal lavoro retribuito smettono di versare i contributi pensionistici.

Solo per dare qualche cifra: l'importo medio mensile della pensione per le donne è di 612,38 € mentre l'importo medio mensile delle pensioni per gli uomini è di 1.120,78 €, quasi il doppio. L'importo medio annuo del reddito pensionistico di una donna è di 14.022,89 €, mentre quello di un uomo è di 20.988,02 €. Ne risulta un gap preoccupante del 33%.

Questi dati sono piuttosto allarmanti. Soprattutto ora che il sistema pensionistico è contributivo, si nota una netta mancanza di consapevolezza da parte delle donne del fatto che interrompendo l'attività lavorativa retribuita per alcuni anni, per dedicarsi al lavoro di cura (non retribuito), si ha come conseguenza una vecchiaia in povertà. Ancora più grave è che l'interruzione del lavoro per dedicarsi al 100% ai propri figli e alle proprie figlie, viene giudicato in modo positivo da gran parte della società sudtirolese.

Il Consiglio della Provincia autonoma di Bolzano  
impegna pertanto  
la Giunta provinciale

- a valutare e avviare insieme al Comitato pari opportunità una campagna di informazione e sensibilizzazione sull'importanza di non abbandonare il lavoro, per garantirsi una condizione pensionistica dignitosa;
- a rafforzare le infrastrutture e i servizi di assistenza per i bambini e le bambine più piccole, in modo da consentire alle neo-mamme di continuare a lavorare senza troppi disagi familiari.

Änderungsantrag eingebracht von den Abgeordneten Foppa, Heiss und Dello Sbarba:

Der beschließende Teil wird wie folgt abgeändert: Punkt 1 erhält folgende Fassung: „gemeinsam mit dem Beirat für Chancengleichheit eine Informations- und Sensibilisierungskampagne einzuleiten, um den Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Rentensituation im Hinblick auf Teilzeit und Unterbrechungen der Erwerbsarbeit zu verdeutlichen;“

In Punkt 2 wird das Wort „Mütter“ durch das Wort „Eltern“ ersetzt.

Folgender Punkt 3 wird hinzugefügt: „Modelle der Unterstützung der geteilten Teilzeit für beide Eltern zu prüfen.“

La parte dispositiva è così sostituita: Il punto 1 è così sostituito: “a valutare ed avviare insieme al Comitato pari opportunità una campagna di informazione e sensibilizzazione per evidenziare il nesso tra lavoro e pensione con riferimento al part-time e alle interruzioni dell'attività lavorativa.”

Al punto 2 la parola “neo-mamme” è sostituita dalla parola “neo-genitori”.

È aggiunto il seguente punto 3: “a valutare le forme di sostegno del part-time condiviso per entrambi i genitori.”

Frau Foppa, Sie haben das Wort, bitte.

**FOPPA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Ich schließe dort an, wo wir heute schon einmal waren, nämlich bei der Erwerbstätigkeit und bei den Familien. Ich verlese den Beschlussantrag in italienischer Sprache, weil er in dieser verfasst wurde. Ich bedanke mich auch bei unserer Mitarbeiterin Serena.

*Dalla relazione annuale dell'INPS 2014 è emerso che le donne pensionate sono molto più povere rispetto agli uomini. Questo è dovuto sia al fatto che hanno stipendi più bassi rispetto agli uomini durante la loro vita lavorativa, che alla "brutta" abitudine che le donne hanno di smettere di lavorare nel periodo in cui hanno bambine e bambini piccole/i. Di conseguenza negli anni di assenza dal lavoro retribuito smettono di versare i contributi pensionistici.*

*Solo per dare qualche cifra: l'importo medio mensile della pensione per le donne è di 612,38 € mentre l'importo medio mensile delle pensioni per gli uomini è di 1.120,78 €, quasi il doppio. L'importo medio annuo del reddito pensionistico di una donna è di 14.022,89 €, mentre quello di un uomo è di 20.988,02 €. Ne risulta un gap preoccupante del 33%.*

*Questi dati sono piuttosto allarmanti. Soprattutto ora che il sistema pensionistico è contributivo, si nota una netta mancanza di consapevolezza da parte delle donne del fatto che interrompendo l'attività lavorativa retribuita per alcuni anni, per dedicarsi al lavoro di cura (non retribuito), si ha come conseguenza una vecchiaia in povertà. Ancora più grave è che l'interruzione del lavoro per dedicarsi al 100% ai propri figli e alle proprie figlie, viene giudicato in modo positivo da gran parte della società sudtirolese.*

Der beschließende Teil des Beschlussantrages wurde abgeändert und hat jetzt folgenden Wortlaut: "gemeinsam mit dem Beirat für Chancengleichheit eine Informations- und Sensibilisierungskampagne einzuleiten, um den Zusammenhang zwischen Erwerbstätigkeit und Rentensituation im Hinblick auf Teilzeit und Unterbrechungen der Erwerbsarbeit zu verdeutlichen;

*die Infrastrukturen und Betreuungsdienste für Kleinkinder zu erweitern, damit deren Eltern ihrer Arbeit weiterhin nachkommen können, ohne dass sich dabei für ihre Familien Schwierigkeiten ergeben.*

*Folgender Punkt 3 wird hinzugefügt:*

*Modelle der Unterstützung der geteilten Teilzeit für beide Eltern zu prüfen."*

Erst vor kurzem war in den Zeitungen der Ergebnisse einer Umfrage des ASGB zu lesen, bei der es um die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf ging. 56 Prozent der Befragten – es waren zum Großteil Frauen, die auf diese Umfrage geantwortet haben – sprachen davon, dass die fehlende Rentenabsicherung das größte Hindernis für die Vereinbarkeit zwischen Familie und Beruf sei. Am Equal Pension Day wurde auch daran erinnert, dass jährlich 700 Frauen kündigen. Die Kollegin Oberhofer hat heute in der Früh zu Recht darauf hingewiesen, dass diese zum Großteil aus der Privatwirtschaft kommen, aber das ändert nichts am Problem. 36 Prozent der Frauen gehen keiner Erwerbsarbeit nach. Das Teilzeitmodell wird als gutes Modell angesehen. Im Moment, wo eine Familie vorhanden und zu betreuen ist, ist die Teilzeit eine praktische Lösung. Meistens ist es so aufgeteilt, dass der Mann Vollzeit, die Frau Teilzeit arbeitet. Das bedeutet auch die halbe Rente. Mathematisch erscheint das logisch, aber dann, wenn wir eine Familie gründen, ist uns das nicht bewusst. Das Problem entsteht dann, wenn die Rentenzeit naht und sich Frauen ausrechnen müssen, wie gering ihre Rente ist bzw. wie viele Jahre ihnen auf die Rente fehlen. Worauf möchten wir hinweisen? Wir möchten nicht darauf hinweisen, dass alle Frauen 100 Prozent arbeiten gehen müssen. Das Ziel ist jenes, dass alle Eltern frei entscheiden können, wie sie ihre Familienarbeit gestalten. Wir möchten, dass den jungen Familien in dieser Entscheidung bewusst ist, dass diese Phase auch mit der Rente zusammenhängt. Mir selber war es als junge Mutter nicht bewusst, dass das eine Auswirkung auf meine Rente haben wird. Viele junge Familien stellen sich diese Frage nicht. Wenn wir von einer Partnerschaft als soziale Lebensgemeinschaft ausgehen, dann müsste es eigentlich ein Anliegen beider Partner sein, dass der andere Partner oder die andere Partnerin im Alter nicht ärmer ist als man selbst. Es gibt Länder, in denen es das Rentensplitting gibt. Da werden also die Einzahlungen von beiden Partnern in einen gemeinsamen Fonds eingelegt und dann wird die Rente geteilt. Davon sind wir natürlich weit entfernt und das können wir auf Landesebene auch ganz sicher nicht einführen, aber es kann uns eine ideale Richtlinie geben, wie wir die Vorsorge solidarisch angehen können. Das ist die Zielsetzung dieses Beschlussantrages. Wir können den Beschlussantrag auch anders diskutieren und darüber reden, ob es besser ist, die Kinder selbst oder fremd zu betreuen. Das ist aber nicht das Ziel, sondern das Ziel ist es, aufzuwerfen, wie junge Familien mit vollem Wissen überlegen können, wie sie die Familie betreuen und gleichzeitig Rente des eigenen Partners/der eigenen Partnerin sichern können.

Es gibt natürlich eine Reihe von Möglichkeiten, darunter auch jene des Zusatzrentenfonds. Wir könnten beispielsweise auch dafür sensibilisieren, dass der erwerbstätige Teil der Eltern in einen Zusatzrentenfonds für die Frau oder für das daheimbleibende Elternteil einzahlt. Das ist nicht ein Mann-Frau-Diskurs im engeren Sinne. Wir

könnten für die Hausfrauen-Rente eintreten und das tun wir auch, aber es ist unser erstes Anliegen, die Aufmerksamkeit auf die gemeinsame Verantwortung beider Elternteile zu lenken.

Ich möchte den dritten Teil des beschließenden Teiles des Beschlussantrages noch ein klein wenig erläutern. Die "geteilte Teilzeit" muss man so verstehen, dass, wenn beide Eltern in Teilzeit gehen, vielleicht ein Dienstausschlag entstehen kann, weil Männer meistens mehr verdienen. Das Land könnte hier finanziell unterstützend eingreifen, auch weil Studien ergeben haben, dass es das beste Modell für die Work-Life-Balance ist, wenn beide Eltern ein Stück weit Teilzeit nehmen und die Teilzeit bzw. Erwerbsarbeit nicht nur auf einer Person lastet. Im Pensplan gibt es bereits eine solche Kampagne. Das ist diese nette Kampagne, bei der eine Haarsträhne provokativ als Schnauzbart verwendet wird. Diese zielt auf eine Zusatzrente ab, und das ist ebenfalls zu begrüßen. Allerdings ist das nur ein Teil des großen Puzzles, das es hier zu füllen gilt.

Ich möchte mit einer kleinen Anekdote abschließen. Ich war vor Jahren bei der Verleihung des Deutschen Bundespreises für Erwachsenenbildung. Einer der ersten Preisträger war das Väterzentrum Hamburg. Die haben so eine Art Elki für Väter gegründet und diese Aktion damit begründet, dass sie ihre Partnerinnen lieben, weshalb sie ihnen dieselben Karriere- und Zukunftschancen geben möchten, die sie selber haben. Mich hat das damals sehr beeindruckt, weil das ein Zeichen einer solidarischen und partnerschaftlichen Herangehensweise an ein Familienmodell ist. Vielleicht können wir uns mit diesem Beschlussantrag ein Stück weit in diese Richtung bewegen. Vielen Dank!

**LEITNER (Die Freiheitlichen):** Die Analyse, die die Grünen vorlegen, ist sicher richtig. Es ist eine Tatsache, dass Frauen weniger Rente bekommen, was daher rührt, dass sie weniger Versicherungszeiten nachweisen können, vor allem wegen der Kindererziehung. Früher hatten die Frauen in der Regel mehr Kinder, weshalb die Lücken in der Rentenbiographie größer sind. Frauen rutschen nicht nur in die Altersarmut, sondern teilweise ist das auch eine Armutsfalle. Darauf haben wir auch immer wieder hingewiesen. Die Schlüsse, die man daraus zieht, können natürlich andere sein. Die Grünen zeigen in ihrem Beschlussantrag eine Möglichkeit auf, die nicht unserem Weltbild entspricht. Eines in den Prämissen möchte ich ganz entschieden bestreiten bzw. ich möchte nachfragen, wo die Grünen die Gewissheit hernehmen, wenn sie schreiben: *"Noch schwerwiegender ist die Tatsache, dass die Entscheidung, die Erwerbstätigkeit zu unterbrechen, um sich zu 100 Prozent den Kindern zu widmen, von einem Großteil der Südtiroler Gesellschaft als positiv bewertet wird."* Wer sagt das? Ich behaupte das Gegenteil, nämlich, dass der Großteil der Südtiroler Bevölkerung der Meinung ist, dass es wichtig ist, die Kinder in den ersten drei Lebensjahren selber zu betreuen, wenn man es sich leisten kann. Ich bin auch der Meinung, dass es Strukturen in einem bestimmten Ausmaß braucht, weil nicht jeder in einem Umfeld lebt, in dem es Großeltern gibt oder sonst jemanden, der auf die Kinder aufpassen kann. Die öffentliche Hand bzw. der Gesetzgeber muss Antworten auf die Frage geben, wie man dem begegnen kann. Meine Meinung ist Strukturen so viele wie unbedingt notwendig, Direktförderungen so viele wie möglich. Wir möchten also den umgekehrten Weg gehen, wobei dann aber auch sichergestellt werden muss – das haben wir im Landtag schon mehrmals beschlossen –, dass die Kindererziehungszeiten für die Rente anerkannt werden. Das ist aus unserer Sicht der richtige Weg. Die Kindererziehung ist eine gesellschaftliche Leistung, nicht nur deshalb, weil Kinder irgendwann einmal Steuerzahler werden, sondern auch, weil wir uns viele andere Ausgaben in der Gesellschaft sparen. Ich möchte wirklich einmal wissen, wie es sich bei Kindern in ihrer Erwachsenenzeit auswirkt, die entweder in Betreuungseinrichtungen waren oder daheim betreut worden sind. Das wäre interessant zu wissen. Eines weiß ich sicher, nämlich, dass es Auswirkungen auf die Persönlichkeit von Kindern und die Gesellschaft hat, wenn sie in den ersten drei Lebensjahren den Bezugspunkt verlieren. Je mehr Fremdbetreuung wir haben, desto mehr Psychologen, Psychiater und soziale Einrichtungen werden wir brauchen. In Deutschland arbeiten mehr Personen im Bereich Kinderpsychologie als in der gesamten Autoindustrie.

Wie gesagt, Analyse ja, aber mit dem beschließenden Teil des Beschlussantrages kann ich nicht einverstanden sein.

**HOCHGRUBER KUENZER (SVP):** Ich möchte bei der Rente bleiben. Natürlich ist es so, dass in den meisten Fällen, in denen man sich dazu entscheidet, eine Familie zu gründen, sich für die Frau die Frage stellt, wie es mit der Berufswelt aussieht. Sehr oft entscheidet sich die Frau dafür, für eine bestimmte Zeit in Teilzeit zu arbeiten oder gänzlich zu Hause zu bleiben. Es gibt große Unterschiede zwischen öffentlichen Bediensteten und Bediensteten, die in der Privatwirtschaft arbeiten. Die einen können sich zumindest aus der Sicht des Erhaltes des Arbeitsplatzes dafür entscheiden, für drei Jahre zu Hause zu bleiben. Die anderen müssen sich nach fünf Monaten entscheiden, wie es weitergeht. Deshalb gibt es viele Kündigungen. Wir wissen, dass Tagesmütter oder Hausan-

gestellte auch arme Frauen sind, wenngleich sie acht Stunden arbeiten. Und solche Kollektivverträge gibt es für Frauen? Es gibt keinen Beruf in der Männerwelt, der solche Kollektivverträge hat. Ich habe auch einen entsprechenden Beschlussantrag eingebracht. Das ist die andere Seite der Medaille. Eines sind die fehlenden Rentenbeiträge, das andere sind Berufsbilder, die im Grunde genommen auch mit 500 Euro im Alter auskommen müssen, auch wenn sie acht Stunden lang gearbeitet haben.

Ich möchte noch auf einen Punkt hinweisen. Es gibt das Projekt der Pflegeanvertraung. Wenn Familien in Schwierigkeiten geraten, können die Kinder in einer anderen Familie untergebracht werden. Die Eltern – meistens Frauen - begleiten diese Kinder, was nicht einfach ist, weil sie oft eine andere Zuwendung brauchen, erhalten vom Land eine Entschädigung, sind haftpflicht-, aber nicht rentenversichert. Da müssen wir ansetzen. Das ist auch wieder Frauenarbeit und eine gesellschaftspolitisch wichtige Arbeit.

**PÖDER (BürgerUnion – Südtirol - Ladinien):** Das ist ein hoch ideologischer Antrag und es geht hier auch eigentlich gar nicht um die Rente. Es geht darum, dafür zu sorgen, dass Maßnahmen getroffen werden, damit die Kinder künftig in Betreuungseinrichtungen abgegeben und abgeschoben werden. Das ist der eigentliche Hintergrund dieses Beschlussantrages! Ich hoffe, dass die Landesrätin, die immer gerne mit der Aussage kommt, dass man die Familiendiskussion nicht ideologisieren soll, sagen wird, dass diese linksideologische Ausrichtung hochgefährlich ist. Ich weiß nicht, ob Ihr Euch das Ergebnis der ASGB-Umfrage nicht angeschaut habt. Diese widerlegt alles, was die Grünen und die Landesregierung in den letzten Wochen, Monaten, Jahren in Sachen Familienpolitik gesagt haben. Es gibt nicht den Ruf nach Betreuungseinrichtungen, denn die Eltern wollen ihre Kinder in den ersten Lebensjahren zu Hause betreuen. Es gibt den Ruf danach, dass die privaten Angestellten den öffentlichen Bediensteten gleichgestellt werden. Das ist die wahre Geschichte! Ihr seid mit Eurer Familienpolitik komplett auf dem Holzweg. Das ist müsst Ihr endlich einmal zur Kenntnis nehmen. Alles andere ist reine linksideologische Familienpolitik, mit der Ihr versucht, die Familien zu untergraben und dafür zu sorgen, dass die Kinder in Betreuungsstrukturen abgeschoben werden. Das kostet enorm viel Geld, das wir besser in jene Aufgabe stecken sollten, die wir eigentlich wirklich hätten. Wir sollten den in der Privatwirtschaft angestellten Müttern und Vätern dieselben Rechte garantieren, die öffentliche Angestellte haben. Dort gibt es die Elternzeitregelung und die Rentenabsicherung. Dafür solltet Ihr kämpfen und nicht dafür, dass Geld in teure und qualitativ mehr als bedenkliche Strukturen gesteckt werden. Die Kinder werden dort dürftig betreut, weshalb wir später dafür zahlen müssen, um die Probleme zu beheben, die durch das Abschieben und Fremdbetreuen der Kinder entstehen.

**KNOLL (SÜD-TIROLER FREIHEIT):** Auch ich bedauere es, dass ein so wichtiges Thema wie die Altersarmut von Frauen auf so ideologische Art und Weise instrumentalisiert wird. Wir brauchen uns nur die Prämissen anschauen. Da wird dieser Jahresbericht zitiert und die Schlussfolgerung gemacht, dass das darauf zurückzuführen ist, dass *"auf die schlechte Angewohnheit der Frauen, ihren Arbeitsplatz zu verlassen, wenn sie kleine Kinder haben ... Diese Daten sind besorgniserregend. Noch schwerwiegender ist die Tatsache, dass die Entscheidung, die Erwerbstätigkeit zu unterbrechen, um sie zu 100 Prozent den Kindern zu widmen, von einem Großteil der Südtiroler Gesellschaft als positiv betrachtet wird."* Geht es noch ideologischer? Das ist eine Watsche für jede Frau, die sagt, dass sie bei ihrem Kind daheim bleiben möchte! Ich kritisiere, dass als Schlussfolgerung nicht Maßnahmen gefordert werden, um die Anerkennung der Erziehungszeiten für die Rente voll durchzusetzen. Nein, wir wollen eine Informationskampagne machen, damit die Frauen nicht bei ihren Kindern daheim bleiben. Welcher Frau ist damit geholfen? Meine Kollegin Atz Tammerle hat es richtig auf den Punkt gebracht. Wenn eine Frau andere Kinder betreut, dann ist es Arbeit. Wenn sie die eigenen Kinder betreut, dann ist das besorgniserregend. Wollen wir dieses Gesellschaftsbild vermitteln? Warum fordern wir nicht die volle Anerkennung der Kindererziehungszeit für die Rente? Kollege Dello Sbarba, Du warst ja Lehrer. Als Du in den Landtag gewählt worden bist, ist Dir Dein Arbeitsplatz reserviert worden und die Rentenbeiträge wurden Dir in der Zwischenzeit weitergezahlt. Warum wird das bei einer Frau nicht gemacht? Damit wäre den Frauen geholfen, und da hättest Ihrer unsere 100-prozentige Unterstützung. Mit einer derartigen Kampagne, die wirklich nur darauf abzielt, ein ideologisches Weltbild zu vertreten, ist keiner Frau geholfen. Deshalb werde ich dem Beschlussantrag nicht zustimmen.

**RENZLER (SVP):** Ich bin schon einigermaßen überrascht über die Diskussion, die abläuft. Einige Kollegen haben anscheinend vergessen, dass es bereits Gesetze gibt, die Frauen bzw. Familien für Kinder bis zum dritten Lebensjahr einen Beitrag von 7.000 Euro pro Jahr für die Altersabsicherung gewähren. Das Problem ist, dass diese 7.000 Euro nicht reichen. Man müsste sie auf mindestens 9.000 Euro bis 12.000 Euro erhöhen, was einem



jährlichen Bruttogehalt von 36.000 Euro entsprechend würde. Damit hätten wir den Großteil der Frauen für die ersten drei Erziehungsjahre der Kinder rentenmäßig abgesichert.

Ein weiteres Problem. Wenn ein Elternteil zu Hause bleibt, dann steht plötzlich nur mehr ein Gehalt zur Verfügung. Man kann diese 7.000 Euro oder 12.000 Euro nicht vorstrecken. Es muss also möglich sein, dass die Region oder das Land das Geld auf Antrag der betroffenen Frau direkt an die zuständigen Rentenversicherungsanstalten überweisen kann, sodass die betroffene Familie keinen Cent vorstrecken muss. Das ist das reale Problem.

Kollegin Foppa, nur eine Richtigstellung. Das Rentensplitting gibt es unter verschiedenen Voraussetzungen. In Deutschland gibt es das Beitragssplitting nur bei der Hinterbliebenen-Rente. Man kann im Todesfall entscheiden, ob man den Anteil des Ehepartners als eigene Altersrente beziehen will oder die Hinterbliebenen-Rente, aber nicht beides. In Frankreich funktioniert das Beitragssplitting nur gekoppelt mit den Steuervergünstigungen. In der Schweiz gab es Ende der 60-er Jahre das Beitragssplitting, es wurde dann aber abgeschafft. In Österreich ist es ein bisschen anders, aber immer auch mit den Steuervergünstigungen gekoppelt. Diese Möglichkeit haben wir auf Landesebene nicht, genauso wenig wie wir die Möglichkeit haben, das Beitragssplitting einzuführen. Tatsache ist, dass wir sehr wohl die Möglichkeit haben, den Beitrag für die freiwillige Weiterversicherung zu erhöhen. Damit könnten wir das Problem lösen. Was die Teilzeit anbelangt, muss man für all jene unterscheiden, die im Jahr 1995 schon 18 Jahre hatten. Da gilt die Teilzeit weiterhin als sehr gutes Instrument, weil die Rentenverluste relativ gering sind. Für jene jungen Eltern, die nach 1995 begonnen haben zu arbeiten, ist die Teilzeit eine Katastrophe. Da muss man Lösungen finden.

Ich glaube, dass die Sensibilisierungskampagne für die Rentenabsicherung und die Folgen, die sich aus der Nicht-Tätigkeit oder des Auflösens des Arbeitsverhältnisses ergeben, sinnvoll ist. Das größte Problem ist die Arbeitsplatzzerhaltung.

**DELLO SBARBA (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda):** Non mi sogno di commentare o di contraddire quello che il nostro specialista Renzler sulle pensioni ci ha detto, però il collega sa bene che questo problema c'è. Lei in questo palazzo fa delle "Sprechstunden" nel nostro stesso piano, con persone che, posso garantire perché circolano nel nostro corridoio, vengono da Lei con la faccia piuttosto preoccupata perché vogliono sapere cosa spetta loro di pensione. Sono tutte persone piuttosto in avanti con l'età e, non so se mi sbaglio, ma io ho visto davanti alla Sua porta solo donne con la faccia preoccupata, perché evidentemente hanno problemi col fare i conti alla fine di una vita di lavoro e a 20, 30 o 40 anni ancora non si pensa alla pensione ma poi si va da Helmuth Renzler a farsi fare i conti e davanti alla sua porta ci sono solo donne.

È di sinistra chiedere più strutture? Se è di sinistra, la signora Merkel è di sinistra e ha portato in Germania la copertura di offerta di posti agli asili nido da un quarto a un terzo della popolazione dei bambini in età da asili nido. Ma perché l'ha fatto, e non è di sinistra? Perché sa benissimo che offrire un posto all'asilo nido non è costringere la famiglia a portare il bambino all'asilo nido, è offrire, è creare le condizioni.

Qui molti colleghi parlano di sostegno alla famiglia. Ma la vogliamo sostenere la famiglia con una serie di misure? Se ce ne sono altre va benissimo, ma non vedo perché debba essere demonizzata questa cosa dei posti in asili nido, comunque del "Kleinkinderbetreuung" per persone che devono tornare al lavoro, spesso non per loro scelta. Sostegno alla famiglia è certamente pensare all'autonomia lavorativa e pensionistica di tutti e due i partner. C'è la famiglia e poi ci sono anche le famiglie che si dividono e in caso di divorzio questa questione dei contributi pensionistici della donna che magari per 6 o 7 anni ha rinunciato al lavoro e intanto il marito magari ha fatto carriera, diventano discussioni sanguinose davanti ai giudici. Quindi sostegno alla famiglia sempre, quando si forma, durante e dopo.

In questa mozione della collega Foppa, e noi solidali con lei, ci sono diverse misure, c'è l'informazione, il tema delle strutture e anche il tema del part-time condiviso. Questo non può essere un elemento di dissenso per chi vuole che i genitori abbiano a casa i figli, però tutti e due, non è che l'educazione casalinga dei figli può essere scaricata solo su una persona che poi purtroppo, quando è in età avanzata, deve fare degli amari conti assieme al nostro Helmuth Renzler.

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ich bedauere eine wenig, dass das sehr wichtige Thema der Altersarmut von Frauen mit dem Text des Beschlussantrages sehr wenig zu tun hat. Ich gebe meinen Kollegen Recht, die sagen, dass es andere Maßnahmen bräuchte, um die Altersarmut von Frauen zu bekämpfen. Es wäre wichtiger und sinnvoller, wenn wir uns gemeinsam dafür stark machen würden, dass die Anerkennung von Kindererziehungs-

zeiten auch tatsächlich greift. Der Großteil – das erlaube ich mir zu sagen – bleibt nämlich gerne bei den Kindern daheim. Tatsache ist aber, dass sich das viele nicht leisten können.

Wir haben uns von jeher gegen Betreuungseinrichtungen ausgesprochen, wofür wir auch immer kritisiert werden, auch von den eigenen Wählern. Ich höre oft von Frauen, die sagen, dass wir unsere diesbezügliche Meinung etwas ändern könnten. Das Angebot an Betreuungseinrichtungen müsse erweitert werden, weil sich bestimmte Dinge geändert hätten. Kollegin Foppa, "*die schlechte Angewohnheit der Frauen, ihren Arbeitsplatz zu verlassen.*" Wir haben heute von Euch gehört, dass es eine gute Angewohnheit sei, wenn Männer ihren Arbeitsplatz verlassen.

**ABGEORDNETER:** (*unterbricht*)

**MAIR (Die Freiheitlichen):** Ach so, ironisch.

Eine weitere Anmerkung. Ich spreche mich ganz entschieden dagegen aus, dass hier der Beirat für Chancengleichheit einbezogen wird. Ich stelle fest, dass es den Beirat für Chancengleichheit seit 20 oder 25 Jahren gibt. Und jetzt soll es Aufgabe des Landtages sein, den Beirat mit Leben zu erfüllen und ihm Aufgaben zu diktieren? Der Beirat für Chancengleichheit bekommt Gelder und müsste uns eigentlich einen Tätigkeitsbericht vorlegen und uns sagen, was er tut und nicht umgekehrt. Wenn es um die Altersarmut von Frauen geht, sind wir alle derselben Meinung, aber dieser Text hat mit dem Thema wenig zu tun.

**STOCKER M. (Landesrätin für Wohlfahrt - SVP):** Ganz kurz. Zum beschließenden Teil des Beschlussantrages wurde ein Änderungsantrag vorgelegt. Bezüglich Punkt 1 glaube ich schon sagen zu können, dass der Beirat für Chancengleichheit, die Gleichstellungsrätin und alle anderen Organisationen, die im Familienbereich tätig sind, in den letzten Jahren unglaublich viel gemacht haben. Mehr oder weniger wurde das ganze Jahr hindurch darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, etwas für die Rentenvorsorge zu tun. Ob das in Zusammenhang mit dem Zusatzrentenfonds oder mit der Möglichkeit der Männer zusammenhängt, für ihre Frauen einzuzahlen oder ob es um die verschiedenen Möglichkeiten geht, sich selber abzusichern ... Das sind Initiativen, die gestartet worden sind. Der Equal Pay Day umfasst alle Frauen- und Familienorganisationen, die das Thema vorantreiben. Es gab dann auch noch das Thema des Rentensplittings, das vom Beirat für Chancengleichheit im Jahr 2014 zum Hauptthema gemacht worden ist. Mit der Sensibilisierungskampagne "Entscheide heute für morgen" wurde darauf aufmerksam gemacht, für die Rentenabsicherung Wesentliches zu tun. Hinzu kommen eine Reihe von Maßnahmen, die auch von anderen Institutionen weitergetragen worden sind, beispielsweise von Pensplan, Laborfonds oder der Region selber. Ich glaube, dass es kaum ein Thema gibt, das stärker publizistisch begleitet wurde und gleichzeitig auch von den Maßnahmen her eine derartige Unterstützung gefunden hat, wenn die Unterstützung auch nicht immer allseits angenommen wurde. Wir glauben, dass Punkt 1 des beschließenden Teiles des Beschlussantrages nicht notwendig ist. Dem geänderten Punkt 2 können wir hingegen zustimmen.

Auf die Betreuungseinrichtungen wird nun noch meine Kollegin Waltraud Deeg eingehen.

**DEEG (Landesrätin für Familie und Verwaltungsorganisation - SVP):** Ich bedanke mich für diese Diskussion, denn es handelt sich um ein wichtiges Thema. Es geht wirklich darum, wie wir Eltern, die sich die Zeit dafür nehmen, um Betreuungsarbeit zu leisten, schützen können, vor allem im Hinblick auf die Rente. Da sind wir bei einem wichtigen Punkt. Es ist mir wichtig zu betonen, dass es nicht um Familienpolitik in die eine oder andere Richtung oder um ideologische Diskussionen geht. Familienpolitik beruht auf drei Säulen. Eine Säule ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Dabei macht die Kinderbetreuung einen Teil aus. Diese Diskussion konzentriert sich auf einen so kleinen Bestandteil. Der Kollege Pöder weist mit sehr viel Inbrunst darauf hin. Man braucht nur von Kinderbetreuung reden, dann hüpfert er schon. Das ist ein Phänomen. Das ist Populismus auf Kosten von Eltern, die sich bemühen, gute Erziehungsarbeit zu leisten, den Alltag zu händeln und das sehr gut machen. Es ist eine Beleidigung für jede Frau und jeden Mann, der/die sich bemüht, beruflich aktiv zu bleiben und daheim Frau und Mann zu stehen, von einer Rabenmutter-Politik zu sprechen. Das ist Ideologisierung!

Ich komme nun zur Diskussion selber und möchte mich dem anschließen, was die Kollegin Stocker bereits gesagt hat. In Bezug auf Punkt 2 sind wir am Thema dran. Wir haben auch schon einige Male darüber diskutiert. Schauen wir uns nur die Daten an. In unserer Gesellschaft gibt es zur Zeit 28 Prozent Paare mit Kindern. Im Jahr 1981 waren wir bei 53 Prozent. Wenn wir uns Jugendstudien anschauen, dann sehen wir, dass das Thema Familie für junge Menschen wichtig ist. Deshalb muss man sich schon fragen, warum sich junge Menschen nicht dafür entscheiden, eine Familie zu gründen. Schauen wir nicht nur nach Schweden, Kollegin Mair, sondern auf ganz

Europa. Es gibt die nordischen Länder, es gibt Frankreich, das auf viele Schienen setzt. In Frankreich gibt es eine Betreuungsquote von 44 Prozent. Bei uns sprechen wir von 19 Prozent. Das sind 10 Millionen Euro des Landeshaushaltes. Da sind sämtliche Betreuungsangebote des Sommers dabei.

Wie gesagt, das Thema ist wichtig. Es gibt Gott sei Dank auf regionaler Ebene sehr viele Maßnahmen. Schaut bitte einmal auf die Homepage der Agentur für soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Es gibt 8 verschiedene Angebote für die Absicherung von Renten- und Pflegezeiten. Alles, was heute gefordert wird, gibt es bereits in irgendeiner Form. Tatsache ist, dass die Menschen diese Angebote nicht nutzen. Wir müssen uns fragen, warum das so ist. Unsere Aufgabe ist jene, zu sensibilisieren und die Information auszubauen, damit wir die Menschen dazu bringen, die bereits bestehenden Maßnahmen in Anspruch zu nehmen.

Wir alle würden uns wünschen, dass wir die Anerkennung der Erziehungszeiten hier im Landtag beschließen könnten. Tatsache ist, dass wir diese Kompetenz nicht haben. Wir können immer nur subsidiär eingreifen, wobei die Zuständigkeit hierfür bei der Region liegt. Da gibt es schon viel. Arbeiten wir daran, das etwas zu verbessern und die Maßnahmen an die Menschen zu bringen.

**PRÄSIDENT:** Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

*Danke die Sitzung ist geschlossen.*

**Ore 18.03 Uhr**

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:  
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

ARTIOLI (19)  
ATZ TAMMERLE (6, 38)  
BIZZO (37)  
DEEG (26, 61)  
DELLO SBARBA (2, 8, 15, 21, 22, 24, 27, 35, 60)  
FOPPA (3, 25, 26, 51, 57)  
HEISS (6, 24, 53)  
HOCHGRUBER KUENZER (5, 58)  
KNOLL (2, 32, 33, 40, 42, 53, 59)  
KÖLLENSPERGER (4, 36)  
KOMPATSCHER (14, 17, 38, 41, 54)  
LEITNER (6, 16, 24, 34, 48, 49, 52, 58)  
MAIR (1, 23, 24, 42, 60)  
OBERHOFER (24)  
PÖDER (15, 19, 32, 39, 40, 42, 43, 52, 59)  
RENZLER (59)  
SCHIEFER (16)  
STEGER (8, 14, 17, 23, 36, 43, 52)  
STIRNER (25)  
STOCKER M. (27, 61)  
STOCKER S. (4)  
TINKHAUSER (5, 54)  
TOMMASINI (48)  
URZÌ (3, 5, 7, 8, 18, 19, 37, 41, 43)  
ZIMMERHOFER (35, 50, 55)